Nr. 58. 28. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 9. März 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die deutschen Kolonien

im Jahre 1909/10.

II. Südwestafrika.

Die Kolonialfexe halten große Stücke auf Südwestafrika. Erstens, weil es angeblich eine Siedlungskolonie sein soll, zweitens weil es das Diamantenland geworden ist. Man nimmt daher den Bericht über diese Kolonie mit besonderem Interesse zur Hand, um so mehr, als die Auffindung der Diamanten einerseits und die Einführung der Selbstverwaltung andererseits in den letzten zwei Jahren sehr erregte Diskussionen hervorgerufen haben. Bei der Diamantenfrage platzten bekanntlich die Interessengegensätze scharf aufeinander. Die in der Kolonie angesessenen Weißen, die sich auf die Diamantenfelder stürzten, hofften den ganzen Gewinn einzuheimsen, und wüteten, als sie sahen, daß die Regierung dem Großkapital in die Hände arbeitet. Es ging so weit, daß einzelne kratzbürstige Heißsporne unter den braven Afrikandern rundheraus erklärten, wenn es so weiter gehe, wäre ihnen die englische Herrschaft lieber. Nicht minder regte die Selbstverwaltung die Gemüter auf. Wer indessen hofft, zu diesen Fragen in dem Bericht interessantes Material zu finden, sieht sich getäuscht. Zur Diamantenfrage macht der Bericht die philosophische Bemerkung, man werde gut tun, „auf diesen Reichtumzuwachs von noch unbestimmter Dauer nicht zu große Hoffnungen zu setzen und ihn nicht zum Ausgangspunkt unserer Kolonialpolitik zu machen." Ferner werden ein paar ganz unzulängliche Angaben über die Tätigkeit auf den Diamantenfeldern gemacht. Daß im Lande ein rasendes Gründungsfieber eingesetzt hat, daß vorläufig nicht die wirklich gefundenen Diamanten die Hauptrolle spielen, sondern die Finanzoperationen, durch die Hinz und Kunz sich bereichern wollen und bei denen schließlich die von Dernburg betörten Leutchen in Deutschland die Leidtragenden sind, weil die wenigsten von ihnen das Gold, das sie den Spekulanten anvertrauen, wiedersehen werden — von alledem erfährt man nichts. In bezug auf die Selbstverwaltung muß man sich mit der kargen Bemerkung begnügen, daß die Wahlen „naturgemäß einen gewissen Gegensatz der verschiedenen Berufs- und Interessenkreise zutage gefördert haben." Wir tun daher wohl gut, diese Fragen hier überhaupt auszuscheiden und uns an das zu halten, worüber der Bericht wirklich etwas zu sagen hat.

Im Vordergrunde steht also die Frage: wie steht es um die Aussichten der landwirtschaftlichen Produktion? Südwest ist ein Steppenland, das sich durch seinen Mangel an Wasser auszeichnet. Gewaltige Strecken sind Wüsteneien, die niemals erschlossen werden können, Gebiete in denen dem Menschen und dem Vieh unfehlbar der furchtbarste Tod droht, der Tod durch Verdursten. Auf einem anderen Teil aber haben jahrhundertelang die Eingeborenen von der Viehzucht gelebt. Sowohl die Kaffern als die Hottentotten waren ausschließlich Viehzüchter und hielten Herden von vielen tausend Stück. Folglich — so schließen viele — muß doch auch die Viehzucht für die Weißen möglich sein. Es ist ein Trugschluß. Die Viehhaltung der Eingeborenen war durch das Nomadenleben ermöglicht. Der Stamm blieb am Orte, bis die Weide abgegrast war, dann zog er weiter den spärlichen Wasserläufen nach. Der Weiße will nicht nomadisieren und ob eine andere Wirtschaft in diesem Lande möglich ist, muß sich noch zeigen.

In der Lebensweise jener nomadisierenden Stämme ist die ganze Geschichte der Kolonisation von Südwest begründet und es lohnt, kurz darauf hinzuweisen. — Diese Stämme betrachten ihre Herden nicht nur als das Mittel zum Lebensunterhalt, sie sind ihnen — was ein Europäer nur schwer begreift — unantastbar. Fleisch essen sie nicht oder nur bei ganz seltenen Gelegenheiten, ihre Nahrung ist Milch und Pflanzen, die die Steppe bietet. Ein Rind schlachten, gilt als verwerflich und auch dazu, ein Rind zu verkaufen, entschließen sie sich nicht leicht. Aus diesen Zuständen heraus entstand eine besondere Art des „Handels": einzelne Stämme, z. B. die Witbois, entwickelten sich zu reinen Räuberbanden; sie raubten den anderen die Herden und verkauften dann Vieh, Häute und Hörner an die weißen Händler zu einem Spottpreis. Deshalb waren im Anfang der Kolonisationsperiode die eingeborenen Räuber die Protegees der Kolonisten. Die Folgen dieses wundervollen Systems konnten nicht ausbleiben: die eingeborenen Stämme rieben sich in wütenden Kriegen untereinander auf, bis sie dann zur Verzweiflung getrieben, sich auf die Weißen stürzten. Dabei unterliegt es keinem Zweifel, daß das wahnwitzige und geradezu niederträchtige Vorgehen der deutschen Militärs die Hauptschuld an diesen Aufständen trug. Man vergesse nicht: am 12. April 1893 hat Major v. François bei Hornkranz das Lager Hendrik Witbois bombardiert, ein Lager, in dem nur Weiber, Greise und Kinder sich aufhielten, während der Häuptling mit seinen Kriegern fortgeritten war mit dem Entschlusse, sich den Weißen zu unterwerfen. Alle Greuel, die die „Wilden" nachher verübt haben sollen, verblassen gegen diesen „versehentlichen" Massenmord an den Weibern und Kindern der Witbois. Das zweite fluchwürdige Verbrechen an der Menschheit war dann die Kriegführung des Generals Trotha im letzten Feldzuge, das Hineintreiben ganzer Stämme in die Durstwüste der Kalahari, wo die Weiber und Kinder zu tausenden in grauenhafter Qual verschmachteten, das „Einteilen in die Reservate" der niedergeworfenen und eingefangenen Stämme, wobei sie dem Hunger und den Seuchen zum Opfer fielen. Geschah doch damals das Gräßliche, daß Weiber die Frucht abtrieben oder ihre Neugeborenen mordeten, damit sie dem Schicksal entgehen, das ihnen der „christliche" Sieger bereitete. Das Resultat ist: die Eingeborenen sind dezimiert, ihr Reichtum an Vieh ist vernichtet und was übrigblieb, muß unfehlbar verkommen.

Was setzen die Weißen an Stelle jener den natürlichen Bedingungen angepaßten Wirtschaft nomadisierender Volksstämme? Sie wollen die Farmwirtschaft einführen, es sollen Farmen entstehen, auf denen Viehzucht und Ackerbau getrieben wird. Damit sie entstehen können, muß Wasser geschafft werden. Von der Lösung dieser Frage hängt alles ab. Es sind Arbeiten in Angriff genommen: Staudämme werden errichtet um das Regenwasser aufzustauen, Brunnen werden gegraben. Aus dem Berichte erfährt man, mit welchen Schwierigkeiten das verbunden ist. Das Gouvernement unterhält zwei „Bohrkolonnen", die im Lande umherziehen und Brunnen graben. Die eine von ihnen stellte 73 Bohrlöcher her mit einer Gesamtteufe von 2390 Meter; die flachste Bohrung war 2,5 Meter, die tiefste 74,7 Meter, die Durchschnittsteufe 32,7 Meter. 18 Bohrlöcher wurden aufgegeben, weil man auf hartes Gestein stieß, oder unbrauchbares Brackwasser fand, praktisch brauchbar erwiesen sich nur 31 (die übrigen lieferten zu wenig Wasser). Die Kosten stellen sich auf das fallende Meter Bohrung mit 29,75 M. Ob die erbohrten Brunnen auch dauernd Wasser liefern werden, ist noch fraglich. So liegen die Verhältnisse in dem größten Teile des überhaupt zugänglichen Landes. Wie bei diesem Wassermangel Viehwirtschaft getrieben werden soll, die sich nur dann rentieren kann, wenn Herden von vielen tausend Stück gehalten werden, bleibt einigermaßen rätselhaft. Vernünftigerweise muß man sich sagen, daß Erfolge nur da erzielt werden, wo die Wasserverhältnisse günstiger liegen, daß also nicht das ganze Land für Ackerbau und Landwirtschaft in Betracht kommt, sondern nur ein kleiner Teil. Für den Rest dürfte der brave Unteroffizier recht behalten, der folgende Charakteristik des Landes gab: man bat ihn, eine Ansichtskarte heimzuschicken; er nahm eine Postkarte, bestrich sie mit Leim, streute Sand darauf und die „Ansicht" war fertig.

Dazu kommen die periodisch auftretenden Viehseuchen, die Tsetsefliege, die die Pferdebestände dezimiert und ähnliche Herrlichkeiten. Im Berichtsjahre blieb das Land zwar von der Rinderpest glücklich verschont, aber es zeigte sich die ansteckende Lungen- und Brustfellentzündung, von der man noch nicht weiß, ob sie sich nicht weiter ausbreiten wird und „Todesfälle durch nicht anzeigepflichtige Seuchen, deren Ursprung zum Teil noch der Erforschung harrt, kamen unter den großen Haustieren recht häufig vor." Unter den Schafen herrscht die Räude, die „über das ganze Land verbreitet ist". Im Bezirk Gibeon trat Katarrhalfieber der Schafe auf und er mußte gesperrt werden; in anderen Bezirken Pockenseuche.

Deshalb ist auch sehr natürlich, wenn die Zahl der Farmen lächerlich gering bleibt. Im ganzen wurden 1041 Farmen im Privatbesitz gezählt. Verkauft wurden im Berichtsjahre ganze 88. Diese Farmen sind riesengroß, und umfassen insgesamt über 10,7 Millionen Hektar, so daß über 1000 Hektar im Durchschnitt auf die Farm kommen. Von dieser Riesenfläche wurde ein lächerlich geringer Teil bebaut, nicht ganz 4000 Hektar. An Vieh wurden darauf gehalten rund 37 000 Stück Großvieh und 373 000 Stück Kleinvieh, abermals ein geradezu lächerliches Resultat. Ob jemals die Farmwirtschaft in diesem Gebiete Bedeutung gewinnen kann, ist daher auch heute, 27 Jahre nach der Besitzergreifung, noch unentschieden. Zweifellos aber ist, daß an Bauernwirtschaft, bei der zahlreiche Weiße ihren Unterhalt finden, gar nicht zu denken ist. Solche kleinen Farmer haben gar nicht die Mittel, um die Kosten der Bewässerung aufzubringen, die großen Viehherden anzulegen und laufen dabei Gefahr, daß ein einziges Seuchenjahr sie unrettbar ruiniert. Wenn überhaupt, ist nur eine intensive Wirtschaft, die aber trotzdem großen Kapitalaufwand erfordert, denkbar.

Angesichts dieser Verhältnisse laboriert die Kolonialverwaltung in dilettantenhafter Manier herum, „fördert" die Viehzucht durch den Import teurer Rassetiere, die zumeist eingehen, setzt Prämien aus, veranstaltet Ausstellungen. Das Glanzstück des letzten Jahres ist die Einfuhr von Karakulschafen. So recht ein Schulbeispiel dieser tollen Wirtschaft. Es sind das Schafe, die die jetzt hochmodernen „Persianer"-Felle liefern. Diese werden in der Weise gewonnen, daß man die ungeborenen Lämmer aus dem Mutterleibe schneidet, denn geborene Lämmer liefern schon minderwertiges Fell. Da also für ein Lammfell das Muttertier geopfert wird, ist das jedenfalls eine sehr angebrachte Zucht für ein Land, wo es darauf ankommt, erst einmal die Herden quantitativ in die Höhe zu bringen. Auf die Idee, diese Schafe einzuführen, ist das Gouvernement wohl gekommen, weil infolge der Mode Persianerfelle hoch im Preise stehen. Aber dieser hohe Preis bewirkt es auch, daß die Kirgisen in Buchara, die Perser, die Tataren der Krim, die seit langer Zeit die Karakuls züchten, ihre Herden vermehren. Das Angebot dürfte daher stark steigen. Tritt eine Aenderung der Mode ein — und nichts ist wetterwendischer als Damenmoden —, dann dürften die Afrikander, die auf diesen Leim gehen und auf Zureden des Gouvernements Karakuls züchten, lange Gesichter machen, wenn ihnen Preise geboten werden, die nicht entfernt die Mühe bezahlt machen, die unerfahrenen Züchtern entsteht. Vorausgesetzt, daß die Tiere überhaupt in dem Klima gedeihen und nicht von der Räude befallen werden. Wenn auf derartigen Experimenten die Zukunft beruht, ist es um die Zukunft windig bestellt.

Neben den natürlichen Bedingungen des Bodens und Klimas spielt die „Arbeiterfrage" eine Rolle. Farmen in der Größe von 1000 Hektar können natürlich nur bewirtschaftet werden, wenn die nötigen Arbeiter vorhanden sind. An weiße Arbeiter ist nicht zu denken. Die Eingeborenen aber arbeiten um Lohn nur, wenn sie die äußerste Not dazu zwingt. Die Weißen schimpfen ob dieser „Faulheit". Eine lächerliche Begriffsverwirrung! Es ist halt den schwarzen und braunen Menschen bisher noch nicht das Verständnis für die „gottgewollte Abhängigkeit" aufgegangen, die es erfordert, daß hunderte schwer schuften, damit einer reich wird. Seit jeher haben ihre Vorfahren ein freies Leben geführt, warum soll ihnen das Leben zur Qual werden! Die Weißen zürnen ja auch nur der fremden, nicht der eigenen Faulheit; daß der Neger nicht für sie arbeitet, das wurmt sie! Dazu kommt noch verschiedenes. Dem primitiven Menschen ist die Einsamkeit verhaßt, er ist ein geselliges Wesen. Daher gelingt es einigermaßen, ihn zu bewegen, daß er sich zu Arbeiten verdingt, die in großen Trupps ausgeführt werden, z. B. beim Bau einer Eisenbahn. Auf der Farm aber, wo nur ein paar Leute, ein Dutzend vielleicht, gebraucht werden, erfaßt die Aermsten Trübsinn und sie laufen davon oder gehen zugrunde.

Ein hohes Gouvernement sucht nun die Leute zur Arbeit zu zwingen. Sie hat die Hereros aus ihrer Heimat gerissen, über das ganze Land verteilt, hindert sie am Umherstreifen. Da sie auf die Weise von ihren Herden — wie gesagt — nicht mehr leben können, so fügen sie sich schließlich zähneknirschend und versuchen es mit der verhaßten Arbeit. Bei den Buschleuten dagegen ist Hopfen und Malz verloren, sie können und wollen nicht arbeiten. „Sobald sie auf die Farmen verteilt und keinem Polizeizwang mehr unterworfen sind, werden sie nach kurzer Zeit flüchtig" — heißt es in dem Bericht. „Verteilt"?, „Polizeizwang"?, was bedeutet das? Wer gibt den Beamten das Recht, die Leute zur Arbeit zu zwingen? Diese und ähnliche Wendungen im Bericht weisen darauf hin, daß eine Art Hörigkeit und Arbeitszwang ausgeübt wird. Hoffentlich wird die Regierung gezwungen, im Reichstag darüber Rede und Antwort zu stehen. Nur ein Stamm wird als „arbeitswillig" gerühmt: die Ovambos, die im Norden der Kolonie leben, also in einem Gebiet mit heißem Klima. Diese „Willigkeit" ist indessen auch recht problematisch; es scheint, daß hier die Leute von ihren Häuptlingen verschachert werden; die Häuptlinge zwingen sie, zur Arbeit bei den Weißen zu gehen und zwar außerhalb der Heimat. So kommen ganze Trupps von Ovambos jetzt in die Diamantenfelder im Süden. Dort aber herrscht ein rauhes Klima und die Nahrung ist den Leuten ungewohnt. Folge: allerhand Krankheiten, vor allem Skorbut.

Wohin dieser Arbeitszwang führen wird, kann man sich an den fünf Fingern abzählen. Es wird vielleicht gelingen, einen Teil dieser Unglücklichen an die Arbeit zu gewöhnen, d. h. sie werden unter dem harten Druck der Verhältnisse aus ihren Stammverbänden losgerissen, werden zu Knechten, verlieren allen sittlichen Halt, ergeben sich dem Suff und allen Lastern des Sklaven. Ein anderer Teil wird immer und immer wieder von der Sehnsucht nach der Ungebundenheit erfaßt werden, wird gegen den Zwang rebellieren und es wird von neuem zu barbarischem Blutvergießen kommen. Wenn überhaupt die kapitalistische Farmwirtschaft da unten in Südwest gedeihen sollte, wird sie gedeihen auf einem Boden, der mit Blut über und über gedüngt ist. Dagegen gibt es kein Mittel. Wer kapitalistische Kolonialwirtschaft will, der muß wollen: Blutvergießen und Völkermord.

Zwei Nachwahlen in Böhmen.

Aus Wien wird uns vom 6. geschrieben:

Am Mittwoch finden in Böhmen zwei Ersatzwahlen zum Reichsrat statt, die eine große Bedeutung für die kommenden Neuwahlen, welche angesichts der prekären Lage des Abgeordnetenhauses rascher kommen können als man glaubt, haben werden. Da sie überdies in zwei Gebieten stattfinden, die von einander sehr entfernt sind, und ihrer sozialen Struktur nach ganz verschieden, so werden sie über die Stimmungen der breiten Massen der Wählerschaft ohne Zweifel wichtige Aufschlüsse bringen.

Der eine Wahlbezirk ist der hochindustrielle des Warnsdorfer Gebietes, der die gleichnamige Stadt und den umliegenden Gerichtsbezirk umfaßt und zu den Hauptsitzen der böhmischen Textilindustrie gehört. Es ist einer der wenigen Bezirke, in denen uns das Wahlglück im Jahre 1907 nicht hold war, obwohl die Partei einen ihrer besten und bekanntesten Männer, den Genossen Pernerstorfer, kandidiert hatte. Das Wahlergebnis ergab bei der Hauptwahl folgende Zahlen: für Pernerstorfer 3990 Stimmen, für den Deutschfortschrittlichen Pergelt, der bis dahin den Wahlkreis vertreten hatte, 3183 Stimmen, für den Christlichsozialen 737, für einen selbständigen Kandidaten (der zumeist das Programm der — „Naturheiler" vertrat) 638 Stimmen; in der Stichwahl siegte dann Pergelt mit 4557 Stimmen, gegen 4132 sozialdemokratische. Objektiv scheinen also die Bedingungen für einen sozialdemokratischen Wahlsieg nicht gerade günstig zu stehen, zumal man berücksichtigen muß, daß sich die Wahlen im Jahre 1907 in einer sozialdemokratischen Hochkonjunktur abspielten, die für die Partei lange

nicht wiederkehren wird. Das Mandat ist durch das Ableben des bisherigen Mandatsinhabers Pergelt frei geworden, und der vereinigte Herbann der Bürgerlichen kandidiert nun einen Herrn v. Langenhan, der bisher Sekretär des Bundes österreichischer Industrieller, der mächtigsten Unternehmerorganisation, war, und daneben noch den Vorzug genießt, Schwiegersohn eines der größten der österreichischen Plusmacher, des Barons Stummer zu sein und über ungezählte Millionen zu verfügen. Wir haben dort den Genossen Dr. Benno Karpeles aufgestellt, der durch seine hervorragende Tätigkeit auf genossenschaftlichem Gebiete auch den ausländischen Genossen wohl bekannt sein wird. Als Zählkandidat kommt noch der Christlichsoziale Jerzabek in Betracht. Die Mehrheit der Wähler besteht in Warnsdorf ohne Zweifel aus Arbeitern, und die Frage ist nun, ob es die sozialdemokratische Agitation zuwege bringen wird, einen größeren Teil der Arbeiterschaft dem Indifferentismus zu entreißen, als es im Jahre der Neuwahlen möglich war.

Eine ganz andere Struktur weist der andere Wahlbezirk, der von Hartmanitz im Böhmerwald, auf. Der Bezirk ist überwiegend agrarisch und die industriellen Arbeiter werden kaum den fünften Teil der Bevölkerung ausmachen. Es ist der Bezirk der Schwarzenbergschen Latifundien, in dem die sogenannten Zinspächter in einem eigentümlichen Verhältnis zu dem Fürsten Schwarzenberg leben, der geradezu nach einem Rest der Leibeigenschaft aussieht. Es ist nun gelungen, diese bäuerliche Schichte mit sozialistischen Ideen zu erfüllen und ganz prächtig zu organisieren. Im Jahre 1907 erhielt hier in der Hauptwahl der Sozialdemokrat 2453 Stimmen, der deutsche Agrarier 2343, ein anderer Agrarier 650 Stimmen, ein Deutschfortschrittlicher 1768, der Christlichsoziale 1700 Stimmen. In der Stichwahl siegte der Agrarier Größl mit 5411 Stimmen gegen den Sozialdemokraten, der 2649 Stimmen erhielt. Unser Kandidat ist hier der Genosse Anton Weber in Krumau, ein junger, aber sehr tüchtiger Proletarier; die deutschen Agrarier kandidierten einen Landwirt namens Paulick, die Christlichsozialen einen Herrn Alois Winter.

In beiden Wahlbezirken ist der Kampf sehr leidenschaftlich und es ist zu hoffen, daß unsere Partei an beiden Orten erhebliche Fortschritte machen wird. Ob die Fortschritte so große sein werden, um zur Erringung der Mandate zu führen, läßt sich allerdings nicht beurteilen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. März 1911.

Gegen den Kraetkizismus.

Aus dem Reichstag, 8. März. Bei der heute eröffneten Debatte über den Postetat wurde durch den Genossen Eichhorn ausführlich die fiskalische Betriebspolitik des Herrn Kraetke kritisiert. Eichhorn vertrat den Standpunkt, daß die Post nicht als ein Mittel zur Plusmacherei betrieben werden dürfe, sondern ausschließlich als ein Verkehrsinstitut, das seine Kosten zwar decken müsse, auch allenfalls geringe Ueberschüsse abwerfen könne. Nicht aber dürfe sie als ein Schröpfkopf zur Blutentziehung für militärische Zwecke dem Reichskörper aufgesetzt werden. Mit dem „Kraetkizismus" müsse es ein Ende nehmen.

Hierdurch wurde das patriotische Empfinden des Konservativen Dr. Dröscher schwer gereizt. Er überkugelte sich in loyalen Purzelbäumen und schloß mit dem Wunsch, Herr Kraetke solle sein Amt noch vierzig Jahre verwalten, worauf die gesamte Linke in ein ironisches Hochrufen ausbrach.

Freudig erregt ob der Dröscherschen Huldigung verteidigte dann Herr Kraetke sein Plusmachersystem.

Es gab noch ein Wahlkreisreden, dann wurde die Debatte auf Donnerstag vertagt.

Scheingefecht.

Als ein Scheingefecht bezeichnete Genosse Ströbel, der am Mittwoch bei der Fortsetzung der Generaldebatte zum Kultusetat als erster Redner im Abgeordnetenhause zu Worte kam, die Auseinandersetzungen über den Modernisteneid. In der Tat dürfte unser Fraktionsredner damit das richtige getroffen haben, denn noch mehr als am vorhergehenden Tage zeigte es sich deutlich, daß keine der bürgerlichen Parteien — von der Regierung ganz zu schweigen — den ernsten Willen hat, die Interessen des Staates gegen die Uebergriffe Roms zu schützen. Zwar fielen noch hier und da einige scharfe Worte, aber schließlich lag sich alles versöhnt in den Armen. Rom und mit ihm der schwarz-blaue Block ist als Sieger aus dem Geplänkel hervorgegangen.

Mit feiner Ironie hatte Ströbel die Abhängigkeit der Regierung von Rom und vom schwarz-blauen Block gekennzeichnet und das erbärmliche Komödienspiel enthüllt, treffend hatte er nachgewiesen, daß es sich nur um ein Scheingefecht handele, daß aber niemand den Mut hat, auf die Herausforderung des Papstes die gebührende Antwort zu erteilen. Der sozialdemokratische Redner war der einzige, der die Konsequenz aus den ganzen Vorgängen zog und nachdrücklichst die Befreiung der Schule von der Kirche verlangte. Aber davon will selbst die bürgerliche Linke nichts wissen, ihr genügt es, wenn die höheren Schulen von dem Einfluß der Kirche verschont bleiben, das Volk aber will sie in ganz dieselbe Abhängigkeit bringen, wie ihre feindlichen Brüder von rechts und vom Zentrum es wollen. Der zweite Teil der Ausführungen unseres Redners war einer Schilderung des jämmerlichen Volksschulwesens in Preußen und einer Kritik der Haltung der Nationalliberalen gewidmet, deren Verrat bei der Verabschiedung des Volksschulunterhaltungsgesetzes er gebührend geißelte. Nachdem er schließlich noch das Märchen von der Freiheit der wissenschaftlichen Forschung gründlich zerstört hatte, forderte er alle freiheitlichen Elemente zur Errichtung eines Kulturblocks als Gegengewicht gegen den konservativ-klerikalen Block auf.

Sonderbarerweise erblickte Abg. Dr. Porsch (Z.) in der Rede Ströbels die Aufforderung zu einem neuen Kulturkampf, eine Ansicht, die er selbst später auf Veranlassung unseres Redners als irrig bezeichnete. Im übrigen behauptet auch Herr Porsch, für die Erhaltung des Konfessionellen einzutreten, da bei einem Kulturkampf nur der Weizen der Sozialdemokratie blühen würde. Daß das Zentrum keine Ursache hat, mit der Regierung unzufrieden zu sein, bedarf keiner besonderen Betonung, die Regierung frißt ihm ja förmlich aus der Hand, und auch die Worte, die der Kultusminister im Anschluß an den Zentrumsführer sprach, zeigen aufs neue die Abhängigkeit der Regierung von den Finsterlingen.

Die Konservativen beteiligten sich nicht mehr an der Debatte. Wozu auch? Herr Dr. Friedberg (natl.), der ihnen anfangs einige scharfe Worte zurief, ließ am Schlusse seiner Rede durchblicken, wie sehr ihm daran liegt, von den Junkern wieder in Gnaden aufgenommen zu werden, und dem letzten Redner aus dem Hause, Herrn Dr. Pachnicke, zu erwidern, lohnt ihnen nicht, weil sie ihn als ernsten Gegner nicht betrachten. Zwar drohte der Fortschrittsmann mit der Streichung der preußischen Gesandtschaft beim Vatikan, aber er ließ seinen Worten nicht die Tat folgen. Die paar Witze, mit denen der Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter die Drohung abtat, genügten, um Herrn Dr. Pachnicke von seinem Vorhaben abzubringen.

Nach belangloser Debatte wurden noch einige Etatstitel bewilligt und die weitere Beratung des Kultusetats auf Donnerstag vertagt.

Reichstags-Ersatzwahl im vierten Berliner Reichstags-Wahlkreise.

Die Ersatzwahl für den von uns geschiedenen Genossen Singer ist auf den 10. April angesetzt. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg veröffentlicht folgende Bekanntmachung:

Nachdem der Reichstags-Abgeordnete für den 4. Wahlkreis der Stadt Berlin, Privatier Paul Singer, verstorben ist, hat in diesem Wahlkreise eine Ersatzwahl stattzufinden.

Ich setze daher den Tag, an dem die Auslegung der Wählerlisten zu beginnen hat, auf den 13. März d. J., und den Wahltermin auf Montag, den 10. April d. J., fest.

Gleichzeitig bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß ich für diese Wahl den Stadtrat Mielenz in Berlin zum Wahlkommissar und den Magistratsrat Dr. Buls in Berlin zu seinem Stellvertreter ernannt habe.

Potsdam, den 3. März 1911.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg.
In Vertretung:
gez. von Winterfeldt.

Wir werden in den nächsten Tagen im lokalen Teil des „Vorwärts" mitteilen, in welchen Lokalen die Wählerlisten zur Einsicht ausliegen.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

In der Sitzung vom Mittwoch wurden die Redner zu den neu eingebrachten Gesetzesvorlagen bestimmt. Es werden sprechen: zu dem Gesetzentwurf über die Niederlassungsabmachungen mit der Schweiz Emmel; zu dem Gesetzentwurf über die Kolonial- und Kriegskosten Ledebour und zu dem Gesetzentwurf betreffend die Reisegelder für Kolonialbeamte Noske. Zu der Patentgesetzabänderung werden die Genossen Geck und Südekum sprechen.

Zur elsaß-lothringischen Verfassungsfrage.

Die „Köln. Ztg." veröffentlicht folgende offiziöse, vom Wolffschen Telegraphenbureau weiter verbreitete Berliner Meldung:

„Es steht nunmehr fest, daß der Bundesrat sich gegen diejenigen Beschlüsse der Kommission erklärt hat, die Elsaß-Lothringen zu einem vollen Bundesstaat machen und die Stellung des Kaisers in seinen Befugnissen gegenüber dem Statthalter abändern wollten. Wie das nach der ganzen vorherigen Stellungnahme der Regierung anzunehmen war, hat der Bundesrat diese Kommissionsbeschlüsse als unannehmbar bezeichnet, dagegen betätigte er in bezug auf die von Elsaß-Lothrigen verlangten Bundesratsstimmen ein weitgehendes Entgegenkommen und hat sich damit einverstanden erklärt, daß Elsaß-Lothringen diese Stimmen unter einigen praktisch nicht viel bedeutenden Einschränkungen erhalten soll. Wenn sich für diese Vorschläge der Regierung in der Kommission und im Reichstag eine Mehrheit findet und wenn des weiteren an den sonstigen Grundzügen der ursprünglichen Regierungsvorlage keine wesentlichen Aenderungen vorgenommen werden, so dürfte das Schicksal der Vorlage gesichert sein. Wie wir hören, wird namentlich in süddeutschen Bundesratskreisen die gefundene Lösung der Stimmenfrage als sehr glücklich bezeichnet und sie begegnet auf dieser Seite nicht nur keinen Bedenken sondern voller Anerkennung."

Die Regierung scheint demnach damit zu rechnen, daß das Zentrum eine neue Schwenkung vollzieht und die Regierungsvorlage in der neuen Fassung akzeptiert. Wenn den Aeußerungen der größeren Zentrumsblätter zu trauen ist, hat diese Hoffnung wenig Berechtigung. So schreibt z. B. die „Köln. Volksztg." heute in einem programmatischen Artikel:

„Es bewahrheitet sich immer mehr, daß die Reichsregierung anstatt der Fortentwickelung der elsaß-lothringischen Gleichberechtigung die Stärkung der Kaisermacht beabsichtigt. Denn darauf läuft trotz alles gegenteiligen Geredes die Gewährung von Bundesratsstimmen hinaus, wenn nicht gleichzeitig ein selbständiger Träger der elsaß-lothringischen Staatsgewalt eingesetzt wird ... Jede engere Verbindung mit der Kaisergewalt bedeutet das Gegenteil von der in Elsaß-Lothringen gewünschten Reform und wird nunmehr von allen elsaß-lothringischen Parteien und Abgeordneten einmütig abgelehnt. Als der Staatssekretär von Bulach dieser Tage versuchte, den Nutzen der Verbindung mit der starken Kaisermacht zu betonen, fand er im Landesausschuß keinerlei Anklang."

Das ist, sollte man meinen, deutlich genug; doch das Zentrum besitzt eine gewisse Virtuosität im Umfallen.

Der Kriegsminister berichtigt abermals!

Wir erhalten folgende Zuschrift:

In Nr. 53 des „Vorwärts" vom 3. März 1911 wird am Schlusse des Artikels: „Der Kriegsminister berichtigt" gesagt:

„Dabei stellte sich auch die sensationelle Tatsache heraus, daß in jener Kommissionssitzung vom 8. Februar auch der Schatzsekretär Wermuth erklärte, von der nunmehr vorliegenden wirklichen Bedarfsziffer keine Ahnung gehabt zu haben. Das Schatzamt habe sich lediglich an die Zahlen des Entwurfs gehalten und halten müssen. So war selbst der Reichsschatzsekretär durch die famose Bedarfsberechnung des Kriegsministers getäuscht worden.

Der Vorfall beweist eben wieder, wie sehr man der Regierung auf die Finger zu sehen gezwungen ist, falls die Oeffentlichkeit nicht das Opfer gröblichster Täuschungen werden soll."

Die Redaktion ersuche ich im Einverständnis mit dem Schatzsekretär des Reichsschatzamtes auf Grund des § 11 des Reichspreßgesetzes, in der nach Empfang dieser Einsendung nächstfolgenden, für den Druck nicht bereits abgeschlossenen Nummer des „Vorwärts" nachstehende vom Staatssekretär des Reichsschatzamtes und mir gegebene Berichtigung aufzunehmen:

Ueber die Maßnahmen zur Durchführung der Heeresvorlage hat zwischen dem Kriegsministerium und der Reichsfinanzverwaltung stets volles Einverständnis bestanden. Die Wünsche der Kriegsverwaltung wegen Verteilung der Kosten auf die einzelnen Jahre waren dem Reichsschatzamt bekannt. Insbesondere war ihm auch der vorläufige Entwurf einer Kostenverteilung, welcher den beiden Referenten der Kommission ausgehändigt wurde, und welcher eine Gesamtsumme von 141 Millionen Mark ergibt, schon längere Zeit vorher mitgeteilt worden. Die Erklärungen des Staatssekretärs des Reichsschatzamtes in der Budgetkommission bezweckten nichts anderes als die Feststellung, daß jener Verteilungsplan keine bindende Kraft hat. — von Heeringen.

An dieser Berichtigung ist bekremdend, daß sie sich gegen eine vorläufige Bemerkung des „Vorwärts" in der Nummer vom 3. März wendet, aber die ausführliche und aktenmäßige Darstellung in der Nummer des „Vorwärts" vom 7. März völlig unerwähnt läßt. Da die Berichtigung des Kriegsministers vom 8. März datiert ist, hätte man doch eigentlich ein Eingehen auf unsere Darstellung vom 7. März erwarten sollen.

Oder hat der Kriegsminister ein Eingehen auf diese letzte, detaillierte und dokumentarische Darstellung der Vorgänge in der Kommission deshalb vermieden, weil sich die offizielle Wiedergabe der Erklärungen des Reichsschatzsekretärs so schlecht in Einklang mit der obigen Kollektiverklärung des Kriegsministers und des Reichsschatzsekretärs bringen läßt?

Das Müssen und Dürfen katholischer Redakteure.

Daß der Katholizismus jedes freie Denken, jede selbständige Ueberzeugung verpönt, keine politische Freiheit gestattet, sondern daß der Katholik die vom Papste vorgeschriebene Meinung auch als Publizist zu vertreten hat, das enthüllen die „Canisiusstimmen" (12. Heft 1910). In einem Artikel „Die katholischen Redakteure" liest man über die Pflichten des katholischen Redakteurs:

Er soll darauf bedacht sein, daß keine Irrlehre in die Zeitung gelangt ..... Kein Unkraut bezüglich der Lehre darf sich in einer katholischen Zeitung finden, und das bezieht sich besonders auch auf den Modernismus.

Der katholische Redakteur darf auch keine verwegenen, gefährlichen Meinungen bezüglich der Lehre und der Gebräuche der Kirche aufnehmen. Er darf keinen Schriftsteller und Redner loben, welcher Irrtümer lehrt, sollte er es in einer auch noch so schönen Sprache tun; er soll auch keine solche Reden oder Artikel in seiner Zeitung anführen, ohne dieselbe sofort klar zu widerlegen, sonst bleibt im Geiste des Lehrers der Irrtum haften.

Der katholische Redakteur darf unter keinen Umständen Erlasse der kirchlichen Autorität, des Papstes, der Bischöfe kritisieren, bemänteln oder einschränken. Die Kirche Gottes ist kein Parlament, über deren Entscheidungen man zu Gericht sitzen darf. Es ist eines katholischen Redakteurs unwürdig, despektierlich von „römischer Kurie", von einem „nicht gut unterrichteten Papste" zu reden usw., ein solches Blatt hört dadurch ipso facto auf, katholisch zu sein.

Der katholische Redakteur darf im allgemeinen auch nicht Gesellschaften, Vereine und Institute empfehlen, aus denen das katholische Element ausgeschlossen ist; es könnten sich sonst Katholiken als Mitglieder anschließen und an ihrem Glauben Schaden nehmen.

Alles, was den guten Sitten Eintrag tun, oder eine Gelegenheit zur Sünde sein könnte, darf der katholische Redakteur nicht in die Zeitung aufnehmen. Er darf durch sein Blatt niemand in Versuchung führen.

Die katholische Zeitung darf unter keiner Bedingung interkonfessionell sein, sondern muß offen den katholischen Charakter an den Tag legen. Die Tendenz, die spezifisch katholische Note in der katholischen Zeitung nicht merken zu lassen, ist eine Schmach für eine katholische Zeitung. Der katholische Redakteur muß die katholischen Prinzipien betonen auch in politischen und sozialen Fragen. Solche religiös farblose Zeitungen schwächen den Glauben und die Liebe zum Uebernatürlichen und sind um so gefährlicher, je mehr sie noch unter katholischer Flagge erscheinen.

Der katholische Redakteur muß die weltliche Herrschaft des Papstes immer wieder zurückverlangen. Leo XIII. sagte zu den katholischen Journalisten: „Tretet ein für die Notwendigkeit der weltlichen Herrschaft des Papstes, welche zur freien Ausübung seines Amtes nötig ist." Die hl. Kongregation für die kirchlichen Angelegenheiten fordert die katholischen Redakteure auf „im katholischen Volk die unhaltbare Lage des Papstes lebendig vor Augen zu erhalten, welche durch die Beraubung Roms geschaffen wurde."

Im Kriege ist der Gehorsam die erste Pflicht; nur die Armee, welche einig ist, ist siegreich; die Einheit ergibt sich aus dem Gehorsam gegenüber den autorisierten Führern. Wenn ein katholischer Redakteur gegen die kirchliche Disziplin fehlt, so verrät er die Sache der Kirche. Falsch ist es, zu sagen, daß eine Sache, die der Politik angehört, deswegen nicht mehr unter dem kirchlichen Einfluß steht, denn eine politische Sache kann auch der moralischen Ordnung angehören, deren Richter die kirchliche Autorität ist. Dann steht es nicht den Journalisten und Parlamentariern zu, zu entscheiden und die Grenzen der kirchlichen Autorität zu bestimmen.

Der katholische Redakteur muß auch Eifer in seinem Amte haben. Er sündigt weniger durch zu großen als durch zu geringen Eifer, durch Lauheit und Kleinmut; bekanntlich dämpft die Menschenfurcht oft nur zu sehr den Eifer. Der katholische Redakteur muß die Wahrheit lieben, mit Eifer die Prinzipien verteidigen und die Folgerungen daraus ziehen. Er darf sie nie dem Zeitgeist anbequemen wollen. Er muß das Wahre wahr und das Falsche falsch nennen. Ohne Rücksicht auf Personen muß er den Irrtum, die Gottlosigkeit und Ungerechtigkeit brandmarken. Wenn der Wolf unter der Herde ist, so verlangt es die Liebe, daß man ihn beim Namen nennt und die Schafe rettet: so sollen auch die Feinde Gottes bei ihrem wahren Namen genannt und so wehrlos gemacht werden, sagt der hl. Franz v. Sales. So soll auch der katholische Redakteur die kirchenfeindlichen Schriftsteller öffentlich tadeln, wie sie es verdienen, aus Liebe zu den Gläubigen, um diese vor jenen zu warnen. Die Absicht entschuldigt die Kirchenfeinde nicht, denn das Gift ihrer Schriften mordet doch die Seelen. Der Eifer des katholischen Redakteurs reißt ihn vielleicht auch manchmal zu einem heiligen Zorn hin, wie Christus im heiligen Zorn die Käufer und Verkäufer aus dem Tempel „hinausgeworfen" und Johannes der Täufer die heuchlerischen Pharisäer Schlangenbrut und „Natterngezücht" genannt hat. So ergreift der katholische Redakteur im Eifer für die Sache Gottes und seiner Kirche und aus Liebe zu den Seelen das zweischneidige Schwert der Wahrheit, das verwundet und heilt.

Bei solchen Pflichten kann selbstverständlich von eigener Ueberzeugung keine Rede sein. Da gibt es nur Geistessklaven des Papstes in Rom.

Ein Kompromiß zur Fernsprechgebührenordnung.

Zur Fernsprechgebührenordnung, die am Donnerstag in der Budgetkommission zur Verhandlung steht, ist ein Kompromißantrag eingebracht worden, den Konservative, Reichsparteiler, Wirtschaftliche Vereinigung und Zentrum unterzeichnet haben. Danach soll die Grundgebühr betragen: in Netzen bis zu 100 Anschlüssen 50 M., bis zu 1000 Anschlüssen 60 M., bis zu 5000 Anschlüssen 75 M., bis zu 20 000 Anschlüssen 90 M., bis zu 70 000 Anschlüssen 100 M.; für jede angefangenen weiteren 50 000 Anschlüsse 10 M. mehr jährlich für jeden Anschluß, der nicht weiter als 5 Kilometer von der Vermittelungsstelle entfernt ist. Statt der Einzelgebühr von 4 Pf. kann eine Pauschgebühr entrichtet werden, die bis zu 3000 Verbindungen 80 M. jährlich, bis zu 5000 Verbindungen 130 M., bis zu 7000 Verbindungen 170 M. und bis zu 10 000 Verbindungen 200 M. beträgt. Die Höchstzahl der von einem Anschlusse aus zulässigen Gesprächsverbindungen beträgt jährlich 10 000.

Krieg im bayerischen Zentrum.

Von einem katholischen Arbeiter erhält die „Münchener Post" einen Artikel, nach dem in christlichen Arbeiterkreisen wegen der Absägung des Reichstagsabgeordneten Schirmer in seinem bisherigen Wahlkreise große Verstimmung herrscht. Diese Mißstimmung sei in den letzten Tagen durch die Aufstellung eines bürgerlichen Kandidaten im Wahlkreise Ingolstadt, den man

ebenfalls für eine Arbeiterkandidatur beansprucht hatte, wesentlich verstärkt worden. Weiter wird mitgeteilt, daß der Arbeiterwahlverein der Zentrumspartei in München am 25. Februar ein Rundschreiben an alle in der Zentrumsagitation tätigen Arbeiter und an alle christlichen Gewerkschaftskartelle in Bayern versandt habe, dem folgender Fragebogen beigefügt war:

1. Können es die Führer und Vertreter der christlichen Arbeiterschaft verantworten, die gegen einhunderttausend zählenden Arbeiterwähler der bayerischen Zentrumspartei im Reichstage ohne jede fachmännische Vertretung zu lassen?

2. Sind Sie der Meinung, daß an der Kandidatur Schirmers unter allen Umständen festgehalten werden solle?

3. Wenn der Arbeiterschaft bei der Aufstellung von Kandidaten keine sicheren Wahlkreise zugestanden werden, was soll dann geschehen? a) Sollen sich die Arbeiter überhaupt noch an der Parteiarbeit beteiligen? b) Oder sollen in allen Wahlkreisen die Stimmen der Arbeiter auf einen Arbeitervertreter (Schirmer) vereinigt werden ohne Rücksicht auf die offiziellen Kandidaten?

Schließlich enthält der Artikel noch die Mitteilung, daß in Regensburg am 2. März eine geheime Konferenz sämtlicher christlichen Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre Bayerns stattgefunden habe, auf der die Kandidatenfrage und die Frage der Gründung einer eigenen Tagespresse erwogen wurde.

Zentrums-Sorgen.

Die katholischen Arbeitervereine Bayerns faßten auf einer Bezirkskonferenz, die am Sonntag in Nürnberg tagte, eine Resolution, in der die Unzufriedenheit der katholischen Arbeiterkreise mit der Haltung der Zentrumsleitung zur Forderung von Arbeiterkandidaturen für den Reichstag erklärt wird. Mit Bedauern werde festgestellt, daß unter 36 bayerischen Zentrumsabgeordneten sich bisher nur ein Vertreter aus dem Arbeiterstande befunden habe. Da dessen Kandidatur nun gefallen sei, ohne daß bisher in anderen Wahlkreisen ein Vertreter aus dem Arbeiterstande aufgestellt worden wäre, so ersucht die Bezirkskonferenz die maßgebenden Instanzen, der zweitgrößten Wählergruppe auch eine entsprechende Vertretung einräumen zu wollen.

Im Grunde genommen, ist's gleich, ob katholische Arbeitersekretäre in die Zentrumsfraktion gewählt werden. Nie hat das Zentrum die Arbeiterinteressen mehr mißachtet, als seitdem die sogenannten Arbeitervertreter unter ihnen sind: Erst neuerdings hat das wieder die Beschlußfassung über die Rechte der Arbeiter in den Krankenkassen gezeigt.

Eine charakteristische „Warnung"!

In M.-Gladbach wird den Zentrumsarbeitern alle nötige „Weisheit" eingetrichtert. Es genügt deshalb, wenn das dort Eingepaukte „sitzt" und der christliche „Funktionär" sein Pensum ableiern kann. Deutlich kommt diese Auffassung in einer Notiz der Nummer 9 des „Deutschen Metallarbeiter" zum Ausdruck, dem Blatt des zentrumschristlichen Metallarbeiterverbandes. In dem Blatte werden, da „wiederholt Anfragen" gekommen sind, die Leser vor dem Kauf „von großen Druckwerken und Büchern" gewarnt. Die Form, in der dies geschieht, ist sehr charakteristisch für die zentrumschristliche Bildungsliebe. Das christliche Metallarbeiterblatt meint, gewiß sollten sich die Mitglieder durch Lesen guter, aufklärender Bücher bilden, dazu sei aber in erster Linie „die kleine soziale Literatur der christlichen Gewerkschaften" bestimmt. Darüber hinaus sollen in den Ortsgruppen „einige größere Bücher zu einer Bibliothek vereinigt" werden, damit die Mitglieder sie, ohne die Bücher selbst zu kaufen, lesen könnten. „Einige größere Bücher" ist gut! Der „Deutsche Metallarbeiter" setzt bei seinen „christlichen" Lesern und Gewerkschaftsmitgliedern ein sehr geringes Bildungsbedürfnis voraus. „Lexika, Weltgeschichten, Revolutionsgeschichten, Klassiker usw." sollen aber auch die Ortsgruppen nicht anschaffen. Wer etwa als siebentes Weltwunder solch einen Schmöker einmal lesen will, wird auf die Bibliotheken größerer Bildungsvereine und auf die Stadtbibliotheken verwiesen, wo „dergleichen teure Werke" leihweise zu haben seien.

Es ist schon originell, in unserer Zeit von Klassikern als von „dergleichen teuren Werken" zu reden. Heute kaufen sich Tausende und wieder Tausende deutscher Arbeiter die Klassiker für ein paar Mark. Bei den Zentrumschristen aber sind Klassiker und Weltgeschichte sogar für die Bibliotheken der Ortsgruppen entbehrlich, im übrigen genügen „einige größere Bücher" neben den M.-Gladbacher Zehnpfennig-Broschüren!

Man vergleiche, was die sozialdemokratischen Gewerkschaften für ihre Büchereien aufbringen. In den großen Städten gibt es sehr wertvolle Bibliotheken, und selbst die kleinste Gewerkschaft in irgend einem ländlichen Dorf setzt alles daran, einen Schatz guter Bücher zu besitzen.

Wenn man die zentrumschristliche Genügsamkeit betrachtet, die an die bekannten Worte Reichenspergers erinnert, wird es allerdings verständlich, daß die christlichen Gewerkschaftler trotz ihres geräuschvollen Mundwerks als Debatter so jämmerlich abschneiden. Man versteht auch, daß die Presse der Zentrumschristen so oft über den Mangel an fähigen Mitarbeitern klagt.

Oesterreich.

Das Vereinsrecht.

Wien, 8. März. Der im Abgeordnetenhause heute eingebrachte Gesetzentwurf betreffend die Ausübung des Vereinsrechtes bringt mehrfache Erleichterungen und Vereinfachungen des Vereinswesens, insbesondere die Aufhebung der Kategorie der politischen Vereine und den Wegfall jeder Einschränkung des Vereinsrechtes für Frauen.

Frankreich.

Die Fremdenlegion.

Paris, 7. März. Durch eine offiziöse Mitteilung wird eine römische Meldung bestätigt, wonach der Erlaß von 1910 über den Eintritt von Minderjährigen in die Fremdenlegion vom französischen Ministerrate am 11. Februar dieses Jahres aufgehoben worden ist, nachdem der italienische Botschafter in einer Reklamation darauf hingewiesen hatte, daß die Weigerung des französischen Kriegsministers, einen minderjährigen Fremdenlegionär freizulassen, mit den Bestimmungen der Haager Konvention in Widerspruch stehe.

Holland.

Die Behandlung der Rückwanderer in Deutschland.

Haag, 7. März. Auf Anfragen einiger Deputierter bezüglich der Schwierigkeiten, die sich wegen des Transports von Auswanderern durch Deutschland ergeben haben, hat der Minister des Aeußeren schriftlich geantwortet, er habe von Anfang an versucht, die deutsche Regierung zu einer weniger wörtlichen Auslegung der Bestimmung zu veranlassen, wonach Auswanderer russischer Nationalität ohne regulären russischen Paß nicht durch Deutschland reisen dürfen, und er habe sich bemüht zu erreichen, daß Deutschland sich mit der anderen Garantie begnüge, daß diese Reisenden an der russischen Grenze nicht zurückgeschickt würden. Gegenwärtig bestehe begründete Aussicht, daß die deutsche und die russische Regierung sich über den Ausweis einigen, der besagten Paß ersetzen soll. Er hege das Vertrauen, daß die Schwierigkeiten beendet würden. Was die Gerüchte anbetreffe, wonach auch andere Reisende, die nicht Auswanderer seien, von dem Verbot der Durchreise durch Deutschland betroffen worden seien, so habe er die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung hierauf gelenkt. Diese habe ohne jede Einwendung eine Prüfung versprochen und von vornherein zugegeben, daß, wenn ein Fall so liege, die Behörden einen falschen Weg eingeschlagen hätten und eine Wiederholung ausgeschlossen sei.

Die belgischen und holländischen Sozialisten zur Vlissinger Befestigungsfrage.

Der Plan der holländischen Regierung, die Scheldemündung bei Vlissingen zu befestigen, die angeblich auf das Verlangen der deutschen Reichsregierung zur Sicherung Antwerpens gegen eine englische Landungsarmee zurückgeführt wird, hat in Frankreich und England großes Unbehagen erregt und sogar die Frage nach dem Rechte der Regierung zu solchen Anlagen auftauchen lassen. Um ein einheitliches Vorgehen der Sozialdemokratie der beiden hauptinteressierten Länder herbeizuführen, haben sich acht Vertreter der belgischen Kammerfraktion, darunter Vandervelde, Anseele und Huysmans, im Haag mit der holländischen Fraktion zu gemeinsamer Beratung vereinigt, die ein völliges Einverständnis ergab. Die Holländer betonten, daß das Recht ihres Landes zur Vornahme derartiger Arbeiten unbestreitbar sei. Sie bedauerten die Gegenagitation der westlichen Großmächte, die nur zur Förderung des holländischen Chauvinismus beitrage. Sie selbst lehnen aber die Pläne der Regierung ab: 1. wegen der Kosten von mindestens 78 Millionen Mark; 2. wegen der auch von vielen militärischen Autoritäten anerkannten Nutzlosigkeiten der Festungswerke für die Landesverteidigung; weil die notwendige Folge eine Verstärkung des holländischen Heeres sein würde.

Die Belgier erkannten gleichfalls das volle Recht des holländischen Staates zur Anlegung von Befestigungen an. Sie schließen sich im übrigen der ablehnenden Haltung der holländischen Genossen aus folgenden Gründen an: 1. ist in Belgien das Bedenken aufgetaucht, ob nicht im Falle einer Verletzung der belgischen Neutralität die Befestigung der Scheldemündung durch Verhinderung des Einlaufens einer Hilfsflotte der Belagerung Antwerpens durch die neutralitätsbrechende Armee dienlich sein werde; 2. lege man den Schutz Antwerpens gegen eine Landungsarmee durch Befestigung der Mündung keine große Bedeutung bei, da die Schelde leicht auf andere Weise gesperrt, andererseits eine Landung leicht an anderen Punkten der Küste bewerkstelligt werden könnte; 3. die geplanten Werke den belgischen Militaristen einen Vorwand zu neuer Belastung des Volkes liefern würden.

So kam man in vollem Einverständnis zu folgender Erklärung: 1. Die geplanten Festungswerke bei Vlissingen haben keinen Wert für die Verteidigung Hollands. 2. Die Frage ist ohne Bedeutung für die Verteidigung Antwerpens. 3. Die Sozialisten haben alle Mittel anzuwenden, um ein Unternehmen zu verhindern, das nur im Interesse Dritter geplant ist, und das zugleich neuen Vorwand zur Förderung des Militarismus in den beiden Staaten und in ganz Europa zu liefern droht.

England.

Die Entente mit Frankreich.

London, 8. März. Unterhaus. Jowett (Arbeiterpartei) fragte Sir Edward Grey, ob während der Zeit seiner Amtsführung irgend eine Verpflichtung gegen Frankreich übernommen oder Frankreich das Versprechen gegeben worden sei, daß in gewissen Fällen britische Truppen zur Unterstützung der Operationen der französischen Armee entsendet werden würden. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes Mc Kinnon Wood verneinte die Anfrage.

Marokko.

Der Aufruhr gegen Muley Hafid.

Paris, 8. März. Den Blättern wird aus Fes unter dem 3. März berichtet: Der Kampf der Truppen des Sultans mit den Scherardas fand am 1. März bei Hammud statt. Die Zaer unternahmen einen Angriff, wurden jedoch geschlagen und erlitten große Verluste. Mit ihren Toten und Gefangenen zogen sie sich in das Gebiet der Sidi Hassen zurück, während die Mahalla des Sultans den Marsch fortsetzte und gegenwärtig in Sbiet lagert.

Ferner wird aus Fes gemeldet, es unterliege keinem Zweifel, daß der Aufstand der Stämme durch die Missetaten des Großwesirs El Glaui veranlaßt worden sei. El Glaui sei übrigens ein entschiedener Gegner der durch die französische Militärmission in der marokkanischen Armee vorgenommenen Umgestaltungen, da er befürchte, daß der Sultan, sobald er sich auf starke Streitkräfte stützen könne, sich der Bevormundung entziehen werde. Man sage auch offen, daß Glaui den Sultan, wenn er gegenwärtig nicht von Frankreich gestützt würde, bereits gefangen gesetzt hätte. Aeußerlich allerdings seien die Beziehungen des Sultans zu Glaui tadellos.

Amerika.

Mobilisierung gegen Mexiko.

Die Nachrichten aus Mexiko lassen erkennen, daß die Revolte gegen das Willkürregiment des Präsidenten Porficio Diaz ständig an Ausdehnung gewinnt. Im Innern des Reiches scheinen anarchische Zustände zu herrschen. Die Fremden fühlen sich bedroht und die Vereinigten Staaten wollen die Gelegenheit zum Eingreifen benutzen. Zwanzigtausend Mann, ein Viertel ungefähr der amerkanischen Armee werden mobilisiert und in Texas an der Grenze von Mexiko konzentriert. Zahlreiche Regimenter sind, einem Telegramm aus Washington zufolge, bereits auf dem Marsch nach den Sammelstellen. Andere sind bereit, aufzubrechen und warten nur auf ihre Verladung, für welche die Bahnverwaltungen auf so kurze Ankündigung hin die notwendigen Züge nicht alle stellen können. Die Schiffe im Atlantischen und im Großen Ozean sind damit beschäftigt, Kohlen und Lebensmittel einzunehmen zur Vorbereitung schneller Fahrten nach dem Golf von Mexiko bezw. nach den Gewässern von Südkalifornien.

Die Bedeutung der Mobilmachung ist auf die Lage in Mexiko zurückzuführen und auf die wachsende Wahrscheinlichkeit, daß die Dinge sich dort in einem weniger befriedigenden Zustande befinden, als die mexikanische Regierung behauptet. Es wird berichtet, daß der Gesundheitszustand des Präsidenten Diaz in der letzten Zeit seine Freunde beunruhigt hat. Man muß sich auf wichtige Ereignisse vorbereiten, denn von anderer Seite wird berichtet, daß das Pearson-Syndikat, das große Interessen im nördlichen Mexiko hat, die englische Regierung um einen angemessenen Schutz für seine eigenen und andere ausländische Interessen ersucht hat mit Rücksicht auf die chaotischen Verhältnisse, die fast sicher dem Schwinden des Ansehens der mexikanischen Regierung geschwige einem Zusammenbruch der Regierung des Präsidenten Diaz folgen müßten. Die rege Tätigkeit, die plötzlich eingesetzt hat, scheint die Meldung zu bestätigen, daß der englische Botschafter Bryce angedeutet habe, England werde eingreifen, wenn die Vereinigten Staaten dies nicht selber tun sollten.

Einem Telegramm aus der Hauptstadt Mexikos zufolge hat der Präsident gestern seinen gewöhnlichen Spaziergang in den Anlagen des Palastes gemacht und bis spät in die Nacht Staatsgeschäfte erledigt, offenbar, ohne durch die Zusammenziehung der amerikanischen Truppen beunruhigt zu sein. Der mexikanische Minister des Aeußern Creel erklärte, es sei augenblicklich kein Anlaß der Vereinigten Staaten für eine Intervention vorhanden.

Vom mexikanischen Aufstand.

New York, 8. März. Wie aus El Paso gemeldet wird, haben die mexikanischen Revolutionäre bei einem Angriff auf die Stadt Casas Grandes schwere Verluste erlitten.

Der Wechsel im Ministerium.

Washington, 7. März. Der Rücktritt des bisherigen Staatssekretärs des Innern Ballinger erfolgt offiziell aus Gesundheitsrücksichten. Sein Nachfolger Fischer trat seinerzeit energisch für den Gegner Ballingers, den Forstdezernenten Pinchet, im Ackerbauministerium ein, der als Anhänger der Rooseveltschen Politik die nationalen Hilfsquellen zu erhalten und sie nicht den Trusts auszuliefern, mit Ballinger wegen der Alaskakohlenfelder-Konzession in Konflikt geriet und von Taft entlassen wurde. Die Ernennung Fischers wird als ein Zeichen einer Aenderung der Taftschen Politik angesehen.

Aus der Partei.

Ein Heim des Sozialismus in Milwaukee.

Die sozialistische Partei Milwaukees hat das neue Geschäftshaus der Parteipresse, zugleich Verwaltungsstelle für Partei und Arbeiterorganisationen, bezogen: Brisbane Hall, genannt nach dem ersten amerikanischen Apostel des Sozialismus, Albert Brisbane (1800—1890). Das Gebäude hat eine Ausdehnung von 50 auf 152 Fuß (7600 Quadratmeter) und enthält jetzt vier Stockwerke. Doch ist das Fundament für weitere 4 Stockwerke eingerichtet. In der Druckerei steht unter anderem die neue große Vierdecker-Rotationsmaschine, die 32 Seiten bedruckt, einstweilen aber nur einen Tag in der Woche in Tätigkeit tritt. „Soc. Dem. Herald", der zu dem Festtage eine besondere, reich mit Bildern und der Nachbildung der früheren dortigen sozialistischen Organe ausgestattete Ausgabe veranstaltet hat, fordert zur Ansammlung eines Zeitungsfonds von 100 000 Dollar in Anteilen zu 10 Dollar auf, um die Umwandlung in ein Tageblatt zu ermöglichen. Auf gleiche Weise sind auch die Kosten des stattlichen Gebäudes aufgebracht worden, so daß auf das Zustandekommen des neuen Unternehmens in kurzer Zeit zu hoffen ist.

Gemeindewahlsiege.

Bei der Bürgervorsteherwahl in Linden bei Hannover ist zum ersten Male ein Sozialdemokrat in das Stadtparlament gewählt worden. Es ist vermutlich überhaupt der erste Sozialdemokrat, der unter der sehr reaktionären hannoverschen Städteordnung in eine Stadtvertretung der Provinz eintritt.

In Cladow a. H. (Potsdam-Westhavelland) wurde am 8. März Genosse Moh mit 50 Stimmen gegen 24 konservative gewählt. Unsere Genossen haben damit den zweiten Gemeindevertreter durchgebracht. Im Vorjahr erhielt der sozialdemokratische Kandidat 39, der konservative 36 Stimmen — das Stimmenverhältnis hat sich also erheblich zugunsten der Sozialdemokratie verschoben.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Vorbeigelungen.

Im Juni vorigen Jahres veröffentlichte unser Duisburger Parteiorgan eine Gerichtsverhandlung aus dem D.-Ruhrorter Schöffengerichtssaale, die eine Beleidigungsklage zwischen einem Polizeiwachtmeister Schroeder und einem Bureaubeamten Grütgen zum Gegenstand hatte. Letzterer warf in seiner Verteidigung dem Polizeiwachtmeister Unehrlichkeit vor, wodurch auch einige Feldwebel und Sergeanten des Weseler Bezirkskommandos indirekt mitgetroffen wurden. Der Polizeiwachtmeister, befragt über die ihm vorgeworfene Handlungsweise, verweigerte seine Aussage und Grütgen wurde zu einer Geldstrafe verurteilt. Durch die Wiedergabe dieser Verhandlung sollte nun unser Duisburger Parteiorgan das Weseler Bezirkskommando beleidigt haben. Nicht der Polizeiwachtmeister, sondern der Weseler Bezirkskommandeur hatte Strafantrag gegen Genossen Schoch von der „Niederrh. Arbeiter-Zeitung" gestellt. Das Duisburger Schöffengericht sprach Genossen Schoch frei, indem es sich auf den Standpunkt stellte, daß die wahrheitsgetreue Wiedergabe einer Gerichtsverhandlung keine Beleidigung sei. Die Presse sei zu dieser Wiedergabe einer Gerichtsverhandlung berechtigt. Das wollte der Staatsanwalt nicht anerkennen, und so kam am Dienstag die Sache vor der Berufungsinstanz zur Verhandlung. Bevor jedoch in die materielle Prüfung der Sachlage eingetreten wurde, erhob Genosse Schoch den formellen Einwand, daß er überhaupt nicht verantwortlich für den Bericht sei. Aus dem Impressum ging dann auch ganz deutlich hervor, daß Genosse Schoch nicht als Verantwortlicher gezeichnet hatte. Trotzdem bemühte sich der Staatsanwalt mit Ausdauer, den Genossen Schoch als Verantwortlichen erscheinen zu lassen, legte es unserem Genossen auch zur Last, daß dieser nicht schon in der ersten Instanz die Verantwortlichkeit abgelehnt hatte und wollte hieraus auf ein Schuldbewußtsein schließen. Der Liebe Mühe war indes umsonst. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, ohne in eine Prüfung der Frage, ob das Weseler Bezirkskommando beleidigt sei, einzutreten.

Die Parteipresse vor der Revisionsinstanz.

Das Reichsgericht verwarf am 7. März die Revision des Genossen Mehlich von der „Arbeiter-Zeitung" zu Dortmund gegen das Urteil des Dortmunder Landgerichts vom 19. November, das ihn wegen Beleidigung eines katholischen Pfarrvikars mit 6 Monaten Gefängnis belegte.

Redakteurfreuden in Finnland.

Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt uns: Neben einigen anderen Redakteuren der finnischen Arbeiterpresse büßt zurzeit auch Genosse K. Manner in Helsingfors die sechsmonatige Gefängnisstrafe ab, die ihm wegen „Majestätsbeleidigung" auferlegt wurde. Er wurde bei den letzten Landtagswahlen (im Januar) zum Abgeordneten gewählt, seine Wahl wurde aber, wie seinerzeit beim Genossen Ruortewa, vom revidierenden Senator beanstandet, weil er nicht persönlich seine Abgeordnetenurkunde überreichen konnte! Damals wie jetzt kam die Frage vor die Kommission für Verfassungsfragen, aber die bürgerliche Mehrheit stimmte der Ansicht des Senators bei! So muß denn Genosse Manner, trotz seines Mandates, im Gefängnis sitzen, und seine Wähler werden, dank der Infamie der bürgerlichen Mehrheit, vorläufig ihres Vertreters beraubt.

Von einer anderen Infamie einem sozialdemokratischen Redakteur gegenüber erfahren wir aus Tammerfors. Dort meldete die Verlagsgenossenschaft unseres Blattes „Kansan Lehti" den Genossen Santeri Ruortewa als verantwortlichen Redakteur an. Aber der Generalgouverneur beanstandete diesen Genossen und verlangte die Nominierung eines „angenehmen" Redakteurs. Er beansprucht also ein Genehmigungsrecht, während die Verfassung bloß die Anmeldung vorschreibt. — Diese unverschämte Forderung des russischen Diktators bildet in der ziemlich reichhaltigen Geschichte der finnischen Preßverfolgungen ein Novum und erklärt sich nur durch den wütenden Haß, den die russischen Gewaltpolitiker gegen den Genossen Ruortewa hegen, dessen Keulenschläge im Landtage ihnen noch frisch im Gedächtnis sitzen.

Gewerkschaftliches.

Das Reichsgericht gegen ausgesperrte Arbeiter.

Vor kurzem hat das Reichsgericht ein Urteil gefällt, das den unteren Instanzen eine bequeme Handhabe bietet, die Koalitionsbestrebungen der Arbeiter noch mehr einzuschränken, als das bisher schon der Fall ist. Das Höchstgericht hat nämlich ein Urteil der Strafkammer I des Landgerichts Hamburg sanktioniert, wonach der Kampf der Arbeiter gegen Lohndrückerei seitens der Arbeitgeber — es handelte sich um eine Aussperrung der Bauarbeiter — zu einer Bewegung zwecks Erringung günstiger Lohnbedingungen gestempelt wird. Ein Teil der Bauarbeiter Hamburgs war im vergangenen Jahre ausgesperrt, weil sie sich Lohndrückereien nicht gefallen lassen wollten. Der Bauarbeiter A. forderte nun auf einem Bau zwei sogenannte „freie Männer" zum Verbandsbeitritt auf, widrigenfalls die Zentralverbändler die Arbeit niederlegen würden; auch soll er sie zur Lösung von Streikkarten animiert haben, worin die Anklagebehörde einen Erpressungsversuch zum Zwecke der Bereicherung des Verbandes erblickte. Wäre dieses Delikt nicht herangezogen worden, dann hätte, falls „nur" der § 153 der G.-O. in Frage käme, das Schöffengericht als erste Instanz zu entscheiden gehabt, was zur Folge gehabt hätte, daß als Revisionsinstanz das Hanseatische Oberlandesgericht fungiert haben würde. Dieses Gericht hat aber, wie vor einigen Monaten berichtet, ein vernünftiges Urteil gefällt, nach dem die Aufforderung zum Verbandsbeitritt unter der Androhung der Arbeitseinstellung als ein Vergehen gegen den Ausnahmeparagraphen gegen die Arbeiter (§ 153 der Gewerbeordnung) nicht betrachtet werden könne.

Die Strafkammer schob die Angelegenheit auf das freistehende Geleise des § 153 der Gewerbeordnung und verurteilte den Angeklagten zu fünf Tagen Gefängnis, während er von der Anklage der versuchten Erpressung freigesprochen wurde. Das Reichsgericht schloß sich der Begründung der Vorinstanz an:

„. . . Dadurch, daß die Zentralverbandsmitglieder sich verabredet und vereinigt hatten, um die Ausgesperrten zu unterstützen, ist eine Verabredung und Vereinigung im Sinne des § 152 der Gewerbeordnung entstanden. Durch die Unterstützung mit Geldmitteln sollte die Widerstandskraft der Ausgesperrten gegen die Arbeitgeber gestärkt und denselben günstige Arbeitsbedingungen verschafft werden, sofern sie nicht aus Mangel an Unterhaltungsmitteln genötigt sein sollten, die Arbeit unter den von den Arbeitgebern aufgestellten, nach ihrer Meinung ungünstigen Bedingungen wieder aufzunehmen."

Ferner führt die Revisionsinstanz aus: Die weitere Behauptung der Revision, es habe sich nicht darum gehandelt, günstige Arbeitsbedingungen zu erlangen, sondern die längst erlangten sich zu erhalten, stehe mit den Feststellungen des angefochtenen Urteils in Widerspruch.

„Denn selbst wenn die ausgesperrten Arbeiter, wie die Revision behauptet, lediglich die Erneuerung des Dienstvertrages unter den ihnen vor ihrer Aussperrung bereits gewährten Löhnen erlangen wollten, so konnte darin vom Vorderrichter das Bestreben „günstiger Lohnbedingungen" zu erhalten, ohne Rechtsirrtum gefunden werden. Es handelte sich nicht etwa darum, die Erfüllung der bereits vertraglich feststehenden Verpflichtungen durch die Arbeitgeber herbeizuführen, vielmehr hatte der Dienstvertrag durch die Aussperrung sein Ende erreicht, und deshalb konnte in einer Vereinigung, die auf den Abschluß eines neuen Dienstvertrages unter Gewährung der früher gezahlten Löhne abzielte, deren Herabsetzung die Arbeitgeber nach den Feststellungen des ersten Urteils bezweckten, eine solche zum Zwecke Erlangung günstiger Lohnbedingungen gefunden werden. Für die Arbeiter bildete nämlich die Beschäftigung zu höheren Löhnen, als die Arbeitgeber zu zahlen beabsichtigen, die Erlangung „günstiger Lohnbedingungen".

So werden die spärlich bemessenen Rechte der Arbeiter immer mehr eingeengt. Nimmt eine höhere Instanz mal einen den kämpfenden Arbeitern gerecht werdenden Standpunkt ein, dann regnet es bald wieder eine neue höchstgerichtliche Entscheidung, an der die scharfmacherische Ausbeuterklique ihre helle Freude hat. Die gegen Ausbeutung und für Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Position kämpfenden Arbeiter werden sich auch mit dieser Justiz abzufinden wissen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Bei der Firma Niemann, Kommandantenstraße 16, sind die Kollegen in Streik getreten. Der Betrieb ist für alle Metallarbeiter, speziell die Angehörigen der Gelbmetallindustrie gesperrt.

Die Ortsverwaltung.

Die Tarifbewegung der Schilderanmacher und Helfer, die vom Deutschen Transportarbeiter-Verband geführt wird, macht weitere erfreuliche Fortschritte. Auch am gestrigen Tage haben wieder mehrere Firmen den Vertrag unterschriftlich anerkannt. Die Arbeit konnte bei diesen Firmen sofort aufgenommen werden. Die Zahl der Streikenden beträgt demnach nur noch 28 Mann. Einige Firmen, die noch nicht bewilligten, haben sich bereit erklärt, in Verhandlungen einzutreten, was am heutigen Tage geschehen soll.

Der gestrige Aufruf an die Herren Ladeninhaber sowie die organisierte Arbeiterschaft, die Streikenden moralisch zu unterstützen, ist von wesentlichen Erfolgen gewesen. Fast auf der ganzen Linie haben die Herren Ladeninhaber nicht geduldet, Schilderanmacherarbeiten von Arbeitswilligen ausführen zu lassen. Nur in einem Falle ist dieser Anregung trotz Hinweises nicht Rechnung getragen worden. Es handelt sich hier um ein Geschäft in der Mattenstraße Nr. 8. — Firmen, die jedes Entgegenkommen ablehnen, sind folgende: Otto Grund u. Co., Wassergasse 3; Wilhelm Bartel, Molkenmarkt 1; Koch u. Bein, Ritterstraße 49; R. Eplinius, Veteranenstraße 7; P. Eplinius u. Co., Schönhauser Straße 12; P. Sonntag u. Co., Botzenstraße 11; Brillant, Neue Promenade 4; Max Hoffmann, Kommandantenstraße 61; Schmidt, Rixdorf, Zietenstraße 78; Schmiedel, Linkstraße 42; Borstendorf, Schöneberg, Hauptstraße 9; R. Pötsch, Alte Jakobstr. 72; Rogosch, in Firma Teichert u. Planer, Schicklerstraße 5; Paul Voigt, Neue Königstr. 42; Wilh. Rumpf, Linienstraße 154a. Vorgenannte Firmen gelten bis auf weiteres als gesperrt und sind von Arbeitsuchenden aufs strengste zu meiden. Diejenigen Anmacher und Helfer, die zum Anmachen von Firmenschildern berechtigt sind, befinden sich im Besitze von Arbeiterberechtigungskarten, die auf Wunsch vorzuzeigen sind. Wer eine solche nicht vorzeigen kann, gilt als Arbeitswilliger.

Tarifabschluß für Fensterputzer.

Bei dem Glas- und Fensterreinigungsinstitut „Reform", Inhaber Gebr. Moser, NW., Waldstraße, haben die daselbst beschäftigten und im Deutschen Transportarbeiter-Verbande organisierten Fensterputzer auf friedlichem Wege einen Tarifvertrag vereinbart, der die Lohn- und Arbeitsverhältnisse derart regelt, daß die Arbeitszeit eine neunstündige ist und der Anfangslohn 26 M. pro Woche und vom 1. Juni d. J. 27 M. ohne Abzug der Versicherungsbeiträge beträgt. Außerdem ist eine halbjährliche Steigerung des Lohnes um eine Mark pro Woche bis zur Höhe von 30 M. vereinbart. Desgleichen werden die Ueberstunden und gefahrvolle Arbeiten mit einem Aufschlage bezahlt; auch ist ein Sommerurlaub vorgesehen, der je nach Dauer der Tätigkeit 3 bis 6 Tage beträgt.

Die Tarifdauer ist auf zwei Jahre festgesetzt. Zu bemerken ist, daß die obengenannte Firma dem Arbeitgeberverbande nicht angehört. —

Wegen Abschlusses eines allgemeinen Tarifvertrages für die gesamte Glas- und Reinigungsbranche schweben zurzeit noch die gegenseitigen Verhandlungen, und ist es nicht ausgeschlossen, daß, wenn die Arbeitgeberorganisation in bezug auf die Lohnverhältnisse befriedigende Zugeständnisse macht, der Friede in diesem Gewerbe auf Jahre gesichert ist.

Achtung, Schuhmacher! Der Schuhmachermeister Bansemer, N. 28, Anklamerstr. 40 (Besohlanstalt), zahlt weit unter dem Minimallohntarif. Arbeiter, die den Minimallohn fordern, werden aufs Straßenpflaster geworfen. Dem Organisationsvertreter, der verhandeln wollte, wurde ebenfalls brüsk die Tür gewiesen. Und dabei hat die Innung, deren Mitglied Herr Bansemer ist, den Tarif vertraglich anerkannt. Nebenbei ist Herr Bansemer noch Zwischenmeister von größeren Schuhgeschäften. Wir bitten dieses zu beachten.

Zentralverband der Schuhmacher. Ortsverwaltung Berlin.

Die Handschuhmacher der Firma Zinter, Kurfürstendamm, sind am Sonnabend wegen geringer Lohnforderungen entlassen worden. Z. lehnte jede Verhandlung mit dem Vertreter der Kollegen ab. Der Herr befürchtet gewiß, daß einige Mißstände, welche in seinem Arbeitsraum herrschen und deren Beseitigung verlangt wird, einer für ihn peinlichen Besprechung unterworfen werden. Zuzug von Handschuhmachern ist streng fernzuhalten.

Zentralverband der Lederarbeiter Deutschlands.

Deutsches Reich.

Achtung, Maschinisten und Heizer!

Die Maschinisten und Heizer auf der Oder haben an sämtliche Dampfschiffahrtsreedereien und Dampferbesitzer Forderungen eingereicht. In Frage kommen 800 Maschinisten und Heizer. Die Lohnbewegung erstreckt sich auf den gesamten Stromlauf der Oder.

Ein vertragsbrüchiger Arbeitgeberverbandsvorsitzender zur Räson gebracht.

Der Herr Kommerzienrat Glückert, Hoflieferant usw., Inhaber einer größeren Möbelfabrik in Darmstadt, schloß im Mai 1910 im Auftrage der Arbeitgebervereinigung der Möbel- und Parkettindustrie einen Tarifvertrag mit dem Deutschen Holzarbeiterverband ab. Auf Grund dieses Vertrages war eine Stundenlohnerhöhung von 2 Pf. am 12. Februar d. J. fällig. Der Herr Kommerzienrat versuchte nun, die bei ihm beschäftigten Arbeiter um diese Lohnzulage zu bringen. Kurz vor dem 12. Februar wurden 13 Arbeiter wegen „Arbeitsmangel" entlassen. Diese Maßnahme sollte die im Betrieb verbleibenden Arbeiter einschüchtern, denn der Herr Kommerzienrat ließen diesen sagen, wenn sie auf die Lohnerhöhung von 2 Pf. verzichten würden, könnten sie weiterarbeiten. Einigen Arbeitern wollte der Herr Kommerzienrat „freiwillig" die Löhne aufbessern. Schon vor einigen Wochen versuchte der Herr eine Durchbrechung der Montagebestimmungen des Vertrages, doch ließ er die Finger davon als er merkte, daß die Geschichte brenzlich wurde. — Die Arbeiter riefen nun bei der neuen Vertragsverletzung die Schlichtungskommission an, diese konnte Herrn Glückert aber nicht bewegen, die vertraglichen Bedingungen, welche er unterschriftlich anerkannt hatte, einzuhalten. Man erklärte aber dem Holzarbeiterverbande, daß man den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes nicht schützen könne, wenn derselbe die vertraglichen Bedingungen nicht einhalten würde. — Hierauf wurde von allen Arbeitern des Betriebes die Arbeit eingestellt, auch die Fortsetzung der Montagearbeiten in Hamburg verweigert und die Sperre über den Betrieb verhängt. Jetzt lenkte der Herr Kommerzienrat ein und verpflichtete sich, die vertragliche Lohnerhöhung zu bezahlen und den Vertrag auch in den übrigen Punkten einzuhalten. Nur der guten Organisation können es die Arbeiter verdanken, daß dieser im öffentlichen Leben in Darmstadt und Hessen eine große Rolle spielende Mann seinen mit Brief und Siegel gegebenen Versprechungen nachgekommen ist.

Die Holzarbeiter der Waggonfabrik in Hagen haben am 6. März die Arbeit niedergelegt. Im vorigen Jahre war nach der Aussperrung in der Metallindustrie von der Firma versprochen worden, die Lohnverhältnisse zu regeln. Es hat auch den Anschein, als sollte dieses Versprechen eingelöst werden. In der letzten Zeit wehte aber ein anderer Wind. Kurzer Hand teilte die Firma eines Tages mit, bei der Löhnung sollten 3 M. abgezogen werden. Zu gleicher Zeit wurde einem der ältesten Arbeiter gekündigt und gedroht, der Vertrauensmann, der zugleich Arbeiterausschußmitglied ist, soll ebenfalls entlassen werden. Verhandlungen waren erfolglos. Die Firma sucht nun überall Arbeitswillige. Zuzug ist deshalb streng fernzuhalten.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zuckerwaren- und Schokoladenfabrik von Mehn u. Co. in Wolfenbüttel unterbreiteten am 4. März den Unternehmern eine Tarifvorlage, in der als Mindestlohn für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen 7 M., für Arbeiterinnen über 16 Jahre 8,50 M., für Hilfsarbeiter 20 M. pro Woche verlangt wird. Allen übrigen Beschäftigten, die schon diese oder höhere Löhne verdienen, sollen eine 10prozentige Lohnerhöhung erhalten. Eine Kommission, die unter Hinzuziehung eines Organisationsvertreters mit den Fabrikanten unterhandeln sollte, wurde kurzer Hand abgewiesen. Ein Mitglied der Kommission, das dann um Unterhandlung nachsuchte, wurde ohne Kündigung sofort entlassen, obgleich es 7½ Jahre im Betrieb beschäftigt war. Wie sehr den Arbeitern daran lag, die Angelegenheit in friedlicher Weise zu erledigen, geht daraus hervor, daß trotz dieses rigorosen Auftretens noch einmal ein Mitglied der Kommission vorstellig wurde, um die Fabrikanten zu Unterhandlungen zu bewegen. Diesem Arbeiter wurde ebenfalls gekündigt, er ist seit Gründung des Betriebes — 18 Jahre — bei der Firma beschäftigt. Danach blieb den Beschäftigten nichts anderes übrig, als zum letzten Mittel, zum Streik, zu greifen. Die Arbeitsniederlegung war eine fast vollständige, nur fünf Rausreißer verrichten Arbeitswilligendienste. — Zuzug ist streng fernzuhalten.

Ein großer Tarifkampf der Former und Gießereiarbeiter ist in Chemnitz, der Stahl- und Eisenstadt, dem sächsischen Manchester, ausgebrochen. Das ungemein schroffe Verhalten der Unternehmer hat ihn heraufbeschworen. Seine Folgen sind noch nicht abzusehen. Zunächst sind etwas über 3000 Arbeiter beteiligt. Die Unternehmer werden aber möglicherweise die anderen Arbeiter oder doch einen großen Teil derselben aussperren; jedenfalls sprechen Aeußerungen von Unternehmerseite dafür. Bald wird es an Guß mangeln und die Hobler, Bohrer, Dreher und anderen Arbeiter müssen denn auch feiern. Die Lohn-, Arbeits- und Betriebsverhältnisse, auch die Behandlung in den Betrieben der Stadt Chemnitz sind schon seit Jahrzehnten sprichwörtlich schlechte. Bisher war es aber infolge schwacher Organisation der Metallarbeiter nicht möglich gewesen, mit den Unternehmern ein ernsthaftes Wort zu reden. Zähe Organisationsarbeit, besonders in den letzten Jahren, stärkte die Organisation derart, daß nun endlich der Zeitpunkt gekommen war, Forderungen an die Unternehmer zu stellen. Am 20. Februar wurden sie an 30 Unternehmer gesandt, auch an den Vorsitzenden des Verbandes Chemnitzer Metallindustrieller. Ein Unternehmer bewilligte; die anderen, soweit sie überhaupt antworteten, verwiesen auf den Industriellenverband. Dessen Vorsitzender aber verweigerte die Annahme des posteingeschrieben gesandten Schreibens! Schon lange hatten die Arbeiter zum Kampfe gedrängt. Der Verband hat alle friedlichen Mittel versucht, um dem Kampfe aus dem Wege zu gehen. Nun aber gab es keinen Halt mehr. In 15 Versammlungen nahmen die Arbeiter Stellung; in den am 6. und 7. März abgehaltenen wurde gegen vereinzelte Stimmen in schriftlicher Abstimmung der Streik beschlossen; dasselbe wird in den letzten, am 8. März stattfindenden geschehen. Am Tage nach den Versammlungen standen und stehen die Gießereibetriebe still. Zu 75 Proz. sind die Former und Gießereiarbeiter organisiert. Kampfstimmung herrscht. Die gesamte Arbeiterschaft steht auf der Seite der kämpfenden Arbeitsbrüder, denen bei der guten Konjunktur bald der Sieg zufallen muß. — Zuzug ist fernzuhalten!

Die Belegschaft der Zeche „Bergmann" bei Witten ist wieder angefahren. Die Verwaltung versprach, über die Mißstände und Beschwerden mit dem Arbeiterausschuß weiter zu verhandeln.

Eine erfolgreiche Lohnbewegung der Angestellten der Wach- und Schließgesellschaft in Mülhausen i. Els. erreichte vergangene Woche ihr Ende. Die Angestellten sind im Deutschen Gemeinde- und Transportarbeiterverband organisiert. Sie erreichten durch bloße Verhandlungen, allerdings nicht ohne die Vorbereitungen zum sofortigen Ausstand, der nur durch die Zugeständnisse der Gesellschaft noch im letzten Moment verhindert wurde, den erstmaligen Abschluß eines Tarifvertrages, der Gehaltserhöhungen von 2,50 bis 7,50 Mk. pro Monat bringt, bessere Bezahlung der Ueberstunden, Regelung der Arbeitszeit, Anerkennung des Verbandes, dessen Vertreter bei Regelung von Differenzen zugezogen werden soll usw.

Ausland.

Unter den westböhmischen Steinkohlenarbeitern macht sich eine Lohnbewegung geltend. Die Belegarbeiter fordern für Häuer einen Mindestlohn von 3 Kronen pro Tag und für Taglohnarbeiter eine zehnprozentige Aufbesserung. Die Arbeiter wünschen, bis zum 24. März eine Antwort auf ihre Forderung in Händen zu haben.

Die Pariser Milchkutscher streiken. Infolgedessen waren nur wenige Wagen zur Abfuhr der auf den Bahnhöfen lagernden Milch zur Stelle. Sämtliche Pariser Bahnhöfe sind von starken Polizeiposten besetzt. Auf dem Montparnasse-Bahnhof sind von 150 Wagen nur 20 zur Stelle, auf dem Batignol-Bahnhof nur ein einziger, auf dem Ostbahnhofe von 120 nur 2, auf dem Orleansbahnhof und dem Nordbahnhof sind überhaupt keine Wagen zur Milchabfuhr eingetroffen. Die Milch muß infolgedessen auf den Bahnhöfen liegen bleiben.

Neue Kämpfe und Lohnbewegungen in Schweden. 700 Arbeiter, die bei dem Bau der Kraft- und Elektrizitätswerke zu Ljungafors in Nordschweden tätig waren, haben die Arbeit eingestellt wegen Maßregelung eines Teils ihrer Kollegen. Der Kampf richtet sich gegen die von den Unternehmern als prinzipiell angesehene Forderung, selbstherrlich zu entlassen und einzustellen, wen sie wollen. — Eine allgemeine Aussperrung der Arbeiter der Grubenholzindustrie hat das Unternehmertum in Halmstad veranstaltet, weil die Arbeiter sich eine zehnprozentige Lohnherabsetzung nicht gefallen lassen wollen. Die Abnehmer der Grubenhölzer sind englische Bergwerke und es ist hier auch englisches Kapital, das hinter der Aussperrung steht. — Die städtischen Straßenbahnangestellten in Malmö stehen vor einem Kampf um ihr Koalitionsrecht. Sie fordern höhere Löhne und Abschluß eines Tarifvertrages mit ihrer Organisation; die Verwaltung lehnt beides ab und will ihnen individuelle Arbeitsverträge aufzwingen. Die Straßenbahner haben ihrerseits die Vorschläge einstimmig abgelehnt und beharren auf ihren Forderungen. — Im Baugewerbe Stockholms haben in der verflossenen Woche für die verschiedenen Gruppen Verhandlungen stattgefunden, bei denen es sich um die allgemeinen Bestimmungen zu einem neuen Tarifvertrag handelte. Sie sind jedoch gänzlich ergebnislos verlaufen, und es lag offenbar auch gar nicht in der Absicht des Unternehmertums, sich mit den Arbeitern über irgendwelche strittigen Fragen zu einigen.

Der Lohnkampf der Buchdrucker und Buchbinder Finnlands. Es scheint neuerdings Aussicht auf Beilegung des Streiks im Buchdruckgewerbe Finnlands vorhanden zu sein. Vor acht Tagen waren Vertreter des Schwedischen, Norwegischen und Dänischen Buchdruckerverbandes in Finnland, hielten dort eine Konferenz mit dem finnischen Verbandsvorstand ab und wirkten auch dahin, daß die finnische Regierung Verhandlungen mit den Buchdruckereibesitzern anbahnte. Die skandinavischen Bruderverbände haben den Streikenden in weitestem Maße fortdauernd Unterstützung zugesichert, so daß man nicht genötigt sein wird, den Kampf wegen Mangel an Mitteln verloren zu geben. Das haben offenbar auch die Prinzipale eingesehen, die sich bisher aufs hohe Pferd gesetzt hatten und taten, als ob die Streikenden unter allen Umständen die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen müßten. Jetzt schreibt die große Helsingforser Zeitung „Huvustadsbladet", „daß wesentliche prinzipielle Differenzen unter den Parteien nicht mehr vorliegen". Es muß jedoch noch abgewartet werden, was bei den Verhandlungen herauskommt. Die allgemeine Aussperrung im Buchbindergewerbe dauert fort, ohne daß die Arbeitgeber sich bis jetzt zu Verhandlungen bereit gefunden haben. Sie erklärten jedoch seinerzeit, daß sie erst den Ausgang des Kampfes im Buchdruckgewerbe abwarten wollten, und jedenfalls werden sie sich, wenn es hier zur Einigung kommt, ebenfalls bald zum Nachgeben genötigt sehen. Da sowohl die Buchbinder wie die Buchdrucker einmütig im Kampfe ausharren, können sie wohl des Sieges sicher sein.

Letzte Nachrichten.

Die Nachwahlen in Böhmen.

Wien, 8. März. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Die beiden heute vorgenommenen Nachwahlen für den Reichsrat führten zu Stichwahlen, bei denen die **Sozialdemokratie an erster Stelle steht.** Im Warnsdorfer Wahlbezirk erhielt Genosse Dr. Bruno Karpeles **4125 Stimmen,** Langenhan (Verein. Bürgerl.) 3748 Stimmen, Jerzabek (Christlich-sozial) 960 Stimmen. Eine glänzende Zunahme der Stimmen erzielten wir im Hartmanitzer Wahlbezirk. Auf Genossen Anton Weber vereinigten sich **4093 Stimmen,** der Agrarier Paulick erhielt 2740 und der Christlichsoziale Winter 2121 Stimmen. Bei der vorigen Wahl erhielten wir in diesem Bezirk nur 2453 Stimmen. (Siehe Artikel 1. Seite des Hauptblattes.)

Englands Verhältnis zu Amerika.

London, 8. März. (W. T. B.) Im weiteren **Verlauf** der Sitzung des Unterhauses fragte Higham an, ob die Regierung dem von dem Präsidenten Taft ausgesprochenen Wunsch nach einem **englisch-amerikanischen Vertrag** zur Regelung aller wie immer gearteten Streitfragen durch ein Schiedsgericht ihre Aufmerksamkeit zugewendet habe. Untersekretär des Auswärtigen Amtes Wood erwiderte, daß alle derartigen Vorschläge natürlich **einer sehr wohlwollenden Prüfung** begegnen würden.

Verhafteter Defraudant.

Weißenfels a. Saale, 8. März. (B. H.) Der 27jährige Buchhalter Beck fälschte auf den Namen seines früheren Prinzipals zwei Wechsel über **25 000 M.** und begab sich dann nach **Monte Carlo,** wo er das gesamte Geld verspielte. Bei seiner Rückkehr nach Deutschland wurde er hier verhaftet.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Der springende Punkt.

Noch einmal die Steuererhöhung.

„Sollen nun diese Gemeinden dem Regierungspräsidenten zuliebe noch extra 10 Proz. erheben, ohne gleichzeitig über die Verwendung der Mittel Beschluß fassen zu können? Das ist der springende Punkt."

So Genosse Hirsch in seinem Gegenartikel gegen meinen Artikel über die Erhöhung der Kommunalsteuern von Groß-Berlin. Wäre das wirklich der springende Punkt in dieser Frage, so wäre mein Artikel ungeschrieben geblieben. Ich muß es indes bestreiten.

Erstens handelt es sich nicht darum, dem Regierungspräsidenten irgend etwas „zuliebe" zu tun. Der Regierungspräsident hat den Vertretern der Stadtverwaltungen Groß-Berlins einen Rat gegeben, den sie befolgen können oder nicht, dessen Befolgung aber im Interesse all dieser Gemeinden liegt, die zwei ganz reichen Gemeinden ausgenommen, die einstweilen noch mit 100 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer auskommen, ohne sich in eine bodenlose Schuldenwirtschaft stürzen und wichtige Kulturaufgaben vernachlässigen, notwendig gewordene Aufbesserungen verweigern zu müssen. Und selbst diese Gemeinden können nach den Erklärungen ihrer Bürgermeister die Erhöhung sehr gut brauchen, um ihre Finanzen auf einen Stand zu bringen, der sie allen an sie herantretenden Aufgaben gewachsen zeigt. Auch ihnen mutet der Vorschlag des Regierungspräsidenten nichts Unerhörtes zu. Noch kann ich zugeben, daß er besonders ungeschickt war. Er war notwendig geworden, weil die Gemeinden es nicht fertig bekommen, durch vollkommen freie Uebereinkunft dem unleidlich gewordenen jetzigen Zustand ein Ende zu machen. Er war notwendig im Interesse der ärmeren, überwiegend von Arbeitern bewohnten Gemeinden. Und tatsächlich ist der „springende Punkt" der: „Soll die Erhöhung der Zuschlagssteuer einigen wenigen begünstigten Vorortsgemeinden des Westens zuliebe fallen, wo sie doch für Berlin selbst und die Vororte des Ostens eine dringende Notwendigkeit geworden ist?

Gewiß, das ganze gegenwärtige System der Kommunalsteuern ist voller Ungerechtigkeiten und bedarf dringend der Reform. Aber daran können wir in den Gemeindevertretungen nichts ändern. Da engt uns das Landesgesetz so ein, daß wir nicht einmal eine noch so geringe Erhöhung der Grenzlinie für die Steuerbefreiung beschließen können, so sehr die Erhöhung aus Gründen der Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit erfordert ist. Alles, was in diese Rubrik fällt, liegt beim Landtag, und wie es dort steht, weiß Genosse Hirsch. Ich halte es für sehr zweifelhaft, ob das Vorhaben des Finanzministers, von dem er spricht, Annahme finden wird, bin auch der Ansicht, daß seine Verwirklichung ohne gleichzeitige Abänderung der Steuerstaffel für ganze Kategorien der unteren und mittleren Steuerzahler in Gemeinden mit hohen Zuschlagssätzen nur neue Ungerechtigkeiten zur Folge haben würde. Jedenfalls können wir nicht mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß das Gesetz in nächster Zeit und so durchgreifend geändert wird, um den Gemeinden Groß-Berlins, für die die 100 Prozentgrenze unerträglich geworden ist, genügende Hilfe zu bringen. Kommt eine annehmbare Reform zustande, um so besser. Aber ich halte es für keine gute Politik, die Gemeinden in eine Lage zu bringen, daß sie, wie der Ertrinkende, gierig nach jedem Strohhalm greifen müssen, den man ihnen zu reichen für gut befindet.

Die Durchbrechung der 100 Prozentgrenze hat den einen Vorteil, daß sie Bewegungsfreiheit schafft, wo bisher Zwang herrschte. Sie ist bei alledem, wie ich in meinem Artikel betonte, keine Lösung der Steuerfragen Groß-Berlins. Sie ist nur eine Erleichterung der dringendsten Not. Wir alle wissen, daß eine befriedigende Lösung nur durch die Verwirklichung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin zu erreichen ist. Wir sind auch darin einig, daß bis diese nicht hergestellt ist, mindestens ein Steuerverband oder eine Ausgleichsteuer geschaffen werden müßten, um die schreienden Ungerechtigkeiten in den Steuerverhältnissen Groß-Berlins wenigstens in etwas zu mildern. Aber das Wissen und Wollen enthebt uns nicht der Pflicht, der Forderung des Augenblicks zu genügen. Denn in den südöstlichen und östlichen Vororten handelt es sich, wie Genosse Hirsch sehr gut weiß, nicht nur um Anleihen für „werbende Unternehmungen". Krankenhäuser und Schulhäuser werfen keine Zinsen ab.

Im übrigen ist der Artikel des Genossen Hirsch nur ein weiterer Beweis, wie notwendig es ist, daß mit der Passivität der Arbeiterschaft Groß-Berlins gegenüber den Fragen, die jetzt in bezug auf seine Zukunftsgestalt und Zukunftsbelastung zur Debatte stehen, endlich gebrochen wird. Gleichviel wie wir uns zur Steuererhöhung stellen, notwendig ist, daß wir einheitlich auftreten. In diesen Tagen wird in den verschiedenen Gemeinden über sie entschieden, aber von einer Stellungnahme der Arbeiterschaft, die doch unter den verschiedensten Gesichtspunkten, als Zahler und als Forderer, dabei interessiert ist, ist noch nichts laut geworden. Und doch ist es notwendig, daß die Arbeiterschaft ihre Stimme erhebt. Nur durch eine einheitliche Aktion kann erzielt werden, daß wir dem Lokalismus der reaktionären Parteien in den Rathäusern auch in dieser Frage wirkungsvoll begegnen.

Schöneberg, den 7. März 1911.

Ed. Bernstein.

Reichstag.

142. Sitzung. Mittwoch, den 8. März 1911, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Kraetke.

Zweite Lesung des Postetats.

Die Beratung beginnt mit dem Titel: „Gehalt des Staatssekretärs 44 000 M."

Abg. **Gröber** (Z.): Wir bedauern die Unzulänglichkeit der Besoldungsreform vom Jahre 1909 und müssen die Verantwortung für die dadurch entstandene **Unzufriedenheit unter den Beamten** der Regierung überlassen, die weitergehenden Wünschen ein „Unannehmbar" entgegensetzte. Eine gründliche Reform ist freilich **ohne neue Steuern nicht denkbar**, an die im gegenwärtigen Moment nicht gedacht werden kann. Wir beantragen aber, alsbald einen Gesetzentwurf zur Neuregelung der Dienstverhältnisse der Reichsbeamten vorzulegen, in welchem das Disziplinarverfahren mit ausreichenden Garantien für die Rechte der Beamten versehen und das Wiederaufnahmeverfahren geregelt wird; ferner soll entsprechend dem § 10 des Kolonialbeamtengesetzes in den Entwurf eine Vorschrift aufgenommen werden, wonach, wenn in die Personalakten Vorkommnisse eingetragen, die dem Beamten zum Nachteil gereichen, eine Entschädigung hierauf nur gegründet werden darf, nachdem **dem Beamten Gelegenheit zur Aeußerung** gegeben ist. Weiter beantragen wir die Veröffentlichung einer Statistik der verheirateten und unverheirateten Reichsbeamten, der Kinderzahl ihrer Familien sowie die Sterbefälle der Reichsbeamten getrennt nach den Reichsämtern. Wir wollen wissen, ob es wahr ist, was mehrfach behauptet wird, daß die Postverwaltung ihren Beamten **das Heiraten erschwert**. Schließlich beantragen wir noch, die Post- und Telegraphensekretärprüfung ausnahmsweise mit Genehmigung des Reichspostamts zum zweiten Male wiederholen zu lassen. Man sollte den Postbeamten diese Wohltat ebenso wie den übrigen Reichsbeamten zu Teil werden lassen. (Zustimmung im Zentrum.)

Abg. **Eickhoff** (Vp.): Meine Freunde werden dem Antrage des Zentrums, den der Vorredner soeben begründet hat, zustimmen. — Der Etat zeigt ein erfreuliches Bild, das ist die Folge des erfreulichen wirtschaftlichen Aufschwunges. — Eine dringende Reform ist die Schaffung eines **Welteinheitsportos**. Der Begründer des Weltpostvereins, Herr v. Stephan, bezeichnete einen Tarif, der für das In- und Ausland gelte, für sein Ideal; hoffentlich bringt uns der nächste Weltpostkongreß diesem Ziele erheblich näher. — Dann möchte ich an den Staatssekretär die Frage richten, wie er sich zur Frage des **Einheitstarifes von 30 Pf. für das Kilopaket** stellt. — Der Redner beschwert sich dann über **Belästigungen von Privatanstalten** zur Eilbriefbeförderung durch die Postverwaltung, dadurch diene sie nicht dem Verkehr; schließlich empfiehlt der Redner die Einführung von Briefstelegrammen, die sich in Frankreich bewährt haben.

Abg. **Eichhorn** (Soz.):

Der Postetat schließt mit einem gewaltigen Ueberschuß. Aber die Post ist nicht da, um die leere Staatskasse zu füllen, sondern des Verkehrs wegen. Die Post hat, freilich in langsamem Schneckengang, manches geschaffen, um dem dringendsten Bedürfnis zu genügen. Aber darüber hinaus **fehlt jeder frische Geist**. Dem Wunsche nach Einführung des 10 Pfennig-Portos für den Weltverkehr schließe ich mich an. Es sollte doch möglich sein, wenigstens mit den Vereinigten Staaten von Europa einen Versuch zu machen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dann frage ich, wie es mit der **Wiederherstellung des Ortsportos** von 2 Pf. und 3 Pf. für die Postkarte steht. Bei der Finanzreform wurde das versprochen. Angebracht wäre ferner die Ausdehnung der Einrichtung verschließbarer Postfächer, zu denen der Abonnent den Schlüssel hat. — Das billige Porto für kleine Postanweisungen sollte bis zu Postanweisungen über 10 M. ausgedehnt werden. Ebenso ist eine Herabsetzung der Postscheckgebühren erwünscht; es würden bei dem großen Umfang dieses Verkehrs dadurch nicht unerhebliche Mehreinnahmen herauskommen. Auch die Neuanlage von Fernsprechstellen und der Ausbau des Fernsprechnetzes würde in diesem Sinne wirken, **ohne daß**

eine Erhöhung der Telephongebühren

nötig wäre. **Verkehrter Fiskalismus, gepaart mit Unduldsamkeit** ist es auch, der die Postverwaltung veranlaßt, gegen die Messenger-Boy-Institute vorzugehen. Diese Institute entsprechen einem Verkehrsbedürfnis, aber die Postverwaltung hält Briefbeförderung durch sie für ungesetzlich und verfolgt sie. Was ist denn nun ein Brief? In Leipzig wurde für strafbar erklärt, daß ein Rezept in einem Briefumschlag durch den Boten eines solchen Instituts befördert wurde. (Heiterkeit.) In Heidelberg wurde ein Bankbeamter bestraft, weil er seiner Braut eine eilige Nachricht durch ein solches Institut in einem Briefumschlag sandte. Das sind doch

unglaubliche Torheiten.

Vor solchen Lächerlichkeiten sollte sich die Post doch hüten, allzuviel an Renommee hat die Postverwaltung nicht zu verlieren. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wäre das Rezept oder die Nachricht in eine Schachtel gesteckt worden, so wäre nichts Strafbares daran gewesen. Es kann sich doch nur darum handeln, ob die ganze Einrichtung dem Geist des Postgesetzes widerspricht, und das ist nicht der Fall, da ein planmäßiges Einsammeln und Austragen von Briefen nicht stattfindet. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Postverwaltung plant jetzt selbst einen solchen Botendienst, aber mit einem Tarif von 50 Pf. bis zu 1,90 Mark, dann ist an eine Einbürgerung desselben natürlich nicht zu denken. Meine Freunde sind keineswegs Gegner des Postmonopols, aber das **Monopol legt große Verpflichtungen und eine große Verantwortlichkeit** auf. Wenn es so überspannt wird, wie von der Postverwaltung, dann muß man beinahe wünschen, daß die **Konkurrenz aufrechterhalten** wird, um die Post vorwärtszudrängen. Daß die Postverwaltung von der Konkurrenz noch lernen kann, haben wir Mitglieder der Budgetkommission erst heute erfahren. Eine wichtige Denkschrift, die gestern früh bereits fertig war, erreichte uns mit der gewöhnlichen Post erst heute früh, so daß wir natürlich noch nicht in der Lage waren, sie zu studieren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Noch einige Bemerkungen zu den Personalfragen. Es ist ja schwer, ein Beamtenheer von 100 000 Köpfen zu lenken. Die Bureaukratie aber meint, die Beamten seien um ihrer selbst willen da, Stellen müssen geschaffen werden, weil Anwärter vorhanden sind, und Beförderung muß eintreten, weil sie allmählich ersessen ist. Langsam scheint die Postverwaltung diesen Standpunkt ja aufzugeben, aber uns geht das nicht schnell genug. Seit langem herrscht auch ein Streit über die Fragen der Berechtigung zu den verschiedenen Karrieren. Dieser Streit scheint uns überflüssig. Auch ohne höhere Schulbildung sind viele Unterbeamten in der Lage, den Dienst der mittleren Beamten zu erlernen und zu verrichten und die mittleren den der höheren. Wie man früher sagte, jeder Soldat trägt den Marschallstab im Tornister, so sollte jeder Postbeamte, auch der unterste, die

Möglichkeit des Aufstiegs

in den höheren Postdienst haben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dadurch würde **die Arbeitsfreudigkeit ganz gewaltig**

Kleines Feuilleton.

Die kosmische Verbreitung des Lebens. Die Himmelskunde hat jetzt einen rechten Hecht im Karpfenteich aufzuweisen in der Person des angesehenen amerikanischen Astronomen See, der von seinem Sitz als Leiter des See-Observatoriums von Washington aus die wissenschaftliche und andere Welt mit außerordentlichen Theorien überschüttet. Dabei können nicht einmal die Gelehrten über diese Ueberraschungen hinweggehen, da Professor See den Befähigungsnachweis zu hervorragenden Leistungen in seinem Fach durchaus erbracht hat. In seinem letzten Vortrag hat er seine gesamten Anschauungen über die Entstehung der Weltkörper und des Sonnensystems im besonderen dargelegt. Die alte Hypothese von Kant und Laplace findet nur zum Teil Gnade vor ihm. Nach seiner Meinung sind die Nebel, aus denen Weltkörper entstehen, ihrerseits durch Staub gebildet worden, der von den Sternen ausgeht, und aus der Verdichtung der Nebel entstehen dann neue Sterne. Danach wären also die Nebel nicht die Urform des Weltenmaterials, sondern man dürfte vorläufig nur an einen Kreislauf in der Bildung der Weltkörper glauben. Die Krater auf der Mondoberfläche hält Professor See für Narben, die durch den Aufprall ehemaliger Monde erzeugt worden sind, eine Vermutung, die übrigens schon von anderen Forschern ausgesprochen worden ist. Die Kometen erklärt er für die Ueberbleibsel der Außenschicht des Nebels, aus dem unser Sonnensystem hervorgegangen ist. Nach seiner Ansicht könnte ein Nebel nicht unpassend mit einem Haufen von Kometen verglichen werden, der dicht genug ist, um ein schwaches Licht zurückzustrahlen. Auch ist Professor See davon überzeugt, daß der Neptun, dessen Entdeckung schon mit so großer Mühe und Arbeit verknüpft war, nicht der letzte und äußerste Planet sei.

Das merkwürdigste an den Aeußerungen des amerikanischen Astronomen aber war seine Auseinandersetzung über die Frage der Verbreitung des Lebens. Er hält es für zweifellos, daß die um die Fixsterne kreisenden Planeten von intelligenten Wesen von irgendwelcher Art bewohnt sein müssen, und daß das Leben eine allgemeine Erscheinung im Weltall sei. Wenn er auch keine Beweise dafür beibringen kann, die diese Auffassung von einer Glaubenssache zu einer begründeten Tatsache erheben könnten, so drückt er sich doch mit ungewöhnlicher Entschiedenheit aus. Er sagt nämlich: Entweder ist das Leben allgemein verbreitet, oder das Leben auf der Erde wäre nur ein Zufall und gewissermaßen ein Irrtum, der für Hunderte von Jahrmillionen geradezu in Verletzung der Naturgesetze bestanden hätte. Das könne kein philosophischer Kopf glauben. Infolgedessen begnügt sich Professor See nicht damit, die Planeten Mars und Venus zu bevölkern, sondern er vergleicht diesen noch nicht einmal allgemein verbreiteten Glauben mit einem Tropfen im Stillen Ozean, denn nach seiner Meinung muß es „Tausende von Billionen bewohnbarer und bewohnter Welten geben, die für das menschliche Auge unsichtbar um die vielen Fixsterne des Weltenraumes sich bewegen". Da der Mensch vielleicht niemals Mittel finden wird, diese Planeten anderer Fixsterne zu entdecken, geschweige etwas Genaueres über sie zu erfahren, wird dieser Satz freilich wohl für immer Glaubenssache bleiben.

Ein babylonischer Hiob. Der Archäologe François Martin hat drei Keilschrifttäfelchen aus der Zeit Hammurabis entdeckt, in denen er im „Journal asiatique" das babylonische Original der biblischen Geschichte von Hiob nachweisen will. Nach seiner Ansicht ist die Geschichte noch viel älter als die erste babylonische Dynastie und wird manche Bearbeitung erfahren haben, bevor sie die Gestalt annahm, in der sie auf uns gekommen ist. Die Schrifttafeln erzählen, wie „ein gerechter Mann" in unverschuldetes Elend fällt und als ein gottloser Mensch behandelt wird, obwohl er alle seine Pflichten gegen die Götter immer fromm und sorgfältig erfüllt hat. Durch die Verfolgung eines bösen Dämons wird er gelähmt und ist so gezwungen, das Ende seiner Tage auf einem schmutzigen Lager abzuwarten, von dem er durch den Tod Erlösung erhofft. Die Aehnlichkeit dieses „gerechten Mannes" mit dem biblischen Hiob, der im Kote liegt, ist allerdings groß, aber die weitere Erzählung der Tafeln weicht stark davon ab, denn der böse Dämon wird hier als der Geist eines Mannes geschildert, der aus seinem Grabe entflohen ist, und der mit Krankheit Geschlagene wird durch das Eingreifen des Gottes Marduk geheilt. Es ist also augenscheinlich einer jener babylonischen Zaubersprüche, wie sie zur Heilung von Krankheiten erzählt wurden. Interessant ist jedoch, daß der Kranke einen Traum hat, in dem er „einen mächtigen Mann, gekrönt mit einer Tiara" sieht.

Das Jubiläum eines Gassenhauers. „Mutter, der Mann mit dem Koks ist da!" — das einst bis zum Ueberdruß abgeleierte Berliner Lied, kann in diesen Tagen auf ein Alter von einem Vierteljahrhundert zurückblicken. Kaum ein anderer Gassenhauer ist mit so großer Schnelligkeit bis in die entlegensten Teile Deutschlands gedrungen, und kein anderer ist vielleicht so populär gewesen, wie dieses Lied, das gegen Ende des Winters 1886 urplötzlich auftauchte, um jahrelang von alt und jung, hoch und niedrig gesungen zu werden. Vielleicht verdankte „der Mann mit dem Koks" seine Popularität der Melodie, die kein berlinisches Erzeugnis war, sondern der damals sehr populären Millöckerschen Operette „Gasparone", und zwar dem Liede „Er soll Dein Herr sein", entstammt. Berlin wachte damals eines Morgens auf, und „der Mann mit dem Koks" war da. Man besang ihn in Gesellschaften, an Stammtischen, auf dem Theater. Der Leierkastenmann gröhlte die Melodie vom Hofe herauf; die Kinder sangen sie auf dem Wege zur Schule; die letzten, damals gerade im Aussterben begriffenen Schusterjungen pfiffen sie bei ihren Ausgängen. Der Schunkelwalzer, der vorher auf der Tagesordnung gewesen war, wurde augenblicklich verdrängt, und zur Popularisierung des Gassenhauers trug noch der Umstand bei, daß damals der Winter sehr kalt war, und daß man sich infolgedessen angelegentlich für Kohlen und Koks interessieren mußte.

Humor und Satire.

Feindesliebe.

Und immer bänger wird der Mut,
die Hose immer nasser,
der Patriot voll Angst und Wut
heult lauter Salz und Wasser.

Und schnaufend senkt er zum Gebet
das Knie mitsamt dem Bauche,
von seinen bleichen Lippen geht
ein bettelndes Gefauche:

Herr, hilf, die rote Sintflut droht,
sie wird tagtäglich schlimmer,
und die Regierung, große Not,
mit jedem Tage dümmer.

O schick' uns eine national
zugkräftige Parole,
daß bei der nächsten Reichstagswahl
die Kerls der Teufel hole.

Umsonst war, was wir auch erprobt,
umsonst war jede Lüge,
nun hilf, dein Name sei gelobt,
hilf uns zu einem Kriege.

O segne unsere Hetzerei,
du höchster Schlachtenlenker,
und unsre Säbelrasselei
und unser Kriegsgestänker.

Gern woll'n wir, wenn ein Krieg erscheint,
die Pflicht des Christen üben
und den so heiß ersehnten Feind,
der uns errettet, lieben!

Franz.

Notizen.

Theaterchronik. Karl Schönherrs Tragödie eines Volkes: „Glaube und Heimat", wird im Lessingtheater am Dienstag, den 14. März, zur Erstaufführung gelangen.

— Im Verein Berliner Künstler ist eine Vorstandskrise ausgebrochen, weil die Hauptversammlung die vom Vorstande getroffenen Maßnahmen für die Beteiligung an der Düsseldorfer Ausstellung nicht guthieß. Die Versammlung wünschte statt der von Düsseldorf bestimmten Delegierten eine von ihr gewählte Jury für die Auswahl der Bilder. Darauf legte der Vorstand seine Aemter nieder.

wachsen. — Es ist viel zu viel Aufsichtspersonal vorhanden, so daß das übrige Personal sich beengt und bedrückt fühlen muß. Wo aber die Aufsicht am Platze wäre, da versagt sie. Gerade in Postämtern, in denen ein großer Ueberfluß an Aufsichtsbeamten vorhanden ist — für durchschnittlich 15 Beamte eine Aufsichtsperson (Hört! hört!) — herrschen die allerschlimmsten sanitären Zustände, z. B. in Frankfurt a. M., woselbst die durchschnittliche Krankheitsziffer unter den Postbeamten bis 25 Proz. beträgt. Die Fabrikinspektion ist wahrhaftig nicht mustergültig, aber in der Postverwaltung fehlt es überhaupt an einer derartigen Inspektion.

Die Postverwaltung setzt ihren

Kampf gegen die Koalitionsfreiheit

der Beamten, speziell der Unterbeamten, mit ungeschwächter Kraft fort. In Königsberg i. Pr. ist der Unterbeamte Dorsch gemaßregelt worden, weil er an die Spitze des Unterbeamtenvereins getreten ist. Erst wurde der Mann auf alle mögliche Art und Weise schikaniert. Es gibt ja leider Beamte genug, die sich durch Schikanierung „unliebsamer" Elemente oben Liebkind zu machen suchen. In diesem Falle war es besonders der Postsekretär Brokmann, der den Dorsch schikanierte. Herr Brokmann war noch ganz besonders auf Dorsch erbittert, weil dieser im Mieterverein sich gegen die Unterstützung Brokmanns erklärt hatte, der für die Stadtverordnetenversammlung kandidierte. Dorsch ist schließlich ohne Pension entlassen worden, nachdem man ihn auf alle Weise gequält hatte; sogar seine Korrespondenz wurde überwacht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Andere Vorstandsmitglieder des Vereins der Unterbeamten wurden versetzt „im Interesse des Dienstes". Was alles unter diesen Begriff gebracht wird, haben wir im Prozeß des Landrats Schröder-Witgenstein gesehen. Diese Vorgänge sind typisch für das koalitionsfeindliche System der Postverwaltung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir halten die Wünsche der Oberpostassistenten auf Erhöhung ihrer Endgehälter für durchaus berechtigt. Die Konservativen, die die Hauptschuld an der miserablen Gestaltung der Besoldungsreform tragen, suchen jetzt durch Gewährung besonderer Zulagen wenigstens die Oberpostassistenten zu gewinnen. Kein Wunder! Die Konservativen haben soviel Sünden auf dem Kerbholz, daß sie wenigstens die Oberpostassistenten als Wahlhelfer gewinnen möchten. Wir unsererseits treten für eine

allgemeine Revision der Besoldungsordnung

ein. In erster Linie bedürfen die Unterbeamten dringend einer Aufbesserung. Verschiedene Kategorien von Unterbeamten sind durch die Besoldungsreform direkt geschädigt worden. Die Dienstzeit ist verlängert worden und zwar über die Erhöhung der Bezüge hinaus, so daß der Stundenlohn gesunken ist. (Hört! hört!) Eine Revision der Besoldungsreform ist also dringend notwendig. Die Versündigung an den Unterbeamten, die der Reichstag 1909 begangen hat, muß wieder gut gemacht werden. Man spreche uns nicht von Mangel an Mitteln! Vielleicht entschließen sich die Herren von der Rechten doch noch in diesem Reichstag eine Erbschaftssteuer anzunehmen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber wenn es heißt, in das eigene große Portemonnaie zu greifen, dann ist es aus mit der Bewilligungsfreudigkeit der Konservativen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Zum Schluß möchte ich noch die Postverwaltung auffordern, sich ihren Arbeitern gegenüber nicht so ausschließlich von fiskalischen Gesichtspunkten leiten zu lassen und die

Pflichten sozialer Fürsorge

mehr zu beachten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Postverwaltung den Ehrgeiz besitzt, mit der Zeit fortzuschreiten, so eröffnen sich ihr mancherlei Felder der Tätigkeit. Die Sorge für die zahlreichen Arbeiter der Post, die Aufbesserung der Unterbeamten, die einer solchen dringend bedürfen, die Anpassung an die steigenden Anforderungen des Verkehrs, aller das sind Aufgaben, denen die Postverwaltung sich nicht entziehen darf oder doch nicht entziehen sollte. Wir schließen uns allen Bestrebungen an, die auf Modernisierung und Sozialisierung der Post hinzielen, und wir bitten den Reichstag, auch unseren Anregungen zuzustimmen, die sich in dieser Richtung bewegen. Darum bitten wir in erster Linie um Annahme unserer Resolution, die im Hinblick auf die völlig unzureichenden Bezüge der Unterbeamten eine Revision der Besoldungsordnung verlangt! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Drüscher (L): Die Sozialdemokratie verlangt immer neue Ausgaben, entzieht sich aber der Aufgabe für Deckung zu sorgen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Erbschaftssteuer!) Wenigstens macht die Sozialdemokratie keine annehmbaren Vorschläge. — Auch wir sind dafür, daß den mittleren Postbeamten Geschäfte der oberen, den unteren Geschäfte der mittleren Beamten übertragen werden. Es ist unfraglich, daß die Avancementsverhältnisse sehr ungünstig sind. Das liegt in erster Linie an dem Verhalten des Reichstags, der in früheren Jahren fortgesetzt, von sozialen Gesichtspunkten geleitet, auf Vermehrung der Beamten drang. Die Postverwaltung mußte dem Drängen des Reichstags folgen und die Folge war eine außerordentliche Vermehrung des Beamtenpersonals. Im Jahre 1908 schlug dann der Wind im Reichstag um, man drang auf Sparsamkeit. Wiederum paßte sich die Postverwaltung den Wünschen des Reichstags an. Die Folge ist nun, daß die Beförderungsaussichten sehr schlechte sind. Besserung kann nur sehr allmählich erzielt werden. Redner beklagt alsdann die Ueberlastung der höheren Beamten und wirft den Sozialdemokraten vor, daß sie „den unteren Beamten die Mäuler mit Honig schmieren". — Es tut uns leid, daß angesichts der Finanzlage des Reiches die berechtigten Wünsche der Postassistenten nicht befriedigt werden können. Wir bitten aber um Annahme der von uns angeregten Resolution der Budgetkommission auf Gewährung einer persönlichen Zulage von je 300 M. an die Oberpostassistenten usw. Ebenso bitten wir um Annahme der Resolution, die durch Versetzung einer Reihe Orte in eine höhere Wohnungsgeldklasse einige unbeabsichtigte Härten in der Besoldungsreform für die Unterbeamten abschwächen soll. Die Reichspostverwaltung steht durchaus auf der Höhe der Zeit. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär im Reichspostamt Kraetke: Die Wünsche, die in der Resolution Gröber niedergelegt sind, auf Regelung der Dienstverhältnisse, Wiederholungsmöglichkeit der Prüfungen usw., werden wohlwollend geprüft werden; ob sie aber alle befriedigt werden können, erscheint mir fraglich. Ich bitte dringend, die wenigen geforderten höheren Stellen zu bewilligen. — Der Abg. Eichhorn hat eine Reihe Beschwerden vorgetragen. Mit solchen Beschwerden ist es meist so eine eigene Sache. Z. B. ein Beamter, der sich weder mit seinen Kollegen, noch mit seinen Vorgesetzten, noch mit dem Publikum zu stellen wußte, wurde von Iserlohn nach Hagen versetzt. Er veröffentlichte in der Zeitung folgenden Abschiedsgruß: „Allen denen, die lieber meinen Rücken, als mein Gesicht sehen, zur Nachricht, daß es nach Hagen nicht weit ist". (Schallende Heiterkeit.)

Der Abg. Eichhorn hat sich lang und breit über den sogenannten Fall Dorsch verbreitet. Dorsch hat selber zugestanden, daß er alle seine Beschwerden im Zustande nervöser Aufregung erhoben hat. (Lebhaftes Hört! hört! rechts.) Nicht nur neun Zehntel, sondern zehn Zehntel der Klagen und Beschwerden dieses Herrn sind nach seinem eigenen Geständnis aus der Luft gegriffen. (Heiterkeit und Zustimmung rechts.) Weiter ist verlangt worden, Lieferungen nur an solche Arbeitgeber zu vergeben, die ihre Arbeiter anständig bezahlen und die Tarife einhalten. Das erste geschieht, in bezug auf die tarifmäßige Bezahlung kann nicht ein Ressort allein vorgehen, es muß hier eine Verständigung der verschiedenen Ressorts stattfinden.

Nun zu den Wünschen der Tarifermäßigung. Auch mir ist das Flickwerk am Weltpostverein nicht sympathisch. Aber Sie werden zugeben, daß Deutschland nicht rückständig ist. Mehr als das Uebereinkommen mit Amerika war bisher nicht möglich. Man darf sich auch nicht verhehlen, daß eine Ermäßigung im Weltpostporto zunächst wenigstens einen Ausfall an Einnahmen zur Folge haben würde, für Deutschland zunächst wahrscheinlich 10 Millionen Mark. In bezug auf die Eilbriefbestellung durch Privatanstalten können wir nicht einen anderen Standpunkt einnehmen als bisher. Wir können das Gesetz nicht nach unserem Belieben auslegen und gewerbsmäßige Briefbeförderung durch Privatinstitute nicht zulassen. Die Gerichte haben sich unserer Auslegung des Gesetzes angeschlossen. — Der Anregung, Brieftelegramme einzuführen, stehe ich sympathisch gegenüber; aber die Erwägungen zwischen den einzelnen Ressorts sind noch nicht abgeschlossen. — Weiter ist angeregt, den Postscheckverkehr zu verbilligen. Hiermit stehen wir noch im Versuchsstadium, erst 1912 werden wir neue Vorschläge machen.

Abg. Dr. Stresemann (natl.): Wir verlangen von der Verwaltung kaufmännischen Geist; dann dürfen wir nicht tadeln, daß sie auch auf Ueberschüsse bedacht ist. (Zustimmung bei den Natl.) — Die Post ist des Reiches größter Arbeitgeber, und deshalb ist es wünschenswert, daß sie vorbildlich ist in ihrem Verhältnis zu den Angestellten. Man sollte daran denken, die neuen sozialen Institutionen auch für einzelne Kategorien der Postbeamten nutzbar zu machen; die Kommission für die Reichsversicherungsordnung und die Budgetkommission haben den Gedanken zwar abgelehnt, doch hoffe ich, daß er nicht für immer begraben ist. — Die von der Budgetkommission gestrichenen höheren Postbeamtenstellen sind meine Freunde geneigt, wieder in den Etat einzustellen; bei der weitgehenden Dezentralisierung der Postverwaltung halten wir die höheren Beamtenstellen für notwendig. — Die Beamtenschaft erscheint mir viel zu sehr gegliedert, sie wächst sich allmählich zu einer Beamtenhierarchie mit Kastengeist aus. So lange das nicht von Grund aus in modernem Sinne geändert wird, wird die einzelne Kategorie stets nach höherer Wertung ihres Ranges streben. Der Redner geht dann auf die Wünsche der einzelnen Kategorien von Beamten näher ein. Ihre Versuche, sich zu organisieren, sollten von der Verwaltung keine Hemmung erfahren, um so weniger, als diese Organisationen sich durchaus auf vaterländischem Boden bewegen. — Im vorigen Jahr verlangte ein Antrag Bassermann die Schaffung eines Postbeirats; der Staatssekretär wehrte sich dagegen. Aber von Fall zu Fall hat er Sachverständige aus den Kreisen von Handel und Industrie hinzugezogen. Da ist es doch besser, den Beirat zu einer ständigen Einrichtung zu machen. Der Staatssekretär sprach mit einem gewissen Pessimismus von der Verbilligung des Weltpostverkehrs. Aber in Verkehrsfragen soll man nicht pessimistisch sein, an sie soll man mit einem gesunden Optimismus herangehen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Der Antrag Albrecht ist für uns unannehmbar.

Abg. Linz (Rp.) wünscht Errichtung eines Postscheckamts und einer Oberpostdirektion in Barmen, bittet die Wiedereinführung der Zweipfennigkarte im Ortsverkehr in wohlwollende Erwägung zu ziehen und spricht den Bestrebungen auf Einführung eines Welteinheitsportos seine Sympathie aus. Auch im Verkehrswesen muß es heißen: Deutschland in der Welt voran! (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Kraetke geht auf einzelne Bemerkungen des Vorredners ein; von der Schaffung neuer Oberpostämter müsse zurzeit mit Rücksicht auf die Finanzlage Abstand genommen werden. Den Organisationen der Beamten stehe ich keineswegs feindlich gegenüber; nur Ausschreitungen bin ich entgegengetreten.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 6¾ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

44. Sitzung vom Mittwoch, den 8. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Trott zu Solz.

Die zweite Beratung des Kultusetats wird fortgesetzt in Verbindung mit dem Kapitel „Gesandtschaften" des Etats des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten.

Abg. Ströbel (Soz.):

Es sollte gestern einen „großen Tag" geben, man tat so, als ob die Volksseele wieder einmal koche. Aber es wurde nichts daraus. Das sonst so streitbare Zentrum war außerordentlich friedlich. Und das Zentrum weiß warum. Herr v. Heydebrand hält seine schützende Hand über dem Zentrum. Es soll fortgewurstelt werden und wenn die preußische Regierung neue Raienküsser von Rom bekommen wird, wird sie sie ebensowenig tragisch nehmen. Die Regierung ist eben nichts anderes als das Exekutivorgan der Konservativen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nur auf naive Gemüter konnten die Erklärungen des Ministerpräsidenten einen gewissen Eindruck machen. Dazu scheinen allerdings die Herren Nationalliberalen zu gehören. Herr von Campe wünschte dem Ministerpräsidenten Bismarcksche Kürassierstiefel. Aber der Major von Bethmann Hollweg ist kein Kürassier und der Stiefel allein tut es nicht, es muß auch der entsprechende Mann darin stecken. Selbst der Bismarcksche Kürassierstiefel ist im Sumpf des Kulturkampfes stecken geblieben. Was gestern der kreißende Berg geboren hat, war nur ein ganz armseliges Mäuslein. Es ist nichts herausgekommen als die heroische Ankündigung, daß Geistliche, die den Modernisteneid abgelegt haben, künftig an höheren Schulen nicht mehr in Deutsch und Geschichte unterrichten würden. Der ganze Kampf war nur ein Scheingefecht. Man will eben von allen Seiten dem Uebel gar nicht ernsthaft zu Leibe gehen, man tut nur so, als kämpfe man für freie Forschung. In Wirklichkeit will man nur etwas mehr Freiheit für Universitäten und höhere Schulen, die Volksschule aber soll nach wie vor

der Kirche ausgeliefert bleiben.

Will man wirklich einen Kulturkampf führen, so muß man für Trennung von Staat und Kirche, für die Befreiung der Schule von der Kirche eintreten. Aber das sagt man nicht, weil man die Geistesfreiheit des Volkes fürchtet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man will kein freies, sondern ein politisch abhängiges Volk, das ist der Kern der Sache. Herr v. Heydebrand meinte, für die Volksbildung in Preußen geschehe so außerordentlich viel, namentlich begrüßt er die eine Million zur Fürsorge für die entlassene Jugend. Mit Ihren Vermuckerungsbestrebungen werden Sie aber bei der heranwachsenden proletarischen Jugend keinen Erfolg haben. Die Herren, die immer von der Heiligkeit der Familie sprechen, vergessen ganz, daß sie dadurch, daß sie die Kinder den Idealen der Eltern zu entfremden suchen, nur Zwietracht in die Familien tragen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Heydebrand führte an, daß sich die Ausgaben für die Elementarschulen seit 1900 von 140 auf 260 Mill. M. vermehrt haben. Dabei hat er aber ganz die Vermehrung der Bevölkerung in dieser Zeit außer Betracht gelassen. Auch muß man die Erhöhung der Geistlichen- und Lehrergehälter von dieser Summe abziehen. Sein Vergleich mit England und Frankreich war ganz unangebracht. In England sind zum Beispiel die Privatschulen sehr viel zahlreicher. Um wirklich zu zeigen, was bei uns für Kulturzwecke geleistet wird, müßte man die Summen für Volksbildung mit den Summen vergleichen, die für den Militarismus ausgegeben werden. Im Deutschen Reiche werden für den Militarismus

1600 Millionen Mark jährlich

ausgegeben, seit 1870 über 23 Milliarden Mark. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die einzelnen Kapitel des Kultusetats sind sehr gering notiert, „Kunst und Wissenschaft" mit acht Millionen, Technisches Unterrichtswesen" mit fünf Millionen Mark usw.

Wie man angesichts der Ueberfüllung der Klassen, den 36 000 Halbtagsschulen mit unseren Schulverhältnissen renommieren kann, ist mir unverständlich. Allein das Rübenurlaubwesen ist eine Schmach und eine Schande für unsere Volksschulen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Neuerdings macht man in den landwirtschaftlichen Schulen sogar Reklame für den Schnaps der Agrarier, der als durchaus bekömmlich hingestellt wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Die Haltung der Kurie, die Herr v. Bethmann Hollweg beklagte, ist doch nicht verwunderlich angesichts der Rolle, die das Zentrum zurzeit bei uns spielt. 1908 war das Zentrum oppositionell, demokratisch bis zur Ruppigkeit, jetzt ist es monarchisch bis zur Knochenerweichung. Herr Heydebrand hat nur pro forma das Vorgehen der Kurie getadelt. Die Herren Konservativen wissen aber, welchen Dank sie dem Zentrum schuldig sind. Sie kennen das Bischofswort:

„Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben".

Und Herr v. Bethmann hat einen förmlichen Appell an die Parteien gerichtet, um es ja nicht zum Konflikt kommen zu lassen. Wir sind nicht in der Lage, dieser Mahnung zum Vertuschen zu folgen. Wir halten eine reinliche Scheidung zwischen Wissenschaft und Glauben, zwischen Staat und Kirche für dringend geboten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren Nationalliberalen hatten gar keine Ursache, sich über den Modernisteneid aufzuregen, denn der Protestanteneid ist genau so dogmatisch wie der Katholizismus. Die angeblich freie Forschung des Protestantismus steht im krassen Widerspruch zu dem Religions-Unterricht, in dem die alten Dogmen gelehrt werden. Weil er dies nicht wollte, wurde ja ein Magdeburger Lehrer

seines Amtes enthoben.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie nur Geistesfreiheit verlangen für ein paar Theologieprofessoren und nicht auch für die Lehrer, für das Volk, ist das elende Heuchelei. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Auf „alte Offenbarungswahrheiten" werden die katholischen Professoren durch den Modernisteneid verpflichtet, sagte Herr Dittrich selbst. Das nennt man dann freie Forschung! Gewiß hat die Kirche das Recht, von ihren Anhängern die Anerkennung ihrer Glaubenssätze zu verlangen. Aber dann hat sie nicht das Recht, Staatskirche zu sein und die Schule unter ihren Einfluß zu bringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber für die freie Volksschule sind ja auch die Nationalliberalen nicht zu haben. Das hat ihre Haltung beim Volksschulunterhaltungsgesetz, die einen Schandfleck in ihrer Geschichte bildet, bewiesen. Das Volk liegt unter dem Druck der Orthodoxie und der ganze Kampf, der gestern hier geführt worden ist, war nichts als ein Froschmäusekrieg. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Von einer wirklichen Freiheit der Wissenschaft ist bei uns keine Rede. Ich erinnere an die Fälle Dr. Arons und Conrad Schmidt, Dozenten, die auf marxistischen Standpunkt stehen, werden einfach nicht geduldet. Der Kaiser-Wilhelm-Fonds ist ein Korruptionsfonds für die Wissenschaft. Wie man versucht die Wissenschaft einseitig in den Dienst gewisser kapitalistischer Interessen zu stellen, beweist der Fall Ehrenberg. Wir verlangen Freiheit der Wissenschaft, wie in der Religionsforschung, so auch in der Nationalökonomie, der Geschichte usw. Die Universitätslehrer müssen auch

das Recht der freien politischen Betätigung

haben. Heute ist ein wirklich demokratischer oder gar sozialistischer Universitätsprofessor in Preußen undenkbar. Wir verlangen auch Freiheit der politischen Betätigung für die Studenten. Sie müssen das Recht haben, freie Diskussionszirkel zu bilden, Redner aller Parteien zu Vorträgen aufzufordern und dann auch darüber zu diskutieren. Eine Beschäftigung mit ernsten politischen Problemen wird für die Studentenschaft wertvoller sein als das Kneipenlaufen und der Saufkommerst. Exzesse wie die der Bonner Borussen werden dann am ehesten aufhören. Um dem ganzen Volk die Möglichkeit wissenschaftlicher Betätigung zu geben, verlangen wir die

Einheitsschule.

Nur wenn jedem die Möglichkeit gegeben wird, sich wissenschaftlich so auszubilden, wie es seinen Neigungen und Fähigkeiten entspricht, kann von wahrer Kultur die Rede sein. Dann muß auch die Kunst dem Volke erschlossen werden. Heute existiert die Kunst in Preußen nur für die Wohlhabenden. Die Bestrebungen der Sozialdemokratie, sie auch dem Volke zugänglich zu machen, werden nach Möglichkeit erschwert, wie das Vorgehen gegen die freien Volksbühnen beweist. Nur durch Einführung einer höheren Bildung für das gesamte Volk ist eine Bekämpfung der Schundliteratur möglich. Es herrscht im Volke großer Bildungshunger, der befriedigt werden muß, es schlummern ästhetische Neigungen im Volke, die nur geweckt zu werden brauchen. Sie (nach rechts) lachen darüber, daß hier solche Dinge besprochen werden, aber verhandeln wir nicht über den Kultusetat?! Es ist traurig genug, daß die Sozialdemokratie allein mit Energie für diese wichtigen Fragen der Volksbildung eintritt. Die Sozialdemokratie hat sich stets der wahren Kunst angenommen. (Lachen rechts.) Wir haben z. B. die Bedeutung Liliencrons trotz seiner konservativen Gesinnung anerkannt, als er noch nicht berühmt war. Der Kapitalismus aber ist der schlimmste Feind der wahren Kunst. — Wahre geistige Kultur kann nur gedeihen in einem wahrhaft sozialen Staat. Deshalb helfen Sie mit zur Hebung des Massenwohlstandes, zur Verkürzung der Arbeitszeit, zur politischen Entwickelung des Volkes, helfen Sie endlich mit zur Erringung eines freien Wahlrechts. An die Nationalliberalen speziell möchte ich die Mahnung richten: erinnern Sie sich Ihrer alten Traditionen, treten Sie mit uns ein für die

Befreiung der Schule vom Joche der Klerisei,

für die

Trennung des Staates von der Kirche.

Helfen Sie uns den Kampf führen gegen den blauschwarzen Block, fügen Sie sich ein in den Block des Fortschritts, den Kulturblock. Wir Sozialdemokraten werden die Kristallisationsachse für diesen Kulturblock bilden, er wird sich unaufhaltsam vorwärtsschieben, und wenn Sie nicht mittun, wird er zermalmt und auch über Sie hinweggehen! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Porsch (Z.): Wir wollen den konfessionellen Frieden, bei einem neuen Kulturkampf würde nur der Weizen der Sozialdemokratie blühen. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Das Ziel unserer Wünsche ist allerdings die Wiederherstellung der Verhältnisse vor dem Kulturkampf. Daß das evangelische Gefühl durch die päpstlichen Maßnahmen zur Wahrung des christlichen Glaubens sich beleidigt fühlen könnte, können wir nicht anerkennen. Sehr lebhaftes Befremden hat bei meinen Freunden die Erklärung des Ministerpräsidenten erregt, daß katholische Lehrer die den Antimodernisteneid geleistet haben, in Zukunft nicht mehr für den Unterricht in Deutsch und Geschichte an höheren Schulen angestellt werden sollen. Wir würden es auf das lebhafteste bedauern, wenn diese Ankündigung zur Wahrheit würde. (Sehr richtig! im Zentrum. Hört! hört! links.) Wir können nicht anerkennen, daß die Folge die Leistung des Antimodernisteneides sein könnte, daß der Unterricht anders erteilt wird als bisher. Eine solche Maßnahme könnte sich das katholische Volk nicht gefallen lassen (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.), sie würde eine Störung des konfessionellen Friedens bedeuten. Wir haben ja doch im Westen auch atheistische Lehrer, die keiner Kirche angehören und doch in Deutsch und Geschichte unterrichten. (Hört! hört! im Zentrum.) Wir geben uns der Hoffnung hin, daß man solche Konflikte vermeiden wird. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum.)

Kultusminister v. Trott zu Solz: Der Vorredner hat sich sehr entschieden dagegen gewandt, daß man der Auffassung sein könne, daß ein katholischer Geistlicher, der den Antimodernisteneid geschworen hat, deshalb nicht mehr für befähigt gehalten werde, an unseren höheren Lehranstalten Unterricht in Deutsch und Geschichte zu geben. Diese Auffassung hat der Herr Ministerpräsident hier nicht vertreten, denn dann hätte er sich auch dafür aussprechen müssen, daß auch die Geistlichen, welche zurzeit schon diesen Unterricht erteilen, aus ihm entlassen werden müßten. Dagegen hat er sich aber ausdrücklich gewandt. Wenn wir uns größere Zurückhaltung bei Anstellung katholischer Geistlichen im Staatsdienst auferlegen werden, so ist der Grund die Sorge um die Erhaltung des konfessionellen Friedens. Wie nahe Konfliktsmöglichkeiten sind, wenn katholische Geistliche zugleich im Staatsdienst stehen und wenn dann an sie eine neue Forderung gestellt wird, ohne daß darüber

die eine Seite sich mit der anderen vorher in geeigneter Weise verständigt, haben uns die Erfahrungen der letzten Zeit gezeigt. (Sehr wahr! links.) Ich nehme also an, daß auch die Freunde des Vorredners im Interesse des konfessionellen Friedens die Haltung der Regierung in dieser Frage als richtig anerkennen werden. (Vereinzeltes Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.) polemisiert gegen den Abg. v. Heydebrand. Er hat nur große Worte gemacht, uns aber schließlich nur empfohlen, die Hände in den Schoß zu legen. Seine Ausführungen waren wohl eingestellt auf die Ausführungen des Kultusministers in der Kommission, und er war erstaunt, daß die Ausführungen des Ministerpräsidenten darüber wesentlich hinausgingen. Die Konflikte mit katholischen Geistlichen an höheren Lehranstalten würden am besten vermieden, wenn wir überhaupt nur weltliche Lehrer hätten. (Sehr richtig! links.) Der diplomatische Verkehr mit der Kurie sollte in Zukunft nur durch Ueberreichung schriftlicher Noten erfolgen. — Den Vorwurf der konfessionellen Hetze, den neulich Herr Dr. Hahn gegen uns erhob, weisen wir entschieden zurück. Mögen die Konservativen von einer derart demagogischen Agitation zurückkehren zu ihren alten besseren Traditionen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Pachnicke (Vp.): Wir sind mit den Ausführungen des Ministerpräsidenten nicht so einverstanden wie Herr Dr. Friedberg. Das Friedensbedürfnis kam in ihnen stärker zum Ausdruck als das Selbstbewußtsein des Staates. Diese Nachgiebigkeit wird in Rom nicht gewürdigt und wahrscheinlich auch nicht erwidert werden. Die einzige positive Maßnahme, die der Ministerpräsident ankündigte, dahin, daß in Zukunft Geistlichen, die den Antimodernisteneid geleistet haben, nicht mehr der Unterricht in Geschichte und Deutsch neu übertragen werden solle, ist in dem halbamtlichen Stenogramm der Rede durch die Einfügung der Worte „in der Regel" noch abgeschwächt worden. (Hört! hört! links.) Und auch in den Worten des Kultusministers haben wir eine solche Abschwächung gesehen. Das einzig positive Ergebnis dieser Debatten wäre die Streichung der Gesandtschaft beim Vatikan. Da diese Gesandtschaft sich als ganz überflüssig erwiesen hat, werden wir für die Streichung eintreten. (Bravo! links.)

Staatssekretär des Auswärtigen v. Kiderlen-Wächter weist einige Angriffe des Vorredners gegen die Gesandtschaft beim Papst zurück. Es ist dem Gesandten mangelhafte Informationen vorgeworfen, er habe die Intentionen der Kurie nicht gekannt. Das verlangen wir von keinem unserer Vertreter, daß sie die Absichten der fremden Regierung vorher kennen. (Heiterkeit.) Herr Pachnicke hat dann gesagt, für diesen Gesandten brauchen wir bloß die Post. Schließlich muß doch aber auf der Post auch jemand sein, der schreibt. (Große Heiterkeit.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Titel „Minister" wird bewilligt, ebenso der Titel „Gesandtschaften".

Abg. Strödel (Soz.) stellt gegenüber dem Abg. Porsch fest, daß er nicht zum Kulturkampf im landläufigen Sinne aufgefordert habe, sondern gerade für die katholische Kirche das Recht proklamiert habe, ihre Angelegenheiten völlig unabhängig zu regeln.

Beim Kapitel Evangelischer Oberkirchenrat wendet sich Abg. Runze (Vp.) gegen die geplante Ueberwachung des Konfirmandenunterrichts in Berlin und kritisiert die Zurücksetzung der liberalen Theologen an den Universitäten. Herr Porsch sagte heute: Freie Forschung treibt man nicht um ihrer selbst willen, sondern um zur Wahrheit zu gelangen. Demgegenüber meine ich: man kann zur Wahrheit nicht anders gelangen, als indem man die Wissenschaft um ihrer selbst willen betreibt. — Wie weit wir heute noch von einer Volkskirche entfernt sind, beweist der Fall Jatho, auf den meine Freunde in der dritten Lesung näher eingehen werden.

Abg. Winckler (k.): Der Fall Jatho ist eine innere Angelegenheit der evangelischen Kirche, und seine Besprechung vor dem interkonfessionellen Abgeordnetenhause bedeutet eine Ueberschreitung der Grenzlinie zwischen Staat und Kirche. (Bravo! rechts.)

Hierauf wird die Weiterberatung vertagt auf Donnerstag 11 Uhr.

Schluß 4¾ Uhr.

Parlamentarisches.

Ein kläglicher Umfall in der Arztfrage.

Die gestrige Sitzung in der Reichsversicherungsordnungskommission des Reichstages brachte eine Ueberraschung. Die Kompromißparteien zogen ihre Anträge zur Arztfrage zurück und beantragten, daß von jedem Versuch, die Arztfrage wirklich zu regeln, Abstand genommen wird. Die Regelung der Arztfrage soll einem — „besonderen Gesetz" vorbehalten bleiben. Bis dieses Gesetz erlassen wird, sollen folgende Bestimmungen gelten:

Die Beziehungen zwischen Krankenkassen und Aerzten werden durch schriftlichen Vertrag geregelt. Die Bezahlung anderer Aerzte kann die Kasse, von dringenden Fällen abgesehen, ablehnen. Soweit es die Kasse nicht erheblich mehr belastet, soll sie ihren Mitgliedern die Auswahl zwischen mindestens zwei Aerzten freilassen. Die Satzung kann jedoch bestimmen, daß der Behandelte während desselben Versicherungsfalles oder Geschäftsjahres den Arzt nur mit Zustimmung des Vorstandes wechseln darf.

Die einzige Neuerung ist die Bestimmung aus dem Regierungsentwurf, daß die Kasse berechtigt sein soll, statt der Krankenpflege oder der sonst erforderlichen ärztlichen Behandlung eine bare Leistung bis zu zwei Drittel des Durchschnittsbetrags des gesetzlichen Krankengeldes zu gewähren. Dies soll gestattet sein, wenn bei einer Krankenkasse die ärztliche Versorgung dadurch ernstlich gefährdet wird, daß die Kasse keinen Vertrag zu angemessenen Bedingungen mit einer ausreichenden Zahl von Aerzten schließen kann oder daß die Aerzte den Vertrag nicht einhalten. In solchen Fällen ermächtigt das Oberversicherungsamt (Beschlußkammer) die Kasse auf ihren Antrag widerruflich zu jener Ablösung der ärztlichen Hilfeleistung.

Graf v. Westarp begründete diese Anträge und erklärte dabei, daß er von den früheren Kompromißanträgen nur deshalb Abstand nehme, weil für dieselben keine Mehrheit zu finden sei.

Abg. Horn schloß sich dem im Namen der Nationalliberalen an.

Dagegen traten die Abgg. Dr. Mugdan sowie Dr. Fleischer (S.) ganz besonders lebhaft für die neuen Anträge ein. Dr. Fleischer wollte sogar durchaus die freie Arztwahl allen Kassen vorschreiben, sofern die Kassen dadurch nicht zu sehr belastet würden.

Unsere Genossen Hoch, Mollenbuhr und Schmidt wiesen nach, daß die Ablösung der ärztlichen Hilfeleistung allein kein genügender Schutz für die Kassen sei und die Kassenmitglieder aufs schwerste schädigen könne. Daher hielten sie ihren Antrag aufrecht, daß bei Streitfällen in letzter Instanz ein Schiedsamt die Bedingungen feststellt, die für einen Vertrag der Kasse mit den Aerzten zu gelten haben und daß kein Arzt von den Standesvereinen der Aerzte wegen Abschlusses eines Vertrages nach diesen Bedingungen zur Zahlung einer Konventionalstrafe gezwungen werden darf. Dieses Zwangsvorrecht der Aerzte müsse beseitigt werden, wenn den Kassen die Möglichkeit zu einer sachgemäßen Verständigung mit den Aerzten erschlossen werden soll.

Abg. Behrens hat zwar die neuen Kompromißanträge unterschrieben, weiß aber noch nicht, ob er für die Anträge stimmen soll oder nicht. Abg. Kulerski erklärte sich gegen die Anträge.

Nach Schluß der Generaldebatte wurde die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

Aus Industrie und Handel.

Der neue Bankkrach.

Man muß damit rechnen, daß die Zahlungsschwierigkeit der Bankfirma Neuburger größere Bedeutung hat, als es zunächst den Anschein haben konnte. Mittlerweile haben nämlich mehrere Unternehmen mitgeteilt, daß ihre Verbindlichkeiten bei der Bank in der letzten Zeit fast restlos beglichen worden seien. Neuburger hat demnach in der letzten Zeit wohl versucht, durch Einkreibung der Außenstände bei den mit ihm in ständigem Verkehr stehenden industriellen Unternehmen, Mittel flüssig zu machen, um die drohende Liquidation zu vermeiden. Da das nicht gelang, obwohl die Werke ihre Kredite bis auf ein Minimum reduzierten, darf man annehmen, daß Neuburger weitgehende Verpflichtungen zu erfüllen hat. Sie sollen sich auf 10 Millionen Mark bei 5 Millionen Mark Aktienkapital belaufen. Seitdem die Fürsten Hohenlohe und Fürstenberg ihre Kapitalien der Verwaltung Neuburgers entzogen haben, fehlten dessen Unternehmungen die sicheren Grundlagen. Auch die Umwandlung der Firma in eine Kommanditgesellschaft vermochte dem Unternehmen keine neuen Mittel zuzuführen. Vergeblich wurde dann versucht, durch Errichtung von Depositenkassen neue Spargelder des Publikums heranzubekommen. In fast vierzig Orten wurden Filialen errichtet, die sehr oft nur Agenturen waren. Die kleinen Dörfer der Provinz Brandenburg, Mecklenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen, aber auch in Westfalen waren Zweigniederlassungen der Firma Neuburger, die durch das Angebot hoher Zinsen die Sparkapitalien an sich zu ziehen suchten. Gleichzeitig sollten sie den Bauern die zweifelhaften Werte der Neuburgerbank aufhängen. Was aus der Bank werden wird, steht nicht fest. Das Schicksal der Spargelder, von denen in der letzten Bilanz mehrere Millionen vorhanden waren, im besonderen, ist vollkommen dunkel. Seit einigen Tagen werden zwar Versuche gemacht, die Firma zu halten und sie soll sich auch schon an verschiedene Banken mit der Bitte um Unterstützung gewandt haben. Ob diese ihr zuteil werden wird, ist freilich noch sehr fraglich. Man glaubt, daß der sogenannte Fürstenkonzern die Liquidation übernimmt. Die Bank veröffentlicht jetzt folgende Erklärung: Die vielfachen Angriffe gegen unsere Firma, die vor allem durch anonyme Rundschreiben in unserer Kundschaft in Tausenden von Exemplaren verbreitet wurden, haben seit Monaten eine immer steigende Beunruhigung in diese Kreise getragen. Wir haben mit Aufgebot aller Kräfte die dadurch an uns herangetretenen Anforderungen zu befriedigen gesucht, da aber die Komplementäre unserer Gesellschaft, die Herren Karl und Fritz Neuburger, sich diesen dauernden, auch persönlichen Angriffen nicht mehr gewachsen fühlen und ihren Austritt erklärten, beschloß der Aufsichtsrat in seiner heutigen Sitzung, eine **außerordentliche Generalversammlung** zu berufen, um dieser die **Liquidation der Gesellschaft** vorzuschlagen, sofern nicht die bereits eingeleiteten Verhandlungen zwecks Uebernahme der Bank zum Ziele führen. Es sollen **vorläufig die Kassen geschlossen**, bis auf weiteres **Zahlungen nicht** geleistet und bei den Gläubigern der Gesellschaft ein **Moratorium** nachgesucht werden. Bei einer ruhigen Abwickelung der Geschäfte steht zu erwarten, daß **alle Gläubiger voll befriedigt** werden und auch noch ein erheblicher Teil des Aktienkapitals verbleiben wird. Wir sind mit der Aufstellung eines genauen Status der Gesellschaft beschäftigt, der nach Fertigstellung sofort veröffentlicht werden wird.

Rückgang der Schlachtungen. Auf dem Schlachthofe in Berlin ist bei den Schlachtungen von Rindern, Kälbern und Schafen ein ganz bedeutender Rückgang zu konstatieren. So sind im Monat Februar dieses Jahres, wie die „Allgemeine Fleischerzeitung" mitteilt, gegen den gleichen Monat des Vorjahres weniger geschlachtet worden: **2399 Rinder, 1325 Kälber und 2075 Schafe.**

Teures Brot.

Der gelinden Preissenkung, die in der letzten Zeit sich bemerkbar machte, ist schon wieder eine Aufwärtsbewegung gefolgt. Nach den Ermittelungen des Statistischen Amts der Stadt Berlin kostete ein Kilogramm:

	Januar	Februar	
Roggenbrot . . .	26,41	26,42	Pfennige
Weizenbrot . . .	51,89	52,09	„

Das Weizenbrot ist also schon wieder teurer geworden. Von der Aufwärtsbewegung ist allerdings auch Roggen erfaßt, ebenso Roggenmehl, auch die Kartoffeln sind im Preise gestiegen, Weizen dagegen wurde etwas billiger. Der Preis für 1000 Kilogramm Roggen stieg von 147,55 M. auf 149,62 M., der Weizenpreis ging von 204,27 M. auf 201,63 M. zurück, Roggenmehl, das im Januar 19,27 M. kostete, mußte im Februar mit 19,60 M. bezahlt werden und der Preis für 1200 Kilogramm Kartoffeln hob sich um 1 M. auf 54,00 M. Berücksichtigt man dazu das erneute Anziehen der Fleischpreise, dann ist kaum zu leugnen, daß wir bedenklichen Verhältnissen entgegensteuern. Daß die Regierung sich mit der Frage beschäftige, wie dem drohenden Notzustand entgegengewirkt werden könne, davon hört man nichts. Das ist erklärlich: Die Junker und ihre Gesellen erlauben es der Regierung nicht, Maßnahmen zur Erleichterung der Ernährung des Volkes zu ergreifen.

Hibernia. Der Aufsichtsrat beschloß, von dem abzüglich aller laufenden und außergewöhnlichen Betriebsausgaben sowie der Anleihezinsen von 779 749 M. verbleibenden Bruttogewinn 4 070 124 M. zu Abschreibungen und 450 000 M. = 4½ Prozent Dividende auf die Vorzugsaktien zu verwenden und von dem Rest die Verteilung einer Dividende von 8½ Prozent auf die Stammaktien der diesjährigen ordentlichen Generalversammlung vorzuschlagen. Letztere soll auf den 4. April d. J. nach Düsseldorf einberufen werden.

Kali. Die Verteilungsstelle für die Kaliindustrie hat die Gesamtabsatzmenge für das Kalenderjahr 1911 auf 9 019 400 Doppelzentner reines Kali festgesetzt. Von dem Gesamtquantum entfallen 4 418 800 Doppelzentner auf das Inland und 4 600 600 Doppelzentner auf das Ausland.

Allem Anschein nach soll der Kalistreit mit den Vereinigten Staaten noch nicht zur Ruhe kommen. Kürzlich hat Senator Curtis ein Amendement zum Reinnahrungsmittelgesetze angeregt, dahingehend, daß, sofern der Präsident entdeckt, daß eine fremde Regierung ihre durch Vertrag festgelegten Verpflichtungen verletzt, und zwar dadurch, daß sie sich bemüht, durch bedrückende, diskriminierende und konfiskatorische Maßnahmen das von Bürgern der Vereinigten Staaten in legitimer Weise in solchem Lande investierte Kapital zu gefährden, zu benachteiligen oder zu vernichten, der Präsident befugt sein soll, anzuordnen, daß die Einfuhr aus solchem Lande in die Vereinigten Staaten ausgeschlossen werden soll. Die befürwortete Amendierung soll dem Präsidenten vermehrte Autorität verleihen, in bestimmten Fällen zu handeln, in welchen amerikanisches Kapital, das gemäß Vertragsbestimmungen in ausländischem Besitz oder Handel investiert ist, mit Konfiskation oder mittels bedrückender oder diskriminierender Maßnahmen durch willkürliches Vorgehen einer Auslandsnation bedroht wird, sofern nach Ansicht des Präsidenten diese Handlungsweise eine Verletzung von Vertragsverpflichtungen einschließt. — Offensichtlich ist das deutsche Kaligesetz resp. der Konflikt mit den amerikanischen Kaliinteressenten die direkte Veranlassung dieses Amendements.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frauenwahlrechtsfrage auf Island und in Dänemark.

In dem kleinen zu Dänemark gehörenden Inselland Island besitzen die selbständigen Frauen vom 25. Lebensjahre ab bereits seit dem Jahre 1892 das Wahlrecht auf kommunalem und kirchlichem Gebiete, vom politischen Wahlrecht sind sie jedoch bis jetzt noch ausgeschlossen. In der gegenwärtigen Session des isländischen Parlaments, des Altings, haben nun zwei radikale Abgeordnete einen Verfassungsentwurf eingebracht, in dem die Einführung des allgemeinen und gleichen politischen Wahlrechts für Männer und Frauen vom 21. Lebensjahre ab verlangt wird. Der Entwurf enthält im übrigen verschiedene andere Forderungen, die dem isländischen Staate größere Selbständigkeit geben, ihn von Dänemark mehr unabhängig machen sollen. Die radikale und demokratische Richtung in der isländischen Politik macht immer stärkere Fortschritte, so daß man in absehbarer Zeit auf die Durchführung des politischen Frauenwahlrechts rechnen kann.

Das dänische Folkething hat in der verflossenen Woche den Entwurf zu einer Verfassungsreform, die unter anderem den Frauen sowie den Dienstleuten das allgemeine und gleiche staatsbürgerliche Wahlrecht bringen soll, in zweiter Lesung angenommen. Das besondere und doppelte Wahlrecht, das die Höchstbesteuerten jetzt zum Landsthing, der Ersten Kammer des dänischen Reichstag haben, sollen die Frauen jedoch nicht erhalten. Es war für unsere Parteigenossen selbstverständlich, daß sie dem plutokratischen System des Zweiklassenwahlrechts nicht noch mehr Macht in die Hände spielen, den Leuten vom großen Geldsack durch ein neues Privilegiertenwahlrecht ihrer Frauen noch mehr Einfluß verschaffen wollten. Gesichert ist die Verfassungsreform mit dem Frauenwahlrecht noch nicht; wenn sie auch in dritter Lesung angenommen wird, steht immer noch die Zustimmung des Landsthings aus und dann muß der ganze Reichstag aufgelöst werden und ein neuer die Reform abermals beschließen, um ihr Gesetzeskraft zu verschaffen.

Soziales.

Internationale Konsumvereinsstatistik.

Das „Internationale Genossenschaftsbulletin" hat kürzlich eine interessante Uebersicht über den Stand der Konsumvereinsbewegung in den wichtigsten europäischen Ländern im Jahre 1909 veröffentlicht. Zum Teil liegen der Statistik amtliche Erhebungen in den betreffenden Ländern, zum Teil die Berichte der genossenschaftlichen Verbände zugrunde. Das Ergebnis ist folgendes:

	Zahl der berichtend. Konsum-Vereine	Zahl d. Mitglieder überhaupt	Zahl d. Mitglieder pro Verein	Umsatz überhaupt in 1000 M.	Umsatz pro Mitgl. in M.
Großbritannien	1430	2 469 039	1726	1 406 301	569,70
Deutschland .	1405	1 334 444	950	356 889	267,30
Frankreich . .	2583	702 268	295	194 222	267,80
Schweiz . . .	290	204 254	704	71 040	347,80
Dänemark . .	300	113 085	141	44 708	404,20
Belgien . . .	379	250 106	659	54 648	222,30
Schweden . .	376	65 421	174	24 429	460,30

Großbritannien steht also in jeder Beziehung an der Spitze, mit Ausnahme der Zahl der Vereine, hinsichtlich deren es von Frankreich übertroffen wird. Es hat die meisten Mitglieder, sowohl absolut als auch pro Verein und ebenso bei weitem den größten Umsatz sowohl absolut als auch pro Mitglied. Ihm folgt Deutschland hinsichtlich der Mitgliederzahlen und des Gesamtumsatzes. Leider steht das Deutsche Reich bezüglich des Durchschnittsumsatzes pro Mitglied, der den Gradmesser für die intensive Entwickelung des Genossenschaftswesens bildet, mit Frankreich und Belgien an letzter Stelle. Frankreich exzelliert, wie schon erwähnt, durch hohe Zahl der Einzelvereine; doch ist dementsprechend die Mitgliederzahl pro Verein recht klein. Die kleine Schweiz weist im Vergleich zu ihrer Bevölkerungsziffer eine sehr intensive Entwickelung der Konsumvereinsbewegung auf. Ihre Durchschnittsmitgliederziffer pro Verein und ihr Durchschnittsumsatz pro Mitglied ist ziemlich hoch. Dänemarks fast ausschließlich ländliche Konsumvereinsbewegung kommt in den geringen Mitgliederzahlen der einzelnen Vereine zum Ausdruck; ziemlich hoch ist hier der Umsatz pro Mitglied. Belgien hat weniger aber bedeutend stärkere Vereine, die Durchschnittsumsätze sind klein.

Der Fluch der Werks-Pensionskassen.

In Duisburg wurde in vergangener Woche durch eine Brandkatastrophe die Böningersche Spinnerei teilweise zerstört, während zu derselben Zeit fast das gesamte Personal der Weberei — über 300 Arbeiter und Arbeiterinnen — wegen bevorstehender Stillegung des Betriebes in Kündigung stand. Ob die Stillegung der Weberei geschah, weil die Einrichtung technisch nicht mehr auf der Höhe stand, oder ob ein vorteilhafter Verkauf der Fabrik die Ursache ist, mag dahingestellt bleiben. Es stand jedenfalls die inzwischen erfolgte Stillegung der Weberei bevor, als der Brand teilweise auch die Spinnerei lahm legte. Die Zustände in den Dr. Böningerschen Textilfabriken waren für die Arbeiter die denkbar schlechtesten, die Löhne wohl die niedrigsten in Duisburg. Dennoch hatte der Betrieb wie fast alle Textilfabriken eine gewisse Anzahl älterer Arbeiter und Arbeiterinnen, welche alt und grau im Betriebe geworden, und die wiederum ihre Kinder in dasselbe Joch hatten eintreten lassen. Diese alten Arbeiter, die mit dem Betriebe gewissermaßen verwachsen waren, gehen nun infolge der Außerbetriebsetzung der Weberei dem bittersten Elend entgegen. Leute, die ein Menschenalter und länger mit ihrer Hände Fleiß der schwerreichen Firma Böninger die Millionen haben schaffen helfen, die bei Löhnen von 16, 18 bis 24 M. — in 14 Tagen(!) ein Leben voll Sorge und Entbehrung zurückgelegt haben, sie sahen sich plötzlich arbeitslos auf die Straße gesetzt, weil es dem Inhaber des Betriebes nun mal aus diesem oder jenem Grunde einfällt, den Betrieb still zu legen. Allerdings, die Kündigungsfrist hatte man gewahrt — o ja, man handelt gesetzlich!

Was hat denn die Arbeiter veranlaßt, bei einer so jämmerlichen Bezahlung sich und ihre Familienangehörigen an einen solchen Betrieb zu ketten? Die „Pensionskasse" heißt es sicherlich in 90 von 100 Fällen. In vielen Fällen lag es auch wohl so, daß die Weber, von denen ein großer Teil Oesterreicher waren, deshalb aushielten, weil sie kein Geld zur Rückfahrt hatten und im übrigen so dastanden, daß es ihnen ziemlich gleich war, wo sie schafften, weil sie einsahen, daß sie trotz aller Arbeit doch nicht aus dem Elend herauskamen. Nun lebten diese Leute bis zum Ablauf der Kündigungsfrist in dem Wahne, daß die Stillegung des Betriebes auch die Auflösung der Pensionskasse im Gefolge haben müsse. Aber das war ein schwerer Irrtum. Da der Betrieb der Abteilung „Spinnerei" vorläufig noch bis auf unbestimmte Zeit weiter besteht, so wird auch die Pensionskasse, in der sich etwa 60 000 M. befinden sollen, allein für die Spinnerei fortbestehen. Und jeder, der nicht die ziemlich hohen Beiträge selbst weiter bezahlt, ist seiner Mitgliedschaft verlustig. Das dürfte so ziemlich für alle zutreffen. Das Ende vom Liede ist also, daß die armen Teufel, die ein Leben voll Not und Entbehrungen hinter sich haben, schließlich unerbittlich auf das Straßenpflaster fliegen, nachdem sie schon die Hand nach der „Pension" glaubten ausstrecken zu können. **Zum Fluch ist ihnen das Liebäugeln mit der Pensionskasse geworden!** Möchten sich doch andere das Beispiel zur Warnung dienen lassen!

Daß die Arbeiter im Böningerschen Betriebe der Organisation leider noch fernstanden, ist nach Vorstehendem wohl selbstverständlich.

Schuldner von Unfallberufsgenossenschaften.

„Streng vertraulich! Nur für die Mitglieder der Rheinisch-Westfälischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft bestimmt!" ist ein Verzeichnis derjenigen Mitglieder der Sektion III der Bauberufsgenossenschaft überschrieben, die noch Beiträge aus 1908 oder aus früheren Jahren an die Genossenschaft schulden. Aufgestellt ist das Verzeichnis am 3. Juni 1910. Die Bauberufsgenossenschaft muß es wohl als eine Blamage empfinden, daß sie mit einem solchen Schuldkonto sozialer Verpflichtungen an die Oeffentlichkeit geraten könnte, wie es das mit dem Signum „Streng vertraulich!" versehene Verzeichnis darstellt. Nun, wir sind so frei, ebenso wie früher von ähnlichen Schreiben, von dem Material Gebrauch zu machen, das uns ein günstiger Wind in die Redaktionsstube geweht hat. Es trägt dazu bei, der Oeffentlichkeit darüber Klarheit zu geben, wie es mit der so vielgerühmten sozialen Pflichterfüllung in gewissen Unternehmerkreisen bestellt ist, die sich so gern auf ihre sozialen Leistungen noch etwas Besonderes zugute tun.

Insgesamt umfaßt die Liste 580 Firmen, die im einzelnen Berufsgenossenschaftsbeiträge bis zu 1557,28 M. aufwärts schulden. Die darin enthaltene Gesamtsumme nicht gezahlter Beiträge beziffert sich auf insgesamt 66 705,16 M. Dieser Betrag verteilt sich auf die der Rheinisch-Westfälischen Bauberufsgenossenschaft Sektion III angeschlossenen Kreise wie folgt:

Kreis Elberfeld	11 702,82 M.
„ Barmen	5 600,70 „
„ Mettmann	2 847,63 „
„ Lennep	269,44 „
„ Solingen	5 492,76 „
„ Remscheid	1 491,17 „
„ Essen (Stadt) . . .	10 507,41 „
„ Essen (Land) . . .	4 358,89 „
„ Duisburg	2 359,63 „
„ Dinslaken	6 362,79 „
„ Oberhausen . . .	5 163,04 „
„ Mülheim	1 859,61 „
„ Rees	6 640,37 „

Regie-Bauunternehmer aus den verschiedenen Kreisen schulden zusammen außer obigen Summen noch 2021,90 M.

Die höchste Summe (1575,28 M.) schuldet ein Unternehmer in Essen (Stadt); die niedrigste Summe beträgt 1,12 M. und entfällt ebenfalls auf Essen. Soweit uns die in dem Verzeichnis aufgeführten Namen bekannt sind, handelt es sich um mittlere und kleinere Unternehmer aus den verschiedensten Berufen des Baugewerbes.

Ein verständiges Urteil.

Wiederholt haben wir an dieser Stelle das Bestreben der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung und des Reichsversicherungsamtes, die Rechtsprechung nach rückwärts zu revidieren, an der Hand von Entscheidungen kritisieren müssen. Immer und immer wieder wird von den Genossenschaften versucht, einmal festgesetzte Renten herabzusetzen. Gegenüber diesem zur ständigen Praxis gewordenen Verfahren sticht eine vor kurzer Zeit ergangene, mittlerweile rechtskräftig gewordene Entscheidung des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung zu Altenburg vorteilhaft ab.

Der Fall ist folgender: Der Fleischergeselle K. erlitt am 18. März 1902 dadurch einen Unfall, daß er mit einer Mulde Speck, die er trug, zu Fall kam. Hierbei riß er einen Kollegen mit um. Der andere Kollege hatte ein großes Messer in der Hand und schnitt damit K. in die linke Wade. Einige Muskeln und ein Nerv wurden durchgeschnitten. Auch stellte sich Blutvergiftung ein. Für die Folgen des Unfalls erhielt K. eine Rente von 75 Proz. Diese wurde von der Fleischerei-Berufsgenossenschaft auf 50 Proz. herabgesetzt. K. legte Berufung ein. Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung Altenburg hörte den Vertrauensarzt, Sanitätsrat Dr. W., der die Folgen auf mindestens 60 Proz. schätzte und ausführte, daß sich K. noch weiterer Operationen unterziehen müßte.

Auf Grund dieses Gutachtens wurde dem Verletzten die bisherige Rente zugesprochen. Das Schiedsgericht sagt unter anderem: „... Inwiefern sich bei dieser Sachlage die Erwerbsfähigkeit des K. gebessert haben soll, ist dem Schiedsgericht nicht erklärlich gewesen; es hat es vielmehr für selbstverständlich angesehen, daß ein Mann, der um Heilung zu suchen und zu finden, von einem Krankenhaus in das andere wandern muß, eine auch nur einigermaßen lohnende Beschäftigung nicht finden kann. Jeder Arbeitgeber wird sich vielmehr hüten, einen derartig leidenden Menschen zur Arbeit anzunehmen."

Nach dieser Entscheidung übernahm dann die Genossenschaft das Heilverfahren und gewährte die Vollrente.

Diese Feststellung ist für den Arzt der Genossenschaft nicht gerade schmeichelhaft. Leider sehen wir immer und immer wieder, daß Aerzte und auch rechtsprechende Instanzen Verletzte um 20, ja um 10 Proz. für arbeitsfähig erklären. Ob der Verletzte derartige Arbeiten finden kann, darauf wird keine Rücksicht genommen. Es gibt ja genug gesunde Arbeiter; der Arbeitgeber hütet sich daher, Arbeiter einzustellen, deren Arbeitskraft nach Ansicht der Aerzte nur noch 20 oder 10 Prozent beträgt.

Gerichts-Zeitung.

Abgemilderte Klassenjustiz.

Anfang Dezember 1910 berichteten wir über ein Streikurteil des Hamburger Amtsrichters von Lößl. Dasselbe wurde auch von verschiedenen bürgerlichen Blättern als ein Ausfluß der Klassenjustiz bezeichnet. Ein Werftarbeiter Düßler war von dem Forum dieses Richters, das sich in „solchen Dingen" immer als scharf erweist, aus § 153 der Gewerbeordnung zu dem Strafmaximum von drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, nachdem zwei Belastungs- und zwei Entlastungszeugen vernommen worden waren. Mit Rücksicht auf die Strafhöhe glaubte von Lößl, den verheirateten, bisher unbestraften Angeklagten in Haft nehmen zu sollen, wie auch die beiden Entlastungszeugen wegen Verdachts des Meineids in Haft gerieten. In der schriftlichen Urteilsbegründung führt der schneidige Richter aus, „die anderen Entlastungszeugen, die bereit waren, dasselbe zu beschwören (wie die Zeugen Graf und Brandt), sind nicht vernommen worden, um sie vor einem Meineid zu bewahren."

Gegen dieses horrende Urteil legte Düßler Berufung ein, die am Dienstag die Strafkammer I in mehr als fünfstündiger Sitzung beschäftigte. Erinnert sei daran, daß die drei Verhafteten bereits am folgenden Tage auf freien Fuß gesetzt worden sind, da der zuständige Richter die Voraussetzungen des Amtsrichters von L. nicht als vorliegend erachtete und daß die Staatsanwaltschaft die Erhebung einer Meineidsanklage ablehnte.

Während der Angeklagte wie die Zeugen Graf und Brandt behaupteten, daß die inkriminierten Worte — Streikbrecher, Heidelberger, Halunken — seitens der Angeklagten nicht gefallen seien, bekundeten zwei Arbeitswillige das Gegenteil.

Das Gericht hob nach langer Beratung das merkwürdige Urteil auf und erkannte nur wegen Beleidigung auf eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen. Sämtliche Zeugen seien glaubwürdig, nur hätten die Entlastungszeugen sich nicht in unmittelbarer Nähe des rufenden Angeklagten aufgehalten, so daß sie bei dem Tumult dessen Worte nicht verstanden hätten. Auf Gefängnis müsse erkannt werden mit Rücksicht auf die Situation, in der sich die Arbeitswilligen befanden.

Das Urteil erster Instanz ist somit beseitigt. Aber auch das jetzt gefällte Urteil ist mit dem allgemeinen Rechtsempfinden des Volks unvereinbar. Selbst wenn die beleidigenden Worte gefallen sein sollten — wie läßt sich die auch jetzt noch bestehende Strafhöhe rechtfertigen? Mißt man der Gesamtsituation eine auf das Strafmaß erhebliche Bedeutung bei, so könnte sie doch nur strafmildernd ins Gewicht fallen. Und dennoch — Freiheitsstrafe! Wie viele, weit schwerer wiegende Beleidigungen, die Studenten, Gutsbesitzer oder Beamte sich zu schulden kommen ließen, sind mit einer geringen Geldstrafe gesühnt. Auch das Strafkammerurteil atmet den Geist der Klassenjustiz. Wie in einer als Festschrift zum 60jährigen Jubiläum des Professor Lißt jüngst erschienenen Abhandlung des Rechtsanwalts Dr. Siegfried Weinberg „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter und die Strafrechtspflege", treffend dargelegt wird, die Richter verfallen, weil und soweit sie die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse nicht objektiv zu beurteilen vermögen. Das ist der Grund, weshalb die Strafmilderungsgründe, die für die Beurteilung einer Straftat vorliegen, die anläßlich eines Streikes begangen ist, so ist oft als Strafschärfungsgründe erachtet werden.

Zur Feuerbestattung.

Schon vor zwei Jahren hat das Reichsgericht sich dahin ausgesprochen, daß die Beisetzung von Aschenresten in einem Erbbegräbnisse nicht mit Rücksicht auf die strengen religiösen Gefühle anderer untersagt werden kann. Und zwar ist davon ausgegangen worden, daß die Feuerbestattung von den meisten Religionslehren anerkannt und im allgemeinen nicht als unreligiös empfunden werde.

In den jüngst vergangenen Tagen hatte sich das Reichsgericht mit einer ähnlichen Frage zu befassen. Es handelt sich um zwei gegen die Deutsch-Israelitische Gemeinde in Hamburg erhobene Klagen; die eine hat der Testamentsvollstrecker eines gewissen H. erhoben mit dem Antrage, daß die Aschenreste des im Hamburger Krematorium verbrannten H. auf dem Jüdischen Friedhofe in Ohlsdorf neben dem Grabe seiner Frau, auf dem vom Verstorbenen schon zu Lebzeiten reservierten Platze beigesetzt werden, die andere haben die Kinder einer verstorbenen T. mit dem Begehren erhoben, daß die Aschenreste ihrer Mutter wunschgemäß neben dem Grabe des Vaters ruhen. Die beklagte Jüdische Religionsgemeinde weigerte sich, die Beisetzung an den bezeichneten Stellen zuzulassen, weil sie für eingeäscherte Leichname einen besonderen Platz vorgesehen habe und damit dem Religionsempfinden ihrer Gläubigen Rechnung trage.

Das Landgericht und Oberlandesgericht Hamburg haben in beiden Fällen den Klagen entsprochen und die beklagte Religionsgemeinde verurteilt, in die Beisetzung der Aschenreste an den vertraglich ausbedungenen Stellen zu willigen.

In den Entscheidungsgründen führt das Oberlandesgericht zunächst aus, daß das Reglement, auf Grund dessen der Erwerb der Begräbnisstellen stattgefunden habe, über die Beisetzung von Aschenresten allerdings nichts enthalte. Angeordnet sei aber auch nicht, daß der Begräbnisplatz ausschließlich zur Beisetzung von Leichen, d. h. unverbrannter Körperteile zu dienen habe. Es sei nur bestimmt, daß er zur Beerdigung von Angehörigen der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu dienen habe. Danach kann die Beisetzung von menschlichen Ueberresten verlangt werden ohne ein Erfordernis über die Beschaffenheit der Ueberreste. Mit dieser vertraglichen Erledigung ist aber, wie das Oberlandesgericht weiter erklärt, die Frage noch nicht vollständig entschieden. Mit Rücksicht auf die rituellen jüdischen Gebräuche kann ein Recht zur Versagung der Beisetzung auch dann bestehen, wenn die Gemeinde eine Beerdigung als gegen ihre geheiligten Sitten verstoßend ansieht. Das Gericht erachtet sich jedoch zur Entscheidung über diese Frage enthoben. Denn die beklagte Gemeinde hat selbst einen Teil ihres Friedhofes für die Bestattung von Ueberresten eingeäscherter Leichen zur Verfügung gestellt, ohne zum Ausdruck zu bringen, daß diesem Teil irgendwie ein minderwertiger Charakter anhafte. Mithin müsse im Widerstreit der Gefühle derjenigen, die die Aschenreste zwischen den übrigen Ueberresten nicht dulden wollen, mit den Gefühlen der Ehegatten, die gern nebeneinander ruhen wollen, der Vertrag den Ausschlag geben. Deshalb habe die beklagte Jüdische Gemeinde in die Beisetzung der Aschenreste zu willigen.

Gegen diese Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamburg hat die Deutsch-Israelitische Gemeinde noch das Reichsgericht angerufen. Dies ist am 4. d. M. dem Oberlandesgericht beigetreten und hat in beiden Klagesachen auf Zurückweisung der Revision erkannt.

Die Entscheidungen des Reichsgerichts heben sich von der bekannten Oberverwaltungsgerichtsentscheidung, die das Hagener Krematorium betrifft, dadurch vorteilhaft ab, daß es die Tüftelei, „Beerdigung" sei mit Feuerbestattung unvereinbar, nicht mitmacht.

Steuerfreiheit im Kampfe gegen die Sozialdemokratie.

Die Rathenower Schützengilde war vom dortigen Magistrat ordnungsgemäß wegen verschiedener Gartenkonzerte, Kinderfeste und des Schützenballs zu der Lustbarkeitssteuer herangezogen worden. Sie weigerte sich aber, die Lustbarkeitssteuer zu zahlen, weil aus diesen Veranstaltungen weder die Schützengilde noch der Pächter Gewinn erziele; im übrigen werden diese Feste nur aufrecht erhalten, um die sozialdemokratische Maifeier und die Volksfeste abzuschwächen. Der Potsdamer Bezirksausschuß wies die Klage ab, da in dem betreffenden Statut die Gründe, welche eine Steuerfreiheit bedingen, genau angegeben sind. Der Schützengilde wurde noch vom Rathenower Magistrat versichert, daß sie in ihren Bestrebungen gegen die Sozialdemokratie selbstverständlich seine Unterstützung fände, es frage sich aber noch, ob Volksbelustigungen, Festessen usw. ein besonders wirksames Mittel im Kampfe gegen die Sozialdemokratie sei. Dabei führten die Schützen in ihrer Begründung noch an, daß zu diesen Festlichkeiten nur geladene Gäste Zutritt haben. Die Rathenower Schützen huldigen anscheinend dem Grundsatz: „Patriotismus ist steuerfrei."

Drei Monate Gefängnis wegen — 15 Pfennige.

Wegen Diebstahl von Holz stand der Rentengutsbesitzer Schwarz aus Fuchskamp, Kreis Bütow, vor der Strafkammer in Stolp. Er hatte eine Portion Buchenreiser aus dem Walde gekauft und wollte sie nach Hause bringen, als sein Sohn eine Buchenklobe liegen sah. Er lud sie auf und fuhr nach Hause. Als ihm der Förster begegnete und ihn darauf aufmerksam machte, daß das Diebstahl sei, warf er das Stück Holz fort. Trotzdem erstattete der Förster Anzeige. Mit Rücksicht darauf, daß die Klobe Holz einen Wert von 15 Pf. hatte und ein Schaden nicht entstanden ist, erkannte das Gericht auf die gesetzlich mindeste Strafe wegen Rückfalldiebstahls von drei Monate Gefängnis.

Ein sehr empfehlenswerter Hüter der Ordnung

hatte sich gestern in der Person des früheren Nachtwächters, jetzigen Arbeiters Wilhelm Abbeln aus Charlottenburg unter der Anklage der Kuppelei vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III zu verantworten. Der Angeklagte war bei der Wach- und Schließgesellschaft in Charlottenburg als Wächter angestellt gewesen. Trotz seiner verhältnismäßig geringen Einkünfte mietete er in der Rosinenstraße eine Wohnung für 1200 M. Miete, die er zu einem Absteigequartier einrichtete. Da er des Nachts auf der Straße zu tun hatte, fiel es ihm nicht schwer, sich genügend „Kundinnen" zu verschaffen. In zahlreichen Fällen soll er sogar auf der Straße Herren angesprochen und ihnen seine Vermittelung angeboten haben. In anderen Fällen öffnete er fremde Häuser und ließ die Mädchen mit ihren „Kavalieren" hinein, während er draußen Posten stand und darauf achtete, daß das Liebesidyll keine Störung erlitt. Die Anklage behauptet ferner, daß der Angeklagte eine 14jährige Arbeiterin H. unter dem Hinweise, daß sie viel Geld verdienen könne, verleitet habe, das Elternhaus zu verlassen und zu ihm zu ziehen, wo er dann die Bekanntschaft mit einem bei ihm wohnhaften Bankbeamten vermittelte. Die Wohnung des Angeklagten wurde als bordellmäßiges Quartier benutzt.

Mit Rücksicht auf das höchst verwerfliche Treiben des Angeklagten beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von 1½ Jahren. Das Gericht erkannte auf ein Jahr Gefängnis, beschloß auch die sofortige Verhaftung des Angeklagten.

Eine außerordentlich hohe Strafe

beantragte gestern der Staatsanwalt gegen den Gastwirt Paul Henze, der sich wegen gefährlicher Körperverletzung vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte. Mit ihm saß der von ihm verletzte Arbeiter Friedrich Sohla auf der Anklagebank. Letzterer war eines Tages in das Henzesche Lokal getreten, hatte sich ein Glas Bier bestellt und dann sich sehr unangemessen benommen, so daß der Wirt diesen Gast am liebsten wieder aus dem Lokal herausgehabt hätte. Als Sohla trotz wiederholter Ermahnungen des Henze mit dem Unfug nicht aufhörte, forderte dieser den unliebsamen Gast zum Verlassen des Lokals auf, erhielt aber eine, mit einer schweren Beleidigung gegen seine Ehefrau durchsetzte Antwort. Nun riß dem Wirt die Geduld, er ergriff einen Knüppel und schlug nach Sohla. Dieser wehrte sich, es kam zum Handgemenge und als Sohla schon am Boden lag, ließ Henze sich dazu hinreißen, ein Weißbierglas zu ergreifen und damit auf den Kopf seines Gegners zu schlagen, so daß es in Scherben ging. Sohla hatte blutige Kopfverletzungen davongetragen, die seine Ueberführung in ein Krankenhaus notwendig machten. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage aus § 224, indem sie annahm, daß der Verletzte infolge der Schläge auf seinen Kopf in Geisteskrankheit verfallen sei. Obgleich dieses erschwerende Moment nach dem Gutachten des Medizinalrats Dr. Hoffmann wegfiel, beantragte Staatsanwalt Ludwig doch gegen Henze zwei Jahre Gefängnis bei sofortiger Verhaftung. Rechtsanwalt Posner bekämpfte diesen Strafantrag. Er gab zu bedenken, daß Henze durch das Verhalten des Sohla und dessen schwere Beleidigung der Ehefrau in äußerste Erregung versetzt worden sei und sich gewissermaßen in der Notwehr befunden habe. — Das Gericht berücksichtigte auch die Erregung des Henze und verurteilte ihn zu sechs Monaten Gefängnis und zu einer an Sohla zu zahlenden Buße von 200 M. Letzterer wurde wegen Beleidigung zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

Aus aller Welt.

Die Studienreise.

Die gute Presse hatte lebhaft bedauert, daß in den Berichten über die indische Kronprinzenreise so sehr viel von Festen, Spielen, Jagden und Empfängen, aber nur wenig von ernsthaften „Studien" die Rede war. Diesem Mangel soll jetzt zur besonderen Freude aller Patrioten abgeholfen werden. In dem letzten Berichte heißt es:

„Sehr interessiert zeigte sich der Thronfolger bei diesem Besuche (einer Jutefabrik) für die Verhältnisse der eingeborenen Arbeiterschaft. In dem Betriebe waren in großer Zahl Frauen und Kinder beschäftigt und der Kronprinz ließ sich genaue Daten geben über die Länge der Arbeitszeit und die Höhe des Lohnes der verschiedenen Arbeiterkategorien. Die Verhältnisse sind größtenteils von den europäischen sehr verschieden, und die Löhne selbst für orientalische Verhältnisse erstaunlich niedrig. . . . Der Kronprinz unterhielt sich mit mehreren der Arbeiter über ihre persönlichen Verhältnisse, scherzte mit den kleinen schwarzen Handlangern, die fast ganz nackt in den weiten Maschinenhallen herumtollten. Einige von ihnen erfreute er mit Geldgeschenken. Nach mehr als einstündigem Aufenthalt in den Fabrikanlagen verabschiedete sich dann der Kronprinz von den Fabrikleitern, sehr befriedigt von seinem Besuch, der ihm einen äußerst interessanten und lehrreichen Einblick in das innere Getriebe des indischen Wirtschaftslebens verschafft hatte."

Wer bisher glaubte, daß die Reise nach Asien eine Vergnügungsfahrt gewesen sei, wird nun hoffentlich eines besseren belehrt sein. Es kann doch nicht verlangt werden, daß ein Prinz den ganzen Tag studiert; um so weniger ist ein solches Verlangen zu stellen, als die fast sprichwörtlich gewordene Intelligenz aller Prinzen es ihnen ermöglicht, durch den einstündigen Besuch einer Fabrik einen Einblick in das innere Getriebe des Wirtschaftslebens zu erhalten.

Hurra du stolzes schönes Weib . . .

Am letzten Sonntag veranstaltete der Kriegerverein in Heringen im Kreise Sangerhausen einen „patriotischen" Abend, zu dem folgendes illustre Programm aufgestellt wurde: „Der Krieg von 1870/71", „Vor dem Sedantag oder ich habe den Kaiser gesehen" und „Manöverliebe". Alle Einwohner des Städtchens, denen noch ein patriotisch Herz im Busen schlägt, hatten sich im Festlokale eingefunden, um sich an den versprochenen Meisterwerken zu erbauen. Der Vorhang geht in die Höhe und den Staunenden präsentiert sich im ersten Bilde die Germania, wundervoll dargestellt durch eine der Schönen der Stadt. Nur einer ist's, der ob des Anblicks sich nicht freut. Ihn — nämlich den Herrn Bürgermeister — erfaßt ein Grausen und nach dem Erscheinen des ersten Bildes löste er den patriotischen Abend auf mit der Begründung, daß es keine patriotische Veranstaltung sei, sondern Klimbim. Alles mußte geräumt werden, der Saal und alle übrigen Räume der Gastwirtschaft. Selbst die reguläre Polizeimacht genügte nicht, und so wurde noch ein zufällig anwesender Unteroffizier requiriert. Die Gefahr muß wirklich groß gewesen sein.

Den Heringer Kriegern aber erscheint seit dieser Zeit der Herr Bürgermeister sehr verdächtig. Was nicht alles die Dame Germania zuwege bringt!

Der Harem des Stationsvorstehers.

Eine höchst sonderbare Entdeckung wurde auf der russischen Eisenbahnstation Taschkent gemacht. Wie dem „B. T." gemeldet wird, wurde durch eine Revision der Bahn festgestellt, daß der Stationschef sich auf Staatskosten einen Harem von zweiundzwanzig jungen, hübschen Mädchen auf der Station hielt. Die jungen Mädchen waren als Telegraphistinnen, Dienerinnen und sogar als Beamtinnen eingetragen und bezogen ein stattliches Gehalt, obgleich sie einzig und allein zum Amüsement des Stationschefs dienten, der fröhliche Feste mit ihnen veranstaltete. Der Stationschef und die meisten Beamten waren auch an zahlreichen Bahndiebstählen beteiligt. Der Stationschef nahm bei der Teilung des Raubes stets die Manufakturwaren, namentlich die Wäsche und Damenkleider für seinen Harem. Die Revision stellte ferner fest, daß der Wartesaal der ersten Klasse vom Stationschef zur Veranstaltung seiner Festlichkeiten benutzt wurde, daß die Bahnbeamten ein herrliches Leben führten und die Einnahmen der Bahn für sich verbrauchten.

Kleine Notizen.

Ungetreuer Gewerkschaftsbeamter. Der Geschäftsführer Bertina der Bezirkskasse Wiesbaden des Verbandes Deutscher Buchdrucker wurde von der Strafkammer wegen Veruntreuung von 21000 Mark zu 1½ Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Der Bürgermeister als Räuberhauptmann. Ein würdiges Oberhaupt hatten die Einwohner der Ortschaft Molgawitza in der Bukowina. Gestern wurde der ehrenwerte Herr Bürgermeister unter dem dringenden Verdachte, Anführer einer weitverzweigten Einbrecherbande zu sein, verhaftet.

Erdbeben haben in den Bezirken Orchomenos und Livadia in Griechenland großen Schaden angerichtet und die Bewohner in Schrecken gesetzt. Trotz Regen und Schnee kampieren viele Menschen im Freien.

Im Kampfe mit Räubern. In der Nähe der russischen Stadt Neu-Alexandrija überfielen vier Räuber, die nach einem von ihnen verübten Raube über die Weichsel flüchteten, einige Viehhändler, töteten einen davon und verwundeten und beraubten die anderen. Sie wurden von der Landpolizei verfolgt, wobei sie einen Landwächter schwer verwundeten. Während sie über die Weichsel zurückschwammen, wurden alle vier erschossen.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr ohne Bedeutung, Geschäft lebhafte Nachfrage, Preise gut. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise fast unverändert. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft flau, Preise wenig verändert.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Für die Stadtverordneten-Ersatzwahlen,

die in zwei Bezirken dritter Abteilung — im 11. Wahlbezirk und im 13. Wahlbezirk — am 15. März vorzunehmen sind, darf auf eine lebhaftere Beteiligung gerechnet werden, als man es sonst bei Ersatzwahlen gewöhnt ist. Am Dienstag wurde für beide Bezirke wieder eine öffentliche Wählerversammlung (bei Graumann, Naunynstraße) abgehalten, in der die Kandidaten der Sozialdemokratie — für den 11. Bezirk unser Genosse Boehm, für den 13. Bezirk unser Genosse Mann — zu den Wählern sprachen. Auch diese Versammlung war wieder recht hübsch besucht und nahm einen sehr anregenden Verlauf.

In einem einleitenden Referat erörterte Stadtverordneter Genosse Zubeil die Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten im Zusammenhang mit einer Frage, die jetzt für Berlin sehr zeitgemäß ist, mit der Frage der Steuererhöhung. Auf den ersten Blick mag es verwunderlich erscheinen, daß einer vor Gemeindewähler hintritt mit der Forderung „Mehr Steuern!" Der Berliner Stadtfreisinn hält es allerdings in solcher Lage lieber mit dem Rezept, seinen Getreuen vorzuerzählen, daß sie „weniger Steuern" zahlen sollen. Aber wir Sozialdemokraten haben nun einmal den Grundsatz, offen herauszusagen, wie die Dinge sind und was aus ihnen sich als unabweisbare Notwendigkeit ergibt. Zubeil zeigte in einer Kritik unserer Gemeindeverwaltung, wieviel in ihr zu tun noch übrig bleibt. Er kam zu dem Ergebnis, daß die vom Stadtfreisinn durch alle irgend möglichen Etatkunststücke immer wieder hinausgeschobene Steuererhöhung, so unerwünscht sie mancher Arbeiterfamilie sein wird, gerade im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung längst nötig war. Aus den verschiedenen Gebieten der Gemeindeverwaltung, deren Mängel er darlegte, hob er das Schulwesen, und ganz besonders das Gesundheitswesen hervor. Dabei betonte er das Interesse, das auch die Frau, die um ihr Wahlrecht in Gemeinde und Staat noch ringende, an den Zuständen unserer Kommune haben muß. Er bezeichnete es als eine Pflicht der sozialdemokratischen Stadtverordneten, bei der diesjährigen Etatberatung mehr als je darauf hinzuarbeiten, daß unsere Anstalten und Einrichtungen für Gesundheitspflege zu größerer Leistungsfähigkeit entwickelt werden. Dann werde das Opfer der Steuererhöhung den Einwohnern der Stadt reichen Segen bringen, der die Mehrbelastung aufwiegt. Der Stadtfreisinn wünscht sich freilich, wie der Referent mitteilte, einen „Segen" anderer Art. Man munkelt, daß die freisinnige Stadtverordnetenmehrheit, die ja jetzt endlich der Steuererhöhung gleichfalls wird zustimmen müssen, für später zum „Ausgleich" eine Abgabenentlastung herbeiführen will, eine Entlastung der — Hausbesitzer. Solchen Absichten werden unsere Genossen im Rathaus rechtzeitig und nachdrücklich entgegentreten. Referent mahnte, den kommunalen Vorgängen die gleiche Aufmerksamkeit zuzuwenden, wie den Verhandlungen des Land- und des Reichstages, und die Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten zu verfolgen. Pflicht der Wähler des 11. und 13. Wahlbezirks sei es jetzt, dafür zu sorgen, daß am 15. März als Ersatz für unsere verstorbenen Genossen Voigt und Singer die Kandidaten der Sozialdemokratie, Genosse Boehm und Genosse Mann, mit einer noch stattlicheren Stimmenzahl gewählt werden.

Wie über die Steuererhöhung die Wählerschaft denkt, und ob die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hierbei die Parteigenossen hinter sich hat, diese Frage hatte der Referent an die Spitze seiner Ausführungen gestellt. Er wiederholte sie am Schluß des Referates, aber in der Diskussion wurde von keiner Seite eine abweichende Meinung vorgebracht. Gegner aus freisinnigem Lager meldeten sich nicht zum Wort, und soweit in der Diskussion sozialdemokratische Redner auf diesen Gegenstand eingingen, äußerten sie sich zustimmend. Genosse Mann, der Kandidat für den 13. Wahlbezirk, entwarf ein Bild der vielgepriesenen „Selbstverwaltung" unserer Stadt Berlin. Der Stadtfreisinn hat die Aufgaben der Kommune lange genug vernachlässigt — Redner gab zahlreiche Beispiele der freisinnigen Mißwirtschaft — mit der bequemen Ausrede, durch eine Steuererhöhung über den bisherigen Satz hinaus werde die Selbstverwaltung gefährdet, weil dann die Regierung in den Etat hineinreden dürfe. Ach, sie ist ja längst nur noch ein Märchen, diese „Selbstverwaltung"! Genosse Mann zählte eine lange Reihe von Vorkommnissen auf, bei denen die Regierung das Selbstverwaltungsrecht der Stadt mit Füßen getreten hat, ohne daß der Stadtfreisinn sich dadurch beirren ließ in seiner lieben, alten Gewohnheit, vor dem Träger der Krone zu katzbuckeln und zu schweifwedeln. Der Kandidat für den 13. Wahlbezirk, Genosse Boehm, erörterte noch mancherlei kommunale Aufgaben, auf deren Lösung die Sozialdemokratie im Rathause drängt, im besonderen die Wohnungsinspektion, die Arbeitslosenfürsorge, die Uebernahme des gesamten Polizeiwesens, die gerade nach den neuesten Leistungen der dafür mit Orden belohnten Polizei in weitesten Kreisen der Bevölkerung als sehr wünschenswert und dringend notwendig angesehen wird. Die Ersatzwahlen vom 15. März bezeichnete Genosse Boehm treffend als ein Vorgefecht, das als Probe für die im Herbst kommenden allgemeinen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung gelten könne. In der weiteren Diskussion wurde noch von den Genossen Kamper (Bonn), Rintorff, Petereit auf die Wichtigkeit dieser Ersatzwahlen hingewiesen. Genosse Manasse sprach den Wunsch aus, daß der Wahltag mit seinen Siegen zu einem ehrenden Dankfest für die Toten werden möge, die durch die Neugewählten ersetzt werden sollen. Im Schlußwort lenkte Genosse Zubeil von diesem Gemeindewahlkampf die Blicke der Versammlung hinüber auf ein größeres Kampffeld. Ein besseres Gemeindewahlrecht werde nicht zu erreichen sein, ehe nicht der Kampf um das Landtagswahlrecht zu siegreichem Ende geführt sei. Die Frauen wies er hin auf den bevorstehenden Frauentag, auf die Pflicht der Teilnahme an dieser allgemeinen Kundgebung für unsere Forderung, auch der Frau das Wahlrecht zu geben.

Der Vorsitzende, Genosse Gierke, schloß mit der Mahnung, jeder möge in der Wahlagitation und am Wahltag seine Pflicht so tun, daß unsere Genossen Boehm und Mann mit stattlichen Stimmenzahlen in das Rote Haus einziehen können und der 15. März einen neuen Ehrentag der Sozialdemokratie bedeutet.

Fort mit dem Rabattvereinsunfug!

Mit dieser Tagesordnung hatte die Propagandakommission für das Genossenschaftswesen am Dienstag sechs Versammlungen einberufen, die bei Obiglo, Schwedter Straße, im Swinemünder Gesellschaftshaus, in der Borussia, Ackerstraße, bei Franke in der Badstraße, in den Pharussälen und im Moabiter Gesellschaftshaus stattfanden. Sie waren zum Teil recht zahlreich besucht; bei Obiglo und im Swinemünder Gesellschaftshaus reichten die Sitzplätze nicht aus, in einigen anderen Lokalen ließ der Besuch zu wünschen übrig. Die Ausführungen der Referenten Eugen Brückner, Wilhelm Düwell, Göhre, Kuntze, Ritter und Stühmer fanden lebhaften Beifall, und der Verlauf dieser Volksversammlungen ließ erkennen, daß die Liquidation des sogenannten Rabattsparvereins Norden denn doch in weiten Kreisen aufklärend gewirkt, und die Einsicht gefördert hat, daß die einzig zweckmäßige Organisation der Konsumenten die Konsumgenossenschaft ist. Die Versammelten gaben ihre Ueberzeugung in folgender Resolution kund:

„Die öffentliche Versammlung spricht nach dem Vortrage des Referenten, mit dessen Ausführungen sie sich ausdrücklich einverstanden erklärt, ihre Ueberzeugung dahin aus, daß die von den Zwischenhändlern ins Leben gerufenen Rabatt-Sparvereine Gründungen sind, bei denen für die Käufer, die Konsumenten, weder wirtschaftliche Vorteile herauskommen, noch den Mitgliedern dieser Rabatt-Sparvereine ein Kontrollrecht über die Vermögensverwaltung ihrer eigenen Mittel, mit denen von Zwischenhändlern spekuliert wird, gegeben ist.

Der Zusammenbruch des Rabatt-Sparvereins „Norden" ist der Beweis dafür.

Die Versammelten erklären deshalb, daß es Verpflichtung jedes einzelnen ist, die Resolution des Parteitages von Magdeburg 1910 mehr als früher zu beachten, durch welche die Arbeiterschaft aufgefordert wird, den von Arbeitern geleiteten und kontrollierten Konsumgenossenschaften beizutreten."

Versammlungen.

Die Tarifbewegung der Militärschneider,

die mit der Versammlung am 13. Februar eingeleitet wurde, ist nun soweit gediehen, daß Verhandlungen mit den Arbeitgebern bevorstehen. In einer öffentlichen Militärschneiderversammlung, die am Montag den großen Saal der Arminhallen füllte, berichtete Kunze über die Antworten der Arbeitgeber. Die Tarifvorlage ist seinerzeit den einzelnen Arbeitgebern mit einem höflichen Schreiben zugesandt worden, worin unter anderem gesagt wurde, daß man bereit sei, den Tarif sowohl mit jedem Arbeitgeber besonders, wie auch mit einem Arbeitgeberverband abzuschließen. Da ein solcher Verband für die Militärbranche nicht besteht, sandte man die Vorlage außerdem an den Arbeitgeberverband der Herrenmaßbranche. Von diesem ist eine Antwort nicht eingetroffen, was für den Fortgang der Bewegung sehr wenig zu bedeuten hat, da jene Organisation für die Militärschneiderei nur wenig in Frage kommt, wenngleich sich die Vertreter des Verbandes der Maßschneidermeister nun auch bemühen, die Militärfirmen für sich zu gewinnen. Antworten waren von mehreren Firmen eingegangen, und zwar meist, wenn auch unter gewissen Bedingungen, in zustimmendem Sinne. Man will die Vorlage wohl anerkennen, sich jedoch nicht von vornherein dauernd daran binden, um nicht im Nachteil zu sein, wenn durch gemeinsame Verhandlungen ein allgemeiner Tarif zustande kommt. Außerdem aber verlas der Redner ein Schreiben von Herrn Robrecht, in dem mitgeteilt wird, daß eine Reihe von Firmen, und zwar die größten und maßgebenden der Militärbranche, eine Versammlung abgehalten haben, die eine Kommission zur Durchberatung der Tarifvorlage wählte, und daß dem Schneiderverbande noch Nachricht über die in Aussicht genommenen Verhandlungen zugehen werde. Der Redner bemerkte dazu unter anderem, daß schon in der Sitzung der Vertrauensleute, der dieses Schreiben ebenfalls vorgelegt worden war, die Befürchtung laut wurde, daß, da kein Termin für die Verhandlungen angegeben ist, die ganze Sache leicht der Verschleppung anheimfallen könnte. Die Befürchtung sei wohl nicht ganz unbegründet, aber, meinte der Redner, man müsse den Arbeitgebern auf jeden Fall eine angemessene Frist lassen, die Vorlage genau zu prüfen. Er empfahl der Versammlung, folgende Resolution anzunehmen:

„Die heute am 6. März 1911 in den Arminhallen versammelten Militärschneider erklären sich nach Kenntnisnahme des Berichtes über die Antwortschreiben der Arbeitgeber mit den Ausführungen des Referenten einverstanden.

Da in dem Schreiben des Herrn Robrecht, welches im Auftrage einer Versammlung der Militärfirmen an den Verband der Schneider gerichtet wurde, eine bestimmte Zeit, wann die Verhandlungen stattfinden sollen, nicht angegeben ist, so beauftragt die Versammlung die Ortsverwaltung, diesbezügliche Anfragen an Herrn Robrecht zu richten und bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck zu bringen, daß die Berliner Militärschneider eine möglichst baldige Aufnahme der Verhandlungen wünschen."

Aus der Mitte der Versammlung wurde dringend verlangt, daß die Sache so viel wie nur irgend möglich beschleunigt werden sollte, und es wurde ein Zusatzantrag zur Resolution eingebracht, wonach die Frist für die Aufnahme der Verhandlungen auf acht Tage bemessen werden sollte. Der Antrag wurde jedoch schließlich zurückgezogen unter der Voraussetzung, daß die Arbeitgeber dem Wunsche der Versammlung auch so Rechnung tragen werden. Die Resolution wurde dann in der vorgeschlagenen Form einstimmig angenommen. Hierauf wählte die Versammlung aus den verschiedenen Fachgruppen der Militärschneiderei Kommissionsmitglieder für die Verhandlungen mit den Arbeitgebern.

Deutscher Metallarbeiterverband. Die außerordentliche Generalversammlung zur Beratung über die Anträge an den Verbandstag zu Mannheim, wurde am Sonntag im großen Saale der Brauerei Friedrichshain fortgesetzt. Die Anträge selbst sind inzwischen, soweit sie von der Generalversammlung schon beraten und gutgeheißen waren, als solche der Verwaltungsstelle, und, soweit sie noch nicht zur Beratung gekommen waren, als Anträge der Einzelmitglieder dem Verbandsvorstande überwiesen worden. Unter diesen nun nachträglich zur Beratung stehenden Anträgen befindet sich eine längere Resolution, die verschiedene Vorschläge zur Abänderung der statutarischen Bestimmungen über Streiks und Aussperrungen enthält. Der Antragsteller Barth begründet in längerer Rede diese Vorschläge, die seiner Meinung nach den Einfluß des Verbandsvorstandes auf die Beendigung von Streiks, Wiederaufnahme abgebrochener Bewegungen usw. einschränken, das Selbstbestimmungsrecht der Streikenden oder an einem abgebrochenen Streik beteiligten Mitglieder etwas weiter ausdehnen sollen. Der Bevollmächtigte Cohen wendet sich gegen die Resolution und hebt besonders hervor, daß es nicht zweckmäßig sei, die Taktik der Lohnbewegungen und Lohnkämpfe so genau zu reglementieren, sowie daß die Vorschläge zum Teil gegenüber der jetzt auf Grund des Statuts üblichen Taktik eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit zur Folge haben würden. Nachdem sich noch einige Redner für oder gegen die Resolution ausgesprochen hatten, wurde sie von der Versammlung angenommen, allerdings gegen eine ziemlich starke Minderheit. Ferner wurde ein Antrag gutgeheißen, wonach bei Streiks und Aussperrungen auf Antrag der betreffenden Branche den ausgesteuerten arbeitslosen Mitgliedern ihre Unterstützung weiter gewährt werden soll. Abgelehnt wurde ein Antrag auf Erhöhung des Eintrittsgeldes zum Verband, und ebenfalls ein Antrag, der eine weitere Ausdehnung in der Auszahlung des Sterbegeldes zum Ziele hatte, die nach dem geltenden Statut davon abhängig ist, daß das Mitglied mit den Hinterbliebenen in häuslicher Gemeinschaft gelebt oder zu ihnen im Fürsorgeverhältnis gestanden haben muß. Grund für die Ablehnung des Antrages ist, daß die Gelder des Verbandes nicht an Leute gegeben werden sollen, die sich im Leben und Sterben nicht um das betreffende Mitglied gekümmert haben und schließlich für die Beerdigung noch die Hilfe der Armenpflege in Anspruch nehmen. Dergleichen Leute erheben nur zu oft Anspruch auf das Sterbegeld, das ja in solchen Fällen seinen Zweck verfehlen würde. So ist es, wie Cohen erwähnte, erst kürzlich vorgekommen, daß der bei den Gelben organisierte Vater eines verstorbenen Mitgliedes, um dessen Beerdigung er sich nicht im mindesten gekümmert hatte, von auswärts nach Berlin kam, um hier das Sterbegeld einzuheimsen. — Zum Schluß der Versammlung machte Cohen noch auf folgendes aufmerksam:

Seit einiger Zeit scheint es, als ob die Metallindustriellen Berlins nicht mehr gewillt sind, wie bisher den Gelben Mittel zur Verfügung zu stellen, so daß solche auf andere Weise herbeigeschafft werden müssen. Das geschieht ja jetzt schon zum Teil dadurch, daß die Arbeitslosen, die dumm genug sind, sich im Arbeitsnachweis der Gelben einschreiben zu lassen, dafür 50 Pf. zahlen müssen. An verschiedenen anderen Stellen ist es vorgekommen, daß für die auf diese Weise eingenommenen Gelder Saufgelage veranstaltet wurden. Um Gelder für die gelbe Organisation herbeizuschaffen, ist man jetzt auf einen anderen Trick verfallen. Man veröffentlicht im „Bund" jetzt ein Verzeichnis „empfehlenswerter" Firmen und gibt ein solches Verzeichnis gleichzeitig als Heft heraus. Die Firmen erwerben sich das Recht auf diese Reklame dadurch, daß sie eine bestimmte Rate an den gelben Bund zahlen, wie sie im übrigen den Bund auch durch Annoncen unterstützen. Den Mitgliedern des Bundes, die als Käufer zu ihnen kommen, gewähren die Firmen einen bestimmten Rabatt. Da diese verschiedenen Zuwendungen nur dann gemacht werden können, wenn dem anderen Teil der Kundschaft die Waren teurer verkauft oder schlechtere Waren geboten werden, wird man genötigt sein, in nächster Zeit alle diese Geschäfte in weiteren Kreisen bekanntzugeben. Das ist schon deswegen Pflicht des Metallarbeiterverbandes, weil er bestrebt sein muß, seine Mitglieder vor Schaden zu bewahren.

Die Engagementsverhältnisse im Zirkus Schumann.

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch fand in den „Musiker-Sälen" eine öffentliche, sehr gut besuchte Versammlung statt, die gemeinsam vom „A. D. M. V." und dem „Verein der Berliner Musiker" einberufen war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die staatliche Versicherung der Musiker", referierte Herr Fritz Stempel, dessen wesentlichste Forderungen in nachfolgender Resolution zusammengefaßt sind:

„Die am Dienstag, den 7. März 1911, im Musikervereinshause zu Berlin tagende, sehr zahlreich besuchte öffentliche Musikerversammlung nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß gemäß der §§ 117 und 1212 der Reichsversicherungsordnung nur „Orchestermitglieder, deren regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst 2000 M. an Entgelt nicht übersteigt," versicherungspflichtig sein sollen. Diese Bestimmung muß schon deshalb als ungenügend erscheinen, weil der Begriff „Orchester bezw. Orchestermitglied" die verschiedenartigsten Auslegungen zuläßt, so daß im Streitfalle die widersprechendsten Entscheidungen zu erwarten sind. Ferner aber würden bei einer Anwendung der Versicherungspflicht auf nur „Orchestermitglieder mit einem Jahresverdienst bis zu 2000 M." Tausende von Berufsmusikern, die — ohne Orchestermitglieder zu sein oder einen Jahresverdienst von mehr als 2000 M. habend — auf Grund der alten Versicherungsgesetze zur Versicherung herangezogen wurden, mit ihren bisher geleisteten Beiträgen und den dadurch bereits erworbenen Rechten in Verlust geraten. Schließlich aber würden bei der jetzt gedachten Anwendung der Versicherungspflicht nur etwa 10 Proz. der Musiker von dieser Versicherung erfaßt werden, während etwa 90 Proz. aller Berufsmusiker als „unbeständige erwerbstätige Personen", als reine „Lohnarbeiter" für diese Versicherung in Frage kommen.

Es ergeht deshalb an Bundesrat und Reichstag die Bitte, in Berücksichtigung des Gesagten und der sonstigen Verhältnisse des Musikerstandes die §§ 117 und 1212 der Reichsversicherungsordnung dahin abzuändern, daß

alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Musiker — nicht nur die Orchestermitglieder — der Kranken- und Invalidenversicherungspflicht unterstellt werden, und zwar ohne Beschränkung auf eine bestimmte Verdienstgrenze.

Bei einer solchen Festlegung der Versicherungspflicht der Musiker erscheint es der Versammlung natürlich als unnötig, für einzelne Standesangehörige noch eine Sonderversicherung aufzumachen, wie dies — wiederum für „Orchestermitglieder" — in dem Entwurf eines Versicherungsgesetzes für „Angestellte" in Aussicht genommen wird. Eine solche Sonderversicherung lehnt die Versammlung grundsätzlich ab und das in der Ueberzeugung, daß sich die Versicherungspflicht der Musiker im Rahmen der Reichsversicherungsordnung am besten und vorteilhaftesten ermöglichen läßt."

Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Dann nahm Referent Hugo Schwiegk das Wort und entwarf ein Bild von den ungünstigen Verhältnissen bei Schumann. Der Deutsche Musiker-Verein habe diesem Institut gegenüber schon zweimal zur Sperre greifen müssen. Ein Musiker, der 25 (!) Jahre bei Schumann tätig war, sei gekündigt worden. Als der Vereinsvorstand mit dem Geschäftsführer Fittigauer Rücksprache genommen habe, sagte der Herr: Der Zirkus Schumann sei keine Altersversorgungsanstalt. (Stürmische Pfui-Rufe!) Bis vor zwei Jahren hatten die Musiker einen Lohn von 90 bis 118 M., der jetzt auf 130 bis 140 M. sich erhöht habe. Dafür habe der Mann ein halbes Menschenalter gearbeitet, und jetzt fliege er auf die Straße im 60. Lebensjahre. Als der Vorstand gefragt habe, ob denn in einem so großen Betrieb kein Plätzchen frei wäre, wo man den verbrauchten alten Musiker beschäftigen könnte, meinte der erwähnte Herr nochmals: sie hätten keine Altersversorgung. Ueberhaupt sei dieser Herr der böse Geist den Musikern gegenüber. Redner berichtet über einige besonders markante Episoden, die große Entrüstung bei der Versammlung auslösten. Die Verträge atmen einen unsozialen, inhumanen Geist. Redner hat ein Formular und teilt die einzelnen Paragraphen mit, die drastisch beweisen, wie rücksichtslos und unsozial in diesem Institut dem Personal gegenüber gehandelt wird.

Nachdem noch der Präsident der Internationalen Artistenloge, E. V., Max Berol-Konorah, den Musikern seine und seiner Berufsgenossen Sympathie zum Ausdruck gebracht und die Diskussion noch wirkungsvoll ergänzt hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 7. März d. J. in dem Musiker-Vereinshause versammelten Musiker Berlins sprechen ihre Entrüstung aus über die schlechten Engagementsverhältnisse in dem Zirkus Albert Schumann. Sie protestieren mit aller Energie gegen die dort herrschende soziale Rückständigkeit, im besonderen gegen die unzulänglichen Sicherungen der Musiker in Krankheitsfällen. Die Versammlung erwartet bestimmt, daß kein Musiker unter den jetzt gegebenen Verhältnissen ein Engagement im Zirkus Schumann eingehen wird. Sie richtet ferner die dringende Mahnung an alle nichtorganisierten Musiker, sich den bestehenden Berufsorganisationen anzuschließen, zum Schutze ihrer Interessen."

Aus aller Welt.

Brotreform in England.

Eine der überraschendsten Volksbewegungen in England ist die Brotreformbewegung, die in wenigen Wochen alle Schichten der Bevölkerung ergriffen hat. Englische Wissenschaftler schreiben und predigen schon seit Jahren gegen die vom Volke allgemein genossene Sorte Weizenbrot, dessen außerordentlich weiße Farbe nur dadurch erzielt werden kann, daß man dem Mehle einige der wichtigsten Bestandteile des Getreides entzieht. Während das englische Brot, wenn es frisch ist, höchst einladend und appetitlich aussieht und meist gut schmeckt, wird es, wenn es älter ist — wenigstens für den Ausländer — oft ungenießbar. Man opfert die Qualität dem einladenden Äußeren, das in vielen Fällen durch sehr fragwürdige chemische Mittel hergestellt werden soll.

Die Volksbewegung gegen die übliche Mehl- und Brotbereitung ist aber nicht in erster Linie von den Wissenschaftlern, sondern von einem Privatmann entfacht worden. Vor einigen Wochen entschloß sich ein Gutsbesitzer in Mittelengland namens Sir Oswald Mosley, seinen Nachbarn die alte Kunst der Brotbereitung aus Mehl, das zwischen Steinen gemahlen wird und alle nahrhaften Bestandteile des Weizenkorns enthält, praktisch zu lehren. Der Bäcker des be-

nachbarten Dorfes stellte das Brot mit dem von dem Gutsbesitzer gelieferten Mehle her und wurde bald aus allen Teilen des Landes mit Aufträgen bestürmt. Acht der angesehensten Aerzte veröffentlichten ein Manifest, in dem sie eine Standard für das wichtigste Volksnahrungsmittel forderten. In diesem Manifest heißt es: „Wir, die Unterzeichneten, glauben, daß es eine nationale Notwendigkeit ist, eine Standard für den Nährwert dessen, was als Brot verkauft wird, festzusetzen. Eine solche Standard wird schon für die Milch gesetzlich erzwungen. Die Festsetzung der Standard für Brot ist sogar noch wichtiger, da Brot und Mehl dem Gewichte nach etwa zwei Fünftel der von der Arbeiterklasse verzehrten Nahrungsmittel bilden und fast die Gesamtnahrung vieler armen Kinder ausmachen. Angesichts der minderwertigen Nährkraft des weißen Brotes, das allgemein in diesem Lande verkauft wird, fordern wir ein Gesetz, das es obligatorisch macht, daß alles Brot, das als solches verkauft wird, wenn es nicht ausdrücklich mit einer anderen Bezeichnung versehen ist, aus unverfälschtem Weizenmehl gemacht wird, das wenigstens 80 Proz. von ganzem Weizen, einschließlich des Keimes und des Weizengrießes, enthält." Auch andere wissenschaftliche Autoritäten haben sich der Sache angenommen. Unter anderem auch der berühmte Chemiker und Elektriker Sir William Crookes. Und wir wissen ja: „ubi Crookes, ibi lux." Das Licht über das neue Brot hat sich sehr schnell verbreitet.

Eine eigentümliche Begleiterscheinung dieser Reformbewegung ist die Wiederbelebung der alten Wasser- und Windmühlen im ganzen Lande. Seit vielen Jahren haben diese Betriebe kein Korn mehr für den menschlichen Konsum verarbeitet. Heute sind diese alten Veteranen plötzlich durch die Revolte des Volkes gegen die kapitalistische Nahrungsmittelfälschung und Verschlechterung wieder zu neuer Tätigkeit erweckt worden. Eine alte Wassermühle bei Burton-on-Trent, die im Jahre 1004 gebaut wurde, arbeitet augenblicklich Tag und Nacht. Natürlich kommt diese Brotreform den großen modernen Mühlenbetrieben recht ungelegen. Sie werden sich aber wohl in kurzer Zeit den veränderten Verhältnissen anpassen müssen. Denn es ist kaum anzunehmen, daß man es nur mit einer vorübergehenden Geschmacksveränderung zu tun hat. Das neue „Standard"-Brot hat eine mehr gräulich-bräunliche Farbe und schmeckt so vorzüglich, daß man sich allgemein wundert, weshalb man nicht früher auf den Gedanken gekommen ist, dem Volke unverfälschtes Brot vorzusetzen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 7. 3. cm	seit 6. 3. cm [1]	Wasserstand	am 7. 3. cm	seit 6. 3. cm [1]
Memel, Tilsit	456 [5]	−18	Saale, Grochlitz	276	−8
Pregel, Insterburg	310 [4]	−5	Havel, Spandau [2]	153	−5
Weichsel, Thorn	402 [3]	−8	" Rathenow [2]	172	0
Oder, Ratibor	281	−35	Spree, Spremberg [2]	194	+4
" Krossen	347	−8	" Beeskow	210	+4
" Frankfurt	270	−6	Weser, Münden	125	−20
Warthe, Schrimm	310	+2	" Minden	250	−27
" Landsberg	303	+29	Rhein, Maximiliansau	475	−20
Netze, Vordamm	154	0	" Kaub	374	+5
Elbe, Leitmeritz	—	—	" Köln	473	+2
" Dresden	88	−17	Neckar, Heilbronn	175	−22
" Barby	436	−7	Main, Wertheim	301	−17
" Magdeburg	380	−8	Mosel, Trier	224	−53

[1] + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2] Unterpegel. — [3] Eisstr. [4] Einzelne Eisschollen, treibend.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am 6. März verstarb unser Mitglied, der Maurer

Fritz Schulze

Turiner Straße 37.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. März, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofs in der Müllerstraße aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
225/20 Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiterverband. Zweigverein Berlin.

Sektion der Putzer.

Unseren, sowie den Mitgliedern des Gesangvereins der Putzer hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied

Fritz Schulz

(Bezirk Wedding)

verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle der Philippus-Gemeinde auf dem städtischen Friedhofe in der Müllerstraße aus statt.

Um recht rege Beteiligung ersucht
137/1 Die örtl. Verwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Karl Schillinger

am 6. März gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 9. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Simeons-Kirchhofes in Britz aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
80/1 Die Ortsverwaltung.

Montag, den 7. März, mittags, verstarb meine herzensgute, innig geliebte Frau

Emma geb. Lüdemann

wenige Tage nach der Geburt unseres ersten Töchterchens im 24. Lebensjahre.

Um stilles Beileid bittet
Edwin Trapp,
5625 Waldenserstr. 19.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3½ Uhr von der Kapelle der Heilands-Gemeinde, Plötzensee, Donaugestell, aus statt.

Nach kurzem, schwerem Leiden entriß uns heute ein sanfter Tod meine liebe Frau, Mutter, Tochter und Schwester

Hermine Kühne
geb. Baermann.

Dies zeigt mit der Bitte um stilles Beileid an
Berlin, den 7. März 1911.
Paul Kühne
im Namen der Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. März, nachm. 3½ Uhr, von der Halle des St. Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt. 5675

Für die vielen Beweise und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau

Frida Baatz

sage ich allen Beteiligten, insbesondere den Mitgliedern des 506. Bezirks des Sozialdemokratischen Wahlvereins und dem Männerchor „Norden" den besten Dank. **Paul Baatz.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die überaus zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes

Hermann Bohm

sage ich allen Beteiligten, insbesondere dem Wahlverein des 6. Kreises sowie dem Verein selbständiger Kohlenhändler im Norden Berlins meinen herzlichsten Dank. 33852
Witwe Karoline Bohm geb. Gehricke.

Unserm werten Genossen
Franz Gleinert
zu seinem 60. Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche.
Die Genossen d. Bezirks Togo im 6. Wahlkreise.

Extra-Unterstützungskasse f. Buchbinder u. verw. Gewerbe zu Berlin.

General-Versammlung am 12. d. M., vorm. 10 Uhr, Melchiorstr. 15.

Tagesordnung:
1. Verlesung der Protokolle.
2. Bericht des Rendanten und Decharge-Erteilung.
3. Statutenänderung §§ 3, 5, 21.
4. Ersatzwahl eines Vorstandsmitgliedes.
5. Verschiedene Kassen-Angelegenheiten. 5645

Der Vorstand.
J. A.: H. Herzbolt, Vorsitzender, Rixdorf, Reuterstr. 72.

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Mitglieder nötig.

ALLE TAGE ANDERS
am Nettelbeckplatz
Auf **Teilzahlung** zur
Konfirmation
Einsegnungs-Anzüge
Einsegnungs- und Prüfungs Kleider
Fertige Wäsche
Kleiderstoffe
Unterröcke usw
Gratis erhält jeder Knabe eleganten Hut, jedes Mädchen fl. ledern. Täschchen
Auf **KREDIT**
Herren- u. Damen-Garderoben
mit Gratiszugaben
Herren elegant Hut oder Stock, Damen f. Lederwaren
Auswahl kolossal! Billigste Preise!
Niedrigste Anzahl. Wochenrate nur **1 M.**
ALLE TAGE ANDERS
grösstes Haus direkt am Nettelbeckplatz
Pank-, Gerichtr.-, und Reinickendorfer Strassen-Ecke
Parterre, I., II., III., IV. Etage
Einziges Abzahlungs-Geschäft, welches Mitglied des
Rabattsparvereins „NORDEN" ist.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Freitag, den 10. März 1911, abends ½9 Uhr, im „Rosenthaler Hof", Rosenthaler Str. 11/12:

Ordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht. 2. Jahresbericht. 3. Wahl der Bevollmächtigten und der Kontrollkommission. 4. Wahl der Agitationskommission. 5. Oertliche Verbandsangelegenheiten. 187/3

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist pünktliches und zahlreiches Erscheinen Pflicht. Die Ortsverwaltung.

Zentral-Krankenkasse „Grundstein z. Einigkeit"

Zahlstelle Lichtenberg.

Freitag, den 10. März cr., abends 8 Uhr:

Außerordentl. Mitgliederversammlung

im Lokal von Pickenhagen, Scharnweberstr. 60.

Tages-Ordnung:
1. Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung. 2. Verwaltungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Das Erscheinen jedes Mitgliedes ist unbedingt notwendig!
149/4 Die örtliche Verwaltung.

Schnupfer! achtet auf die gesetzlich gesch. Marke, um Goldfarb echt zu erhalten

Gesundheitstabak J. Goldfarb. Preuss. Stargard.
D.R.W.Z. 10652.

Health snuff tobacco.
Tabac à priser de santé.
Tobaka do zażywania dla zdrowia.
Tabacco da naso alla salute.

Möbel liefert auf bequeme **Teilzahlung** bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Warnung!

Trotz wiederholten Hinweises sind in letzter Zeit Nachahmungen meines Kapitän-Kautabaks in Umlauf.

Der **Kapitän-Kautabak** ist nur echt mit Zetteleinlage und Etikette mit der Aufschrift:

Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak
(ges. geschützt 75 658).

Meine werte Kundschaft bitte ich, Kapitän-Kautabak ohne obige Bezeichnungen als unecht zurückzuweisen und mir Fälle von Nachahmungen mitzuteilen, damit ich dagegen einschreiten kann.

Karl Röcker, Tabakfabrik, Berlin O. 27,
Grüner Weg 112. (VII. 3861.)

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Möbel

kaufen Sie am billigsten direkt in der Fabrik! Stallschreiberstraße 57 (Moritzplatz). Verkauf im Fabrikgebäude

R. Harnack
Tischlermeister.
Zahlungserleichterungen.

Beginne wieder mit dem Verkauf meiner Land-, Obstbaum- u. Hochwald-
Parzellen
direkt am Bahnhof
Nassenheide.
Obgleich schon Hunderte verkauft sind, verkaufe dennoch nach wie vor die Parzelle 4656*
von 300 M. an.
Treffpunkt täglich zu den Zügen ab Stettiner Bahnhof 10.45 und 12.40, im Nassenheider Bahnhofs-Restaurant von Fischer.
Fahrzeit nur drei Viertel Stunde.
Besitzer Wolff,
Herzberg i. d. Mark.

Steppdecken Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S., Oranienstr. 158

Steppdecken in voller Bettgröße
Simillseide | in den Farben | 5,25 bis 21,00
Wollatlas | bord., blau, oliv | 6,75 bis 27,00
Daunendecken 25,00 bis 125,00
Schlafdecken 3,50 bis 48,00

Inventur-Extraliste
enorm billiger Sonderangebote
gratis und franko.

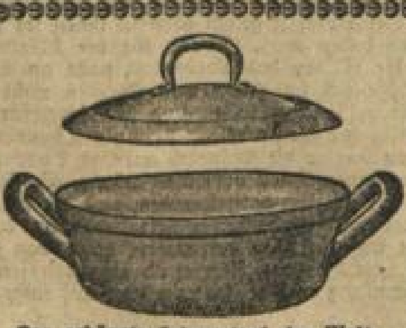
Stoffe
Fabrik-Reste u. Coupons sind eingetroff. Neuheiten f. Anzüge, Ulster Mtr. 3, 4,50 M.
Tuchlager Koch & Seeland, G. m. b. H.
Gertraudtenstr. 20-21 vis-a-vis der Petrikirche.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen"

Berlin C. A. Habnisch, Augustst. 50, Eingang Joachimstraße.
W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
O. R. Hackelbusch, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Koppenstraße 83. R. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 120.
NO. L. Zucht, Immanuelkirchstr. 12. J. Kreul, Barnimstr. 42.
N. W. Baumann, Bernauer Str. 9. F. Trapp, Stettiner Str. 10. Karl Mars, Lychener Str. 123. Karl Weihe, Nazarethkirchstr. 49. H. Vogel, Lortzingstr. 37. A. Tietz, Invalidenstr. 124. L. Dechand, Rudeplatzstr. 24.
NW. Karl Ruders, Salzwedelerstr. 8. Weckert, Gotzkowskystr. 29.
SW. H. Werner, Gneisenaustr. 72. Dachu, Hagelberger Str. 27.
S. St. Fritz, Prinzenstr. 81. F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15. B. Horich, Engelufer 16.
Adlershof. Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9.
Baumschulenweg. H. Hornig, Marienthalerstr. 13, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Räuschstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Sesenheimer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Bahnhofstr. 6, III.
Johannisthal. Pielicke, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Karlshorst. Richard Küter, Rödelstr. 9, II.
Köpenick. Emil Wißler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg. Otto Zeisel, Kronprinzenstr. 4, I.
Nieder-Schöneweide. Max Priebke, Britzer Str. 14 II.
Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide. Bader, Wilhelminenhofstr. 17.
Rixdorf. M. Heturich, Neckarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 60. C. Rohr, Siegfriedstr. 28/29.
Rummelsburg. A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Schöneberg. Wilhelm Bäumler, Martin-Luther-Str. 51 im Laden.
Spandau. Köppen, Jagowstr. 9.
Steglitz. H. Bernice, Schloßstr. 119.
Tempelhof. Albert Thiel, Berliner Str. 41/42.
Treptow. Robert Gramenz, Kiefholzstr. 412, Laden.
Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. Schillert, König-Chaussee 39a.
Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmsaue 26, Hof parterre.
Pankow. Otto Nitzmann, Mühlenstr. 39.
Reinickendorf. P. Gurich, Kamelstr. 12.

Möbel-Angebot.

Solides Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 16, Postamt 103.
Kein Abzahlungsgeschäft. 5495*



Der schönste Schmortopf der Welt.

Wir suchen tüchtige Hausfrauen

welche unsere **Vulcanus-Kochgeschirre** verwenden. Ein Versuch, und Sie empfehlen solche selbst weiter. Ferner empfehlen wir unsere großen Spezialitäten: **Rein-Aluminium-Kochgeschirre, Unzerbrechliche Waschgeschirre, Waschmaschinen etc.**

Sämtliche Maschinen und Geräte für die Küche. Neuheiten: Kochring für Gaskocher, zum schnellen Kochen, ca. 40—50 % Gas und Zeit sparend. Ablaufgestell mit Küchenplatte, das Zerbrechen von Glas und Porzellan verhindernd.

— Gegen Vorzeigung des Inserats 5 % Rabatt. —

H. Kraemer & Cie., Berlin C., Molkenmarkt 5, Spezialhaus für Haus- u. Küchengeräte-Einrichtungen.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, den 9. März.
Anfang 7½ Uhr.
Königl. Opernhaus. Sinfoniekonzert.
Mittags 12 Uhr: Sinfoniematinee.
Königl. Schauspielhaus. Geschlossen.
Neues königl. Opern-Theater. Geschlossen.
Deutsches. Minna von Barnhelm.
Anfang 8 Uhr.
Kammerspiele. Lanzelot.
Lessing. Die Ratten.
Neues Schauspielhaus. Das kleine Schokoladenmädchen.
Komische Oper. Der Troubadour.
Kleines. Der Leibgardist.
Neues Operetten. Die schöne Risette.
Berliner. Bummelstudenten.
Westen. Die lustigen Nibelungen.
Neues. Mein erlauchter Ahnherr.
Trianon. Hippolytes Abenteuer.
Residenz. Pariser Menu.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Ein idealer Gatte.
Schiller Charlottenburg. Maria und Magdalena.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. 2 × 2 = 5.
Volksoper. Die Dollarprinzessin. (Anfang 8½ Uhr.)
Lustspielhaus. Meyers.
Luisen. Ums goldene Kalb.
Modernes. Der Feldherrnhügel. (Anfang 8¼ Uhr.)
Nachm. 3 Uhr: Der ideale Gatte.
Rose. Robert und Bertram.
Herrnfeld. Eine verlorene Nacht. Er, Sie und Er.
Folies Caprice. Der Feldwebelhügel. (Anfang 8¼ Uhr.)
Metropol. Hurra — Wir leben noch!
Kasino. Julie Wippchen.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Voigt. Geschlossen.
Noack. Das Mädel ohne Geld. Anfang 8¼ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Walhalla. Bravo! Dacapo! (Anfang 8½ Uhr.)
Intimes. Das Mädchen aus Paris. (Anfang 8½ Uhr.)
Wedding. Lichtspiele.
Kaiser-Panorama. Besuch von Heidelberg und Neckartal. Wanderung im Steirischen Salzkammergut.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Im Firnenglanz des Ober-Engadin.
Hörsaal abends 8 Uhr: Professor Dr. F. Ratzgen: Kalium und Natrium.
Sternwarte, Invalidenstr. 57—62.

Lessing-Theater.
8 Uhr: **Die Ratten.**
Freitag 8 Uhr: **Einsame Menschen.**
Sonnabend 8 Uhr: **Anatol.**

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Bummelstudenten.
Morgen: **Bummelstudenten.**

Neues Theater.
Täglich:
Mein erlauchter Ahnherr.
Anfang 8 Uhr.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustigen Nibelungen.
Sonnt. 3½ U.: **Die geschiedene Frau.**

Modernes Theater
(früher Hebbeltheater).
Abends 8¼ Uhr:
Der Feldherrnhügel.

Berliner Volksoper
Belle-Alliancestraße 7/8. — ½9 Uhr:
Die Dollarprinzessin.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Meyers.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Pariser Menu.
Drei Gänge von Georges Feydeau und Weber-Kbric.
1. Gang: „52 Meter über Paris", 1 Akt von Weber-Kbric.
2. Gang: „Eine Nachtsitzung", 1 Akt von Georges Feydeau.
3. Gang: „Nach dem Mäuschenball", 1 Akt von Georges Feydeau.
Morgen und folgende Tage: **Pariser Menu.**

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Donnerstag, den 9. März, 8 Uhr:
2 × 2 = 5.
Freitag: 2 × 2 = 5.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm Tell. Abends 8 Uhr: Holzunft.

Metropol-Theater.
Hurra! Wir leben noch!
Große Ausstattungsrevue in 7 Bildern v. J. Freund. Musik v. B. Hollaender. In Szene gesetzt von Dir. R. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Im Firnenglanz des Ober-Engadin.
Hörsaal 8 Uhr:
Prof. Dr. F. Ratzgen: **Kalium und Natrium.**

Kaiser-Panorama.
Besuch von Heidelberg und Neckartal. Letzte Woche. Steirisches Salzkammergut.
Eine Reise 20 Pf., Kinder 10 Pf.
Abonnements 1 M., Tauf. Abonnent.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Ums goldene Kalb.
Volksstück in 3 Akten von Schade.
Freitag: Aus erster Ehe.
Sonnabend 4 Uhr gr. Kindervorst.: Rübezahl. 8 Uhr: Aus erster Ehe.
Sonntag 3 Uhr: Dorf und Stadt. 8 Uhr: Aus erster Ehe.
Montag: Der jüngste Leutnant.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Bei aufgehobenem Abonnem.
Einmalige Aufführung:
Robert u. Bertram.
Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Räder.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Freitag u. folgende Tage: Liselotte.
Sonnabend nachm.: Die 7 Raben.
Sonntag nachm.: Lorbeerbaum und Bettelstab.

Apollo Theater
Das neue Kolossal-Programm!
10 Weltstadt-Attraktionen.
Abends 9½ Uhr:
Berlins Sensation!
Alwin Neuß.
Tony Tetzlaff
in **Beregis: — Hüte Dich!**
Sensationsdrama in 1 Akt.

Wintergarten
Neues Programm!
Olga Desmond
Robert Steidl
und eine Auslese
hervorragender Kunstkräfte!
Rauchen gestattet.

Herrnfeld Theater
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr.
Zwei Schlager:
Eine verlorene Nacht.
Er, Sie und Er
mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Hedi Herdina.
Loi-Hoi-Tschen
Chinesentruppe
und das große neue März-Programm.
14 Varieté-Neuheiten.

Passage-Panoptikum.
Die zusammengewachsenen
Schwestern Blazek
und ihr Kind!
Zwei Mütter — ein Kind!
Lebend zu sehen!
Täglich von 11-1 u. von 3-10 Uhr.
Ohne Extra-Entree!
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 9. März 1911:
Sudermann-Abend!
Johannisfeuer.
Schauspiel in 4 Aufz. v. Sudermann.
Passepartouts haben keine Gültigkeit.
Kassenöffn. 7 Uhr. Anf. 8¼ Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Ein idealer Gatte.**
Schauspiel in 4 Akten n. Oskar Wilde. Ende 10½ Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr: **Ein idealer Gatte.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Der Bund der Jugend.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Maria und Magdalena.**
Schauspiel in 4 Akten v. Paul Lindau. Ende 10½ Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr: **Wallensteins Tod.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Die Fee Caprice.**

TYPOGRAPHIA
Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer
Gegr. 1849 Chormeister Alexander Wendum M.d.A.S.

Dienstag, 21. März 1911, im großen Saale der „Neuen Welt", Hasenheide

KONZERT

Elisabeth Ohlhoff, Sopran,
Lebrecht Goedecke, Kontrabaß,
Franz Veit, Violine.

Eintrittskarten a **40** Pfennig sind zu haben in den Zigarrengeschäften von **Horsch,** Engelufer 15; **Voigt,** Charitéstr. 3; **G. Schulz,** Kottbuser Tor; **E. Schulz,** Mittenwalderstr. 2; **K. Bielefeld,** Graefestr. 35; **Böttger,** Skalitzer Str. 107 und Zossener Str. 30; **M. Kämmerer,** Elisabethufer 37; **Anna Köhler,** Urbanstr. 134; **Kolbin,** Bülowstr. 56; **H. Köppe,** Tilsiter Str. 45; **G. Kuhring,** Jahnstr. 1; **Parske,** Büschingstr. 2; **A. Ronsky,** Choriner Str. 28; **W. Seidel,** Bergmannstr. 59; **Göltert,** Yorkstr. 40; **P. Opitz,** Rixdorf, Pflügerstr. 74; **A. Rietdorf,** Pannierstr. 40; **A. Abraham,** Donaustr. 25; **K. Schönebeck,** Schöneberg, Brunhildstr. 7. 60/8

Anfang 8 Uhr **Kassenöffnung 7 Uhr**
Eintritt 50 Pf., Kinder 20 Pf.
Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt.

„CLOU"
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstr. 82 .·. Zimmerstr. 90-91
Eintritt 50 Pf.
Gastspiel
Meister Joh. Strauß
aus Wien
mit seiner vollständigen Kapelle
spielt u. a. die preisgekrönten Walzer des Preisausschreibens der „Woche". — Anfang 8 Uhr.
Morgen, Freitag: **Gastspiel Joh. Strauß.**

Excelsior-Lichtspielhaus
Rixdorf, Bergstr. 151/152 (Passage Richardstraße)
Vom 4.—10. März einschließlich:
Die Jugendsünde und das vorzügliche Programm dieser Woche:
Surfing, der Nationalsport der Hawaianer. **Philemon und Baucis.** Farbenkinemathegraphie. **Moritz als Bauernfänger** (humorist.) usw.
Anfang: Wochentags 6 Uhr abends.

Neue Welt
Arnold Scholz — Hasenheide 108—114
Heute, Donnerstag, den 9. März 1911:
Letzter
Sensations-Prämiierungs-Abend
Prämiiert wird der
eleganteste Hosenrock.
3 bare Geldpreise **a 50 Mark**
und **10 Trostpreise.**
Anfang 7 Uhr. 5 Kapellen. Entree 30 Pf.

Folies Caprice.
Täglich 8¼ Uhr:
Die abgetretene Frau.
Neuer bunter Teil.
Feldwebelhügel.

LICHTSPIELE.
MOZART-SAAL.
Nollendorf-Platz.
Beginn 6 Uhr.

Karl Haverland-Theater.
Anfang prädz. 7½, U. Kommandantenstraße 77/79.
Dir. Martinus-Burleske.
Heute Die Ballettschule
sowie die neuen Spezialitäten.

Burgtheater-
Festsäle und Kinematograph
vorm. Groterjan. Inhab.: Rud. Merz, Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9353
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte. Anf. 7 U., Sonnt. 4 U. Vorzugskarten, nur wochent. gültig. **25** Pf. auf allen Plätzen. Stets wechs. Programm.

Freie Volksbühne
Neues Schauspielhaus
Monna Vanna.
Iphigenie.
Agnes Bernauer.

Thalia-Theater
Operette
Die schöne Helena.
Moral.

Residenz-Theater
Die 300 Tage.

Lessing-Theater
Extravorstellung
Vor Sonnenaufgang.

Hermfeld-Theater
An d. Reiches Pforten.

240/11 **Der Vorstand.** I. V.: G. Winkler.

Brauerei Friedrichshain
Größter Konzertsaal Berlins.
Am Königstor Donnerstag, 9. März 1911: **Intern. Musiker-Wettstreit**
4 Kapellen, 100 Musiker. — Konkurrierende Kapellen:
Berlin: Tonkünstler-Orchester, Dir. Fritz Marschall.
Wien: Oesterr. Radetzky-Kapelle in Uniform, Dir. W. Vinc. Leeb.
München: Oberl.-Ksp. in Nationaltr., Dir. Scherch Ehrengruber.
Schottland: The Scotch Highlanders in Nationaltracht, Dir. Miß G. E. Hunt.
Anfang **8** Uhr. Entree **50** Pf.
Avis: Freitag, den 10. März 1911: Elitetag.
Prämiierung des kleidsamst. Damen-Hosenrocks.
3 Geldpreise. — Anfang **8** Uhr. Entree **30** Pf.

Zirkus A. Schumann.
Donnerstag, den 9. März 1911, abends 7½ Uhr:
Neu! Jonley Freres
bis jetzt unerreicht dastehender akrobatisch-equilibristischer Akt.
Original-Perezoff-Truppe.
„Ein Souper bei Maxim."
„Apachen zu Pferde",
ges. von Frl. **Dora Schumann** und Herrn **Karl Heß.**
Antonet & Grock
mit ihrem neuesten musikalisch. Mit.
Dir. **Alb. Schumann**
mit seinen neuesten Kreationen, sowie d. übrig. neuen Spezialitäten.
Der große Coup
9½ Uhr der 9½ Uhr
Schmuggler.

Zirkus Busch.
Donnerst., 9. März, abds. 7½ Uhr:
Extra-Gala-Vorstellung.
Herr **Ernst Schumann** m. seinen hervorragend. Freiheitsdress.
Frl. **Martha Mohnke,** Schulreiter.
Gastspiel d. Herrn Dir. **Pierre Althoff** und **Frau Direktor Adele Althoff** mit ihren berühmten Freiheitsdressuren.
3 Gebr. Fratellinis, urk. Clowns.
Die Fredianis, berühmte Reiterfamilie.
Um 9½ Uhr zum 78. Male:
„Armin."
Gr. Volks-Manege-Schaustück

Noacks Theater.
Direktion: Robert Gill.
Berlin N., Brunnenstraße 16.
Das Mädel ohne Geld.
Volksstück aus dem Berliner Leben.
Anfang 8½ Uhr. Entree 30 Pf. bis 1 M.
Vorzugskarten überall zu haben.
Morgen: **Almenrausch u. Edelweiß.**

Casino-Theater
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr
Nur noch bis 30. März:
Julie Wippchen.
Ab 31. März: **Zwei Wappen** von Blumenthal und Kadelburg.
Sonnt. 3½ Uhr: **Der Obergauner.**

Voigt-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 53.
Donnerstag, den 9. März 1911:
Gastsp. in Trapps Festsälen, Tegel.
Der Walzerkönig.
Volksstück mit Gesang in 4 Akten von M. Mannstädt. Musik v. G. Steffens.
Kassenöffnung 7, Anfang 8½ Uhr.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72.
Gänzlich neues Programm.
Elsa Lüschen, Soubrette. **Ernst Kleinert,** Humorist. **Claire u. Marika Budzinska. Alfonso Agaglio. Gebr. Brunner,** Sport-Akrobaten.
Franz Sobanski.
Am Meer. Lebensbild von Oskar Held.

Theater Sanssouci
Lichtspiele
Eröffnung
Anfang März
Kottbuserdamm 6
Hochbahn, Kottbuser Tor.
Fassungsraum **1500** Personen.

Walhalla-Theater.
(Rosenth. Tor.) Weinbergsw. 20
Allabendlich 8½ Uhr:
Bravo! Da Capo!
Eine Allerwelts-Revue.
Sonntagnachm. 3½ Uhr:
Unsere Don Juans.
Kleine Preise.

Theater a Wedding
Neuer Spielplan.
Nachmittags von 5—8 Uhr wird **jedem Besucher** eine Probetasse Blockers Kakao **gratis** verabreicht.

Bosporus am Moritzplatz
Das neue März-Programm.
U. a.:
Hermann Freys neueste Schlager:
„Die Parade der Zinnsoldaten."
Anfang 6 Uhr.
Kassenöffnung 4 Uhr.
Von 11—2 Uhr:
TANZ.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Hippolyte's Abenteuer.

Berliner Ulk-Trio
Rixdorf-Berlin, Lahnstr. 74, I. l.
Zur gefl. Beachtung!
Alle Zuschr. nur an obige Adr. erbet.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
Kuhlickes Varieté-Theater.
Burleske von Wenzel.
Anfang wochentags **8** Uhr Sonntags **7** Uhr.

Mila-Säle
Schönhauser Allee 130, Milastr. 3.
Jeden Donnerstag und Sonntag:
Gr. Kavalier-Ball.
Großes Orchester.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.
Donnerstags haben Vorzugskarten Gültigkeit.
Carl Elsner.

Sport-Palast
Potsdamer Straße 72.
Eintritt 1 Mark. Reserv. Plätze 2 Mark. Größter Eispalast der Welt. **An Wochentagen** von 1-4 Uhr Eintritt **50 Pf.**
Feerie „Eisfest an der Newa".
Unter Mitwirkung von ca. 200 Eislaufkünstlern und zwei Künstlerkapellen. Außergewöhnliche luxuriöse Ausstattung und unerreichbare Lichteffekte. Bengalische Beleuchtung der Vorstellung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Eigene Fabrikation im Hause!

Möbelfabrik

Julius Apelt, Tischler-Meister

6. Adalbertstraße No. 6 Hochbahnhof Kottbuser Tor

Komplette Wohnungs-Einrichtungen

Moderne Musterzimmer :: von den einfachsten :: bis zu den elegantesten stehen zur Ansicht

zu soliden Preisen in meinen großen Fabrik- und Verkaufsräumen. — Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche (Farbenfehler) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhoff, Nur Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Gegründet 1874. Vorwärtsleser 10 Prozent. Sonntags geöffnet.

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Gardinenhaus. Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 2491R*

Die Grundbegriffe der Wirtschaftslehre. Eine populäre Einführung von Julian Borchardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Federbetten. Stand 11,00, große 16,00, neue Aussteuerbetten. Aussteuerwäsche, Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, große Auswahl, spottbillig. Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 2200R*

Vorwärtsleser erhalten jetzt Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen.

Teppiche, vorjährige Muster, für halben Wert.

Gardinen, Restbestände, bis drei Fenster, statt 5 — 3, statt 8 — 5, statt 12 — 8.

Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz; Rosenthalerstraße 54. 2204R*

Bilder kaufen Sie direkt Fabrik bei Bogdan, Weinmeisterstraße 2. *

Kredithaus Moabit, Turmstraße 55. Ecke Waldstraße, erhalten Sie Möbel und Waren jeder Art auf Teilzahlung, unter denkbar günstigen Zahlungsbedingungen. Spezialität: Herren- und Damenbekleidung. Gratis erhält jeder Herr beim Kauf eines Anzuges oder Paletots einen Hut, Stock oder Schirm; jede Dame Handtasche oder Gürtel. Beim Kauf größerer Wohnungseinrichtung Teppich oder Regulator. 2299R

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Bücher des deutschen Hauses. Eine Sammlung guter Erzählungen, Geschichten, Novellen usw. Gut ausgestattet, zirka 300 Seiten umfassend, zum Teil illustriert und gebunden. 90 Pfennige pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Staunendbillige Jackettanzüge. Gebrockanzüge. Herrenpaletots. Herrenhosen. Extrabilliger Bettenverkauf. Wäscheverkauf. Teppichverkauf. Gardinenverkauf. Steppdecken. Plüschtischdecken. Riesenauswahl Schmucksachen. Taschenuhren. Wanduhren. Vorteilhafte Einkaufsquelle. Pfandleihhaus Hermannplatz. Auch Sonntags geöffnet. †20*

Kanarienroller, 4,00 an, Zuchtweibchen. Weinmeisterstraße 4, Seitenflügel. 35/10

Seifenhähne und Weibchen verkauft Prinzessinnenstraße 12, III links.

Milchgeschäftseinrichtungen! Milchverkaufsgefäße, Milchkannen, Milchmaße, Milchsiebe, Buttermaschinen, Eisschränke, billigst. Spezialfabrik Jordan, Michaelkirchstraße 21. 2119R*

Teppiche. Die Restbestände einer Teppichfabrik kommen zum schleunigen Verkauf. Preise bedeutend herabgesetzt. Plüschteppiche, ganz schwere Qualität: Stubengröße, früher 18,50 jetzt 12,00; Wohnzimmergröße, früher 32,75 jetzt 24,50; Salongröße, früher 43,50 jetzt 35,00. Teppichhaus Georg Lange, Chausseestraße 73/74. *

Portieren, Plüsch und Filz, Restbestände 1—4 Fenster bedeutend unter Preis.

Erbstüll-Stores, ein großer Posten mit Volant, volle Breite und Länge 4,75.

Steppdecken, eigene Anfertigung richtige Größe, 3,75, 4,50, 5,50, 7,50, Teppichhaus Georg Lange, Chausseestraße 73/74. 2208R*

Drehrollen. Milchwirtschaftsartikel, Wiegeschalen, Krigar u. Jhssen, Batzmannstraße 22. 2222R*

Radfahrerkarten. Wir empfehlen den Freunden des Radsports: Mittelbachs Karte für Rad- und Motorfahrer von Berlin und weiterer Umgebung, auf Leinen gezogen Preis 1,80 M. (zusammenlegbar). — Karte für Rad- und Motorfahrer von Brandenburg, auf Leinen gezogen und zusammenlegbar 2,60 M. Expedition des „Vorwärts", Lindenstraße 69, Laden. *

Littauers Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte spottbillig! Skalitzerstraße 99, Warschauerstraße 67. *

Plüschportieren. Spottbilliger Inventur-Verkauf! Hochelegante Fenstergarnitur 6,35, 7,50, Gloriatuch. Fenstergarnitur 3,50. Reichbestickte Erbstüllstores 3,35. Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbusertor.) 2086R

Billige Hosenwoche. Hochelegante Herrenhosen aus feinsten Maßstoffen 7—15 Mark, Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288R*

Teppiche. Vorwärtsleser erhalten jetzt 20 Prozent. Große Partien Teppiche mit kleinen Webefehlern, zirka 200 × 300 11,75, 250/350 16,50, 300/400 20,00. Portieren, Gardinen, Tischdecken, Sofadecken, Läuferstoffe spottbillig. Teppichhaus L. Lefèvre, nur Potsdamerstraße 106 B. (Kein Laden.) Hausnummer beachten. *

Schönhauser Allee 114 (Ringbahnhof). Pfandleihhaus. Großberlins vorteilhafteste Einkaufsquelle. Spottbilligster Bettenverkauf. Zur Einsegnung: Größtes Goldwarenlager. Taschenuhren. Zum Umzug: Gardinenlager. Portierenverkauf. Steppdeckenlager. Plüschtischdecken. Freischwinger. Prachtteppiche. Aussteuerwäsche. Elegante Frühjahrsulster. Jackettanzüge. Alles zu Spottpreisen. Fahrvergütung. 2250R*

Moritzplatz 58a im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavalieren getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damenjackets (auch in Plüsch), Kostümen, Kleidern, früher bis 100 Mark, jetzt 10 bis 20 Mark (hochelegant). Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Aussteuerwäsche, Betten, enorm billig, Moritzplatz 58a. 2223R*

Reichgestickte Portieren, Filztuch 3,85, Plüsch 6,35, ganze Dekoration. Inventur-Räumungspreis. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.

Teppichhaus Lefèvre. Oranienstraße 158, jetzt Inventur-Räumungspreise. Extraliste gratis. 1996R*

In Freien Stunden. Wochenschrift für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnements wöchentlich 10 Pf. nehmen alle Ausgabestellen des „Vorwärts" entgegen. Probehefte gratis.

Inventurausverkauf zu Spottpreisen.

Teppiche. Farbenfehler, jetzt fabelhaft billig. Riesen-Fabriklager, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik; billiger wie überall. Vorwärtslesern noch extra 10 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.

Gardinen, Fabrikreste, Fenster 1.65, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 6.75 usw.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Bettdecken staunend billig. Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschportieren, Garnitur 3.85, 4.50, 5.25, 6.50, 8.25, 10.50. Fabriklager Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigst, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschdecken mit kleinen Fehlern zu Spottpreisen. Große Frankfurterstraße 125. Nur im Hause der Möbelfabrik. 2125R*

Daunenbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig, 15,00, große Laken 90 Pfennig, Damastbezüge 3,80 Steppdecken, Portieren, Teppiche. Prinzenstraße 34.

4.25 prachtvolles Bett, 10,00, ganzer Stand, rotrosa getreift. Prinzen-Pfandleihe, Prinzenstraße 34.

Brautbetten, ganzer Stand 27,00, nur in der billigen Pfandleihe, Prinzenstraße 34. Annoncenvorzeigern vergütet Fahrgeld! 2281R*

Gardinenhaus: Wallstraße 13 Gardinenhaus Bernhard Schwarz.

Rockanzug, schwarze Mittelfigur, gute Konzertzither und ein im Bau befindliches eisernes Segelboot verkauft Schulze, Rixdorf, Bergstraße 22, vorn IV. †22

Schuhwaren spottbillig Oranienstraße 66, Hof parterre. 35/18*

Kinderwagenhaus, Kinderbetten, Metallbetten spottbillig. Teilzahlung. Weißenburgerstraße 3, Kottbuserdamm 90. 206/13*

Kinderwagen. Klappsportwagen, herrschaftlich, nagelneu, spottbillig. Exerzierstraße 19 A, Vorderhaus II, Ingenieur. †95

Zinkwaschfässer, Zober, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Leisern 5 Proz.

Geschäftsverkäufe.

Grünkramladen, sechsjährig, Wühlischstraße 36, Hauseigentümer. K

Tischlerei, Kundenwerkstatt, sechs Bänke, Nähe Moritzplatz, verkauft Domke, Fürbringerstraße 20, Seitenflügel III. †100

Zigarrengeschäft verkauft sofort Caprivistraße 18. †4

Zigarrengeschäft, rentabel, Bernauerstraße 43. †76

Milchgeschäft, gutgehend, große Wohnung, billige Miete, umständehalber sofort zu verkaufen. Lichtenberg, Finowstraße 34. †106

Stellmacherei mit elektrischem Betrieb und sicherer Kundschaft zu verkaufen Waldenserstraße 15. †139

Seifengeschäft, große Wohnung, wegen Verwaltungsübernahme unterm Preis verkäuflich. Krüger, Rixdorf, Friedelstraße 14, I. †22

Obst- und Südfruchthandlung, seltene Gelegenheit, preiswert. Offerte unter M. G. 13 Postamt 42. 564b

Restaurant, gutgehend, zu verkaufen. Offerten NO. 883 Rudolf Mosse, Prenzlauer Allee 54. 35/15

Möbel.

Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7, am Rosenthaler Tor, Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Riesen-Auswahl. Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Küchen. Wochen-, Monats- oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Liefere auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. *

Möbelangebot! Sofas, Garnituren, Kleiderspinde, Vertikos, Büfetts, Schreibtische, Spiegel, Bettstellen, Küchenmöbel, Pianinos, ganze Einrichtungen spottbillig, große Gelegenheit, Riesenauswahl, 5 Etagen. Möbelspeicherei Neue Königstr. 5/6, Fabrikgebäude. Sonntags geöffnet. Teilzahlung gestattet. 240/19*

Möbel ohne Geld bei ganz kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung; auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4, Schlesischer Bahnhof. 1951R

Gebrauchte und neue Möbel am billigsten bei Rehfeld, Buttmannstraße 20 (Gesundbrunnen). 2244R*

Bettstellen mit Matratze 12,00, 15,00, 18,00, 21,00. — Englische, nagelneu 25,00. Rehfeld, Buttmannstraße 20.

Kleiderschränke, Muschelaufsatz, nußbaumartig 27,00, 12,00, 15,00, Rehfeld, Buttmannstraße 20.

Einrichtung, vollständige, für Stube, nagelneu 120,00. Rehfeld, Buttmannstraße 20.

Kücheneinrichtung komplett 45,00. Rehfeld, Buttmannstraße 20.

Plüschsofas, nagelneu, modern 39,00. Rehfeld, Buttmannstraße 20.

Teilzahlung, Möbeleinrichtung, Stube und Küche 15 Mark. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. Gebrauchte Möbel nehmen in Zahlung. Berolina, Kastanienallee 49. 2151R*

Ottostraße 2, nahe der Turmstraße, im Laden, erhalten Sie solide gearbeitete Möbel jeder Art, wofür jede gewünschte Garantie übernehme, zu außergewöhnlich billigen Preisen. Soliden Leuten gewähre Teilzahlung mit nur geringem Aufschlag. Bei größerer Anzahlung auch ohne Aufschlag. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. J. Kirstein. *

Möbelausverkauf! Brautleute! Achtung! Ganze Wohnungseinrichtung von 200 Mark an. Einzelne Möbel billigst: Englische Bettstellen 35.—, Plüschsofas 42.—, Chaiselongue 22.—, bunte Küchen 50.—. Genossen 5 Prozent Rabatt. Höfer, Dresdenerstraße 124. 2278R*

Sofort verkäuflich: Elegantes Plüschsofa, Umbau, zwei englische Bettstellen, Ankleideschrank, Spiegelwaschtoilette, Kleiderspind, Vertiko, Ausziehtisch, Chaiselongue, Trumeau, Gaskrone. Königsbergerstraße 11, vorn I rechts, Fischer. (Händler verbeten!) 35/19

Hausverwalter verkauft umständehalber schleunigst Nußbaumwirtschaft, hochelegante Plüschgarnitur, Teppich, Krone, Küchenmöbel 250,—, nur Privatleute, Nußbaumbüfett, Umbausofa. Weinmeisterstraße 1b—2.

Säulentrumeau, Schreibsekretär, Vertiko, billig Naunynstraße 66, Quergebäude II, Bestian. 35/14

Auf Teilzahlung komplette Wohnungseinrichtungen in einfacher und besserer Ausführung sowie einzelner Möbelstücke in kolossaler Auswahl liefert bei billigen Preisen unter kulanten Bedingungen Tischlermeister Nolte, Zionskirchstraße 39. Kein Warenabzahlungsgeschäft. Ständiges Lager kurze Zeit verliehen gewesene Möbel. 538b*

Möbelangebot. Im Anhalter Bahn- und Möbelspeicher Möckernstraße 25, Anhalter Innenbahnhof, direkt Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen wieder verschiedene prachtvolle Zimmer- und ganze Wohnungs-Einrichtungen zum schleunigen Verkauf. Ganz besonders billig für Hotels, Pensionate, Brautleute passend sind Schlafzimmer 200,00, Speisezimmer, Herrenzimmer, Salons, schöne, 400,00, hübsche Küchen 50,00 an, einzelne Büfette, Bücherschränke, Kleiderschränke, Vertikos, Ankleideschränke mit Spiegel, Salongarnituren, Ruhebetten mit prächtiger Decke 22,50, Paneelsofas, Plüschsofas, Schreibtische schon 28,00, Bettstellen, Speisezimmertische, Salontische, Stühle, prächtige Säulentrumeaus 30,00, Lederstühle, Klubsessel 85,00, Flurgarderoben 17,50, hochelegante Salonteppiche mit kleinen, kaum sichtbaren Fehlern schon 30,00, Zimmerteppiche 8,00 an, reichgestickte Plüschportieren 7,50, Oelgemälde, Steppdecken, Erbstüllstores, Plüschtischdecken 5,00, Gaskronen, Salonbilder mit elegantem Rahmen, Tüllgardinen, Tüllbettdecken 2,00 an. Standuhren spottbillig. Verschiedene Gelegenheiten fehlerhafter, zurückgesetzter Möbelstücke, Teppiche, Freischwinger 12,00. Ganze Warenlager, Konkursmassen, Wirtschaften, Nachlässe übernehme zum schnellen Verkauf und Versteigerung. Otto Lidecke, Auktions- und Möbelspeicher, Möckernstraße 25. Kostenloser Transport. Lagerung. *

Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnungseinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Ergänzungsmöbel. Büfette, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trumeaus 37, Schränke, Vertikos 27, Kronen, Teppiche, Bilder, Küchenmöbel, Klubsessel, Ledersofas, Umbaue, Lederstühle usw. spottbillig. Lemerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55, Rosenthaler-Tor. Die Möbel sind in vier Etagen aufgestellt. 2201R*

Alle Vorwärtsleser bitte ich bei Bedarf in Möbeln und Polsterwaren um Besichtigung meiner Riesenläger in gediegenen Speise-, Herren-, Wohn- und Schlafzimmern, moderne Küchen, Salons, Sofas, Umbauten, Garnituren, Ledermöbel, Standuhren. Reellste Bedienung. Fabrikpreise! Möbelfabrik M. Hirschowitz, Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn.

Möbelspeicher Elsasserstraße 8 und Annenstraße 9, verkaufen jetzt vor dem Umzug zu staunend billigen Preisen Kleiderschränke, Vertiko, Sofas, Ruhebetten, Bettstellen, Waschtoilette, Schreibtische, streng reelle Bedienung. Besichtigung lohnend. Sonntags geöffnet. 531b

Gneisenaustr. 10, Ecke Nostizstr. S. Grau, bekannt als beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. *

Moebel-Boebel, Moritzplatz 58. In meinem seit 32 Jahren bestehenden Möbelkaufhause stehen in fünf Etagen komplette Wohnungseinrichtungen zu äußerst niedrigen Preisen zum Verkauf. Als Spezialität liefere: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. 1 Zimmer und Küche 194,—, 360,—, 422,—, modern 479,—, 2 Zimmer und Küche modern 501,—, 667,—, 721,—, Schlafzimmer, englisch 199,—, modern, echt Eiche, 347,—. Wohnzimmer, modern, 297,—, Speisezimmer 355,—, Herrenzimmer 200,—, englische Bettstelle mit Matratze 44,—, Kleiderspind 30,—, Trumeau, geschliffen 34,—, Schlafsofa 38,—, Plüschsofa 55,—, Umbau 60,—, Teppiche, Riesenlager. Besichtigung erbeten. Transport und Lagerung kostenfrei. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8, Sonntags 8—2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Musterbuch F. gratis und franko. 1905R*

Nußbaumwirtschaft, wie neu, mit Teppich, Betten, Küchengeschirr, Wandbilder, zusammen 200,—, Büfett. Alte Schönhauserstraße 19 I. 566b

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Zossenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. Kein Abzahlungsgeschäft! 2901R*

Möbeltischlerei. Harnack, Tischlermeister, gegründet 1901, Stallschreiberstraße 57 (Moritzplatz), liefert komplette Wohnungseinrichtungen zu niedrigsten Fabrikpreisen. Unübertroffene Leistungsfähigkeit. Enorme Auswahl. Zahlungserleichterung. Vorwärtsleser 3 Prozent. Kein Laden, Verkauf Fabrikgebäude.

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, einmal benutzt, 35,—, Holz, Blumenstraße 36b. 2108R*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00 an. Holz, Blumenstraße 36b. *

Fahrradvertrieb Groß-Berlin, 8 Verkaufsstellen: Neue Schönhauser Straße 9. Brunnen-Straße 145. Bad-Straße 9. Schönhauser Allee 146. Müller-Straße 13. Turm-Straße 25. Maaßen-Straße 20. Charlottenburg Spandauer Berg 29. Billigste, beste Bezugsquelle, neue Fahrräder 45,00, 48,00, 55,00, Laufdecken von 2,50 an, Laternen von 0,65 an. Ausführung sämtlicher Reparaturen in eigenen Werkstätten. 1534R*

Musik.

Pianinos, 80,00 an, Teilzahlung, mietsweise 6,00. Scherer, Chausseestraße 106. 2276R*

Pianinos, wenig gebraucht, billig abzugeben. Hofpianofabrik Mankhey, Potsdamerstraße 27b.

Pianino, hohes, kreuzsaitig, 115,— (Teilzahlung), Zander, Turmstraße 8.

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 1955R*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a.

Festdichtungen (auch vorrätig). Leyser, Große Frankfurterstraße 67.

Kunststopferei von Frau Kokosky Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Zahngebisse. Zahn bis 70 Pfennig, Brillanten, Goldsachen, höchstzahlend Kohn, Neue Königstraße 76. 206/7*

Technikum, Berlin, Neanderstraße 3 (Schinkel-Akademie), Inhaber Artur Werner, Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Ingenieurkurse, Technikerkurse, Werkmeister-, Monteurkurse, Innungsmeister-, Polierkurse, Architektur, Tageskurse, Abendkurse. *

„Friedrich-Wilhelm", Generalagentur-Zahlstelle O. 112, Mainzerstraße 24, Lebens-, Arbeiter-, Kinderversicherung. Auch Sonntags. *

Märzbleiche! Frau Rintisch, Köpenick, Grünauerstraße 39, wäscht Laken, Leibwäsche, 4 Handtücher, 4 Taschentücher 0,10. Abholung täglich.

Vermietungen.

Bäckerei mit Ladeneinrichtung Liebigstraße 15 zu vermieten. 550b*

Guter Geschäftskeller sofort zu vermieten Friedrichsfelderstraße 17.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Wo kann kräftiger Junge das Schlosserhandwerk erlernen? Gefällige Offerten Behnke, Schöneberg, Cheruskerstraße 4. †

Redakteur-Gesuch.

Für den **„Volksboten" in Zeitz,** der voraussichtlich vom 1. Juni ab in eigener Druckerei hergestellt wird, wird ein Redakteur gesucht, entweder für den politischen oder für den lokalen Teil. Bewerber müssen schon in gleicher Stellung gewesen sein und sollen Probearbeiten mit einsenden. Der Eintritt soll erfolgen zwischen dem 15. Mai und 1. Juni. Meldungen mit Gehaltsangabe erbeten bis zum 19. März spätestens an den Vorsitzenden der Preßkommission **Hermann Wolf,** Zeitz, Besestr. 7. 288/16*

Stellenangebote.

Konfirmanden, welche Lust haben, das Schlosser- und Schleiferhandwerk zu erlernen, werden gegen sofortige, hohe Vergütung eingestellt. Willi Baum, Herdfabrik, Berlin-Wilmersdorf, Babelsbergerstraße 40. 2271R*

Stukkateur-Lehrlinge stellt sofort ein Max Buch, Halensee, Güterbahnhof, Platz 69. 2273R*

Metallgießer-Lehrling verlangt Schwidlinsky u. Co., Prinzenstr. 95.

Metallgürtler-Lehrling verlangt Schwidlinsky u. Co., Prinzenstraße 95. 206/15

Metalldreher-Lehrlinge gegen steigende Vergütung verlangt Schwidlinsky u. Co., Prinzenstraße 95.

Grundierer verlangt Goldleistenfabrik Rixdorf, Pflügerstraße 18.

Schlosserlehrlinge stellen ein König, Kücken u. Co., Fabrik für Eisenkonstruktionen, Kolonienstr. 89/90.

Bauklempner, tüchtigen, Hohen-Schönhausen, Obersee-, Ecke Klarastraße. Melden daselbst beim Maurerpolier Aßmann. †143

Malerlehrling verlangt Fröhlich, Malermeister, Rügenerstraße 17.

Rockarbeiterin im Hause verlangt Wiesener, Skalitzerstraße 130 IV. †4

Tüchtige Barockvergolderinnen verlangen Neumann, Hennig u. Co., Zeughofstraße 21. †4

Viel Geld können Frauen und Mädchen verdienen. Fester Lohn. Täglich zu erfragen Novalisstraße 1, Hof parterre, geradezu links. 5698

Arbeiterinnen auf feine Kartonnagen sucht sofort Behncke, Müllerstraße 10. 553b*

Zeitungsfrauen sofort verlangt Friedenau, Rheinstraße 39. 34/14*

Zeitungsfrauen verlangt sofort Kronenstraße 2 I. 534b*

Zeitungsfrauen für Pankow verlangt Bornholmerstraße 1, Ecke Schönhauser Allee, Laden. 35/3*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Tüchtiger

Lokal- und Feuilleton-Redakteur,

welcher auch die politische Redaktion vertretungsweise übernehmen kann, für den Karlsruher **„Volksfreund"** auf 1. Juli d. J. gesucht.

Die Stelle ist neu zu besetzen, weil der bisherige Inhaber die redaktionelle Leitung des in Freiburg zu gründenden Parteiorgans übernimmt.

Offerten sind bis zum **20. März d. J.** unter Angabe der Gehaltsansprüche usw. zu richten an den **Verlag des „Volksfreund",** Luisenstr. 24 in **Karlsruhe.** 288/18

Geschäftsführer

für den

Kreiswahlverein Weimar III

(Jena-Neustadt) zur Leitung des Wahlkampfes für die Zeit vom 1. April 1911 bis 31. März 1912 gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen und der Aufschrift:

„Bewerbung"

sind bis zum 20. d. M. an **Ernst Otto** in **Jena, Schloßgasse 19,** einzureichen. 288/17

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik und Lohndifferenzen sind gesperrt:
Tischlerei Dähne, Steglitz, Birkbuschstr. 11.
Kistenfabrik Einsporn, Mühlenstraße 73 u. Schlesischestr. 31.
Bautischlerei Konrad, in Hennigsdorf.
Knopffabrik Kaal & Thiemann, Rixdorf, Pflügerstr.
Pianofabrik F. Soph u. Sohn in Schmöln.
für Maschinenarbeiter Breslau
Das Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. geben „Handwerkerschutzverbandes".
Die Ortsverwaltung Berlin des Deutsch. Holzarbeiterverbandes.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Der Kursus für die weiblichen Mitglieder findet heute, Donnerstagabend, wiederum im Gewerkschaftshause, Saal 3 statt, worauf wir die Hörerinnen besonders aufmerksam machen.
Das Verbandsbureau.

Wannsee. Sonnabend, den 11. März, abends 8 Uhr, im „Fürstenhof": Wahlvereinsversammlung. Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen. Heute Donnerstag, den 9. März, von 7 Uhr abends ab, von den bekannten Stellen aus: Handzettelverbreitung. Die Bezirksleitung.

Bernau. Heute Donnerstag: Kombinierter Zahlabend im Lokale des Genossen Salzmann, Basdorfer Strahe. Tagesordnung: Kreisbericht, Bericht von Groß-Berlin, Diskussion über Montagsausgabe des „Vorwärts" usw., Vereinsangelegenheiten. Die Bezirksleitung.

Falkenhagen-Seegefeld. Sonntag, den 12. März, nachmittags 5 Uhr: Familienabend im Lokal Nicolai. Vortrag des Herrn Dr. Schütte über „Schiller als deutscher Dichter". Kostenlose Eintrittskarten bei den Mitgliedern. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Frühlingssonne.

Die Dampfpfeife gellt einen langgezogenen, schrillen Pfiff. Es ist Mittagspause. Das Rattern der Maschinen verstummt. Und bald klappern eilige Füße in Holzpantoffeln, hallen hastige Schritte über den Hof. Dann Stille, die fast sonntäglich wirkt. Es ist auch ein Sonnentag, einer von denen, wo die Sehnsucht hinausflüchtet in die neuerstehende Lenzeswelt, wo die eng zusammengedrängten Mauern der Stadt erdrücken wie Kerkerwände. Auch in den dunklen Hof, den auf auf allen Seiten die rotziegeligen Fabrikgebäude umfassen, verirrt sich der lebenlockende Sonnenschein. Er zittert in den kleinen Rinnsalen, die in den tiefen Löchern des Asphalts vom letzten Guß zurückgeblieben sind, er huscht über die Köpfe der Arbeiter, die vorübereilen, er durchleuchtet die durchsichtig klare Frühlingsluft wie eine goldene Welle, und tänzelt hinauf zu den staubigen Fabrikfenstern, die noch nicht von der großen Frühlingswäsche geklärt sind.

An einer der viereckigen kleinen Scheiben verschmilzt sein glitzerndes Gold mit dem goldfunkelnden Blond eines jungen Frauenkopfes, aus dem blaue Augen sinnend hinabschauen in den staubigen und doch frühlingsatmenden Hof. Ein hochaufgestapelter Stoß gefalzter Albumkartons liegt neben der Frau auf der Tischplatte, ihre gewöhnlich so flinken, regsamen Finger ruhen lässig im Schoß und umspannen eine Brotschnitte, die ihren ganzen Mittagsimbiß bildet. Unter der weiten Reformschürze verrät die schwellende Rundung ihres Leibes eine Hoffnung, die sie mit viel neuer Sorge erfüllt.

Sie sinnt hinaus in die Lenzessonne. Wie schön es draußen ist! Wie lachend schön! Schwerer lastet an solchen Tagen die unerbittliche Notwendigkeit der immer gleichmäßigen Arbeit auf ihr, und sie sehnt den Sonntag herbei, in der Hoffnung auf eine Stunde der Muße, auf einen Spaziergang im Freien. . . .

Aber sie weiß, auch der Sonntag wird ihr diese Muße nicht bringen. Da muß die Stube gründlich gesäubert werden, muß sie flicken und stopfen, was sich die Woche über angesammelt hat, und dann Hemdchen und Windeln nähen für das Kleine, das in die Welt kommen wird, wenn der Frühling sich ganz durchgerungen hat, ganz Sieger geblieben ist über den Winter!

Mechanisch kaut sie an ihrem Brot und verfolgt die Stäubchen, die im Sonnenschein ihren flimmernden Atomentanz aufführen. Ach, das Kleine! Warum kann sie es nicht nur mit jauchzender Glückseligkeit erwarten, warum muß ihr die bittere Sorge auch diese Freude verdunkeln? Sicherlich wird sie nach der Entbindung lange Zeit nicht in der Fabrik arbeiten können, denn das Kind braucht Pflege, und dann heißt es, mit dem bescheidenen Lohn des Mannes allein auskommen! Von 24 Mark leben, Miete, Schulden bezahlen, die noch auf den Möbeln ruhen!

Sie streicht sich mit den schlanken Händen das blonde Haar aus der Stirn, als wollte sie die lastenden Gedanken wegwischen, und sieht hinab in den Hof. Aus dem Tor des Fabrikgebäudes tritt eben, am Arm eines Herrn im korrekten Straßenanzug, eine elegante junge Frau. Ihr weiter, überaus faltiger Seidenmantel kann nicht ganz die überquellenden Formen ihres Leibes verbergen, dessen Bürde sie mit müden, schleppenden Schritten trägt. Wie sie zu dem blasierten, gelangweilten Gesicht ihres Mannes aufschaut, leuchten ihre Augen in strahlender Daseinsfreude.

Die blonde Frau am Fabrikfenster sieht dem Paar mit einem herben Lächeln nach. Jene Frau dort kann ohne Nahrungssorgen ihrer Entbindung entgegensehen. Ihr Mann, der reiche Fabrikbesitzer, ist in der Lage, ihr jede menschenmögliche Erleichterung für die schwere Zeit zu verschaffen. Er hat Zeit genug, sie jetzt im Frühlingssonnenschein spazieren zu führen, weil regelmäßige Bewegung in frischer Luft für ihren Zustand notwendig ist.

„Wie gut auch mir das täte!" denkt die blonde Frau, und zum ersten Male steigt eine Bangigkeit in ihr auf vor dem Bevorstehenden. Wenn Karl doch hier wäre, er weiß ihr so gut Mut zuzusprechen!

Ihre Blicke schweifen zum Himmel, der in wundervollem Blau mit leichten, silbrigen Wölkchen über den schwarzen Fabrikschornsteinen zu sehen ist. Dies Stückchen Himmel, ob es nun so sonnendurchschimmert war, wie jetzt, oder grau verhangen, es hat sie immer getröstet bei der eintönigen Arbeit des Falzens. Wenn sie doch oben auf dem Dach sitzen und mehr sehen könnte von dieser klaren, durchsichtigen Frühlingsbläue! Alle Sorgen verblassen in solchem Schimmer!

Da schrillt in ihre Träumereien hinein die Dampfpfeife ihren langgezogenen Pfiff! Die Mittagspause ist zu Ende. Die Maschinen rattern wieder mit lautem Gestampf, die blonde Frau hat das Falzbein ergriffen und faltet mit flinken Händen die Albumblätter zu hohen Stößen. —

Und draußen glitzernde Frühlingssonne.

Die Stellenvermittler für Hauspersonal

sind seit dem Erlaß des neuen Gesetzes über die Stellenvermittelung eifrig bemüht, Mittel und Wege zu finden, um die Bestimmungen des Gesetzes zu umgehen. Von den „Reinigungsinstituten, die immer noch 50 und 75 Pf. pro Tag von den Wasch- und Scheuerfrauen für jede Vermittelung nehmen, ist im „Vorwärts" schon öfter die Rede gewesen. Das Gesetz erlaubt nur für jeden Vermittelungsfall, der sich auch über mehrere Tage erstrecken kann, die Erhebung einer Gebühr von 30 Pf., und diese Gebühr ist außerdem noch zu teilen zwischen der angestellten Frau und der Herrschaft, so daß die Frau nur 15 Pf. Gebühr für eine vermittelte Reinmachestelle zu zahlen brauchte. Die Vermittler, denen sich die Frauen trotzalledem zahlreich zur Verfügung stellen, haben nun den Ausweg gefunden, daß sie in ihren Reinigungsinstituten die Frauen scheinbar anstellen wie andere Arbeiter, zum Beispiel die Fensterputzer usw., und sie bei der Krankenkasse anmelden sowie gegen Unfall versichern. Diese Versicherungen müssen die Frauen aber bezahlen und Lohn erhalten sie nicht; sie sind also nicht angestellt und werden genau so vermittelt wie früher, müssen dieselbe Gebühr bezahlen und Kaution stellen (1,50—2 M.) wie früher. Das Gesetz, das die Ausbeutung durch Vermittler verhindern wollte, schützt diese Frauen nicht. Man könnte sich nun wundern, daß die Frauen sich auf die Bedingungen der Reinigungsinstitute einlassen, während ihnen der Zentralarbeitsnachweis in der Rückerstraße 9 kostenlos zur Verfügung steht. Das kommt daher, daß der Zentralarbeitsnachweis in den Kreisen der Hausfrauen nicht genügend bekannt ist und deshalb nicht so in Anspruch genommen wird. Außerdem müßten Nebenstellen in den verschiedenen Stadtvierteln eingerichtet werden. Man sollte auch erwarten, daß für alle städtischen und staatlichen Gebäude in Berlin die Reinmachefrauen nur aus dem Städtischen Nachweis bezogen werden.

Die Stellenvermittler für die **Dienstmädchen** sind mit dem neuen Gesetz, das seit dem 1. Oktober 1910 Geltung besitzt, ebenfalls sehr unzufrieden. Die Vermittelungsgebühr ist auf 6 M. festgesetzt, 3 M. für die Herrschaft, 3 M. für das Mädchen. Früher richteten sich die Vermittler die Preise nach eigenem Ermessen ein, schröpften beide Teile erheblich mehr oder sie nahmen von den Mädchen eine geringere Gebühr, wenn die Nachfrage recht groß war. Jetzt müssen sie mit der vorgeschriebenen Gebühr rechnen und zu ihrem größten Aerger auch mit den städtischen Nachweisen, die von dem Gesetz nicht getroffen werden und die von den Mädchen keine Gebühr und von den Herrschaften nur 2 M. erheben, wie im Bureau Linkstr. 11, am Potsdamer Platz. — Einer der größten Vermittler für Dienstmädchen in Berlin hat jetzt den Herrschaften folgendes bekanntgemacht:

„Zu gefälliger Kenntnisnahme!

Bis auf weiteres sind wir mit Rücksicht auf die überaus starke Nachfrage nur dann in der Lage, den Herrschaften weibliches Hauspersonal zu vermieten, wenn sie die gesetzlich vorgeschriebene Gesamtgebühr von 6 M. zu zahlen bereit sind. Quittung wird, falls etwas Gegenteiliges nicht ausdrücklich verlangt wird, **im Interesse der Herrschaften jedem der Kontrahenten über die Hälfte der Gebühr erteilt.**

Erste Berliner Dienst- und Arbeitsbörse
Inh. Amadeus Jeske, gewerbsmäßiger Stellenvermittler."

Dies Vorgehen entspricht nicht den Bestimmungen des Gesetzes, aber es scheint den Mädchen günstig zu sein, indem der Vermittler von ihnen nicht die 3 M. Gebühr erhebt. In Wirklichkeit überträgt der Vermittler die Erhebung der Gebühr, die sein Geschäft stört, auf die Hausfrau. Die Hausfrau erhält zwei Quittungen über je 3 M., und es bleibt ihr überlassen, die eine Quittung ihrem Mädchen später zur Zahlung vorzulegen. Der Vermittler denkt: Die beiden mögen sich darum streiten, wer die 3 M. bezahlt. Er wäscht seine Hände in Unschuld, sein Geschäft geht flott weiter.

Auch hier kann man den Hausfrauen wie den Dienstmädchen nur empfehlen, die städtischen Nachweise, die kein Geschäft aus der Stellenvermittelung machen, vorzuziehen.

Hilflose Helfer!

Die „soziale Hilfsarbeit" wohltätiger und gemeinnütziger Vereine und Vereinchen wird je länger je mehr in all ihrer Unzulänglichkeit erkannt. Sie ist ein duftiges Surrogat für eine pflichtgemäße Sozialpolitik, gegen deren Ausbau in Staat und Gemeinde die besitzende und darum herrschende Klasse sich wehrt.

Unzulänglich muß die Hilfe jener sogenannten „freien Liebestätigkeit" schon deshalb bleiben, weil es ihr am nötigsten, dem Gelde, fehlt. Die Frage, wie das Geld zusammengebracht werden soll, das zur Linderung auch nur des ärgsten Elends erforderlich ist, bildet eine ständige Sorge solcher Vereine. Nach immer neuen Wegen wird da gesucht, und mancher Verein schreckt nicht vor den gewagtesten Mitteln zurück, um dem „warmen Herzen" die „freiwilligen" Spenden abzuringen. Die Wohltätigkeitsamüsements, bei denen der größte Teil dem Vergnügungsbedürfnis der „Wohltäter" geopfert werden muß, sind längst als unrentabel erkannt. Aber in jedem Winter sehen wir sie wiederkehren, weil ohne ihren Ertrag bei all seiner Kärglichkeit die Helfer selber hilflos dastünden.

Das Thema der Geldbeschaffung für die „soziale Hilfsarbeit" wird gerade jetzt in Vereinskreisen wieder sehr lebhaft erörtert, weil der Plan aufgetaucht ist, Berlin aufs neue mit einem der Kinderhilfe dienenden „Blumentag" zu beglücken, an dem durch eine sensationell aufgeputzte Massenbettelei die gesamte Bevölkerung zur Hergabe milder Spenden bewogen werden soll. Der „Kinderhilfstag", den wir vor einer Reihe von Jahren in Berlin erlebten, brachte seinen Veranstaltern, an deren Spitze Herr Abraham vom Kindervolksküchenverein stand, eine bittere Enttäuschung. Gegen eine Wiederholung jenes Experimentes, das diesmal von der Preußischen Landeszentrale für Säuglingsschutz und verschiedenen mit ihr gehenden Vereinen — unter dem „sachverständigen" Beirat wieder jenes Herrn Abraham — gemacht werden soll, haben aus aus aus anderen Vereinen sich abratende Stimmen erhoben.

Zu einer Aussprache hierüber kam es in einer Konferenz, die von der Deutschen Zentrale für private Fürsorge einberufen worden war und unter Beteiligung sehr zahlreicher Vertreter von Vereinen und Behörden in einem Saal des Reichstagsgebäudes stattfand. Zum Gegenstand der Erörterung war „Die Aufbringung der Mittel für Wohlfahrtszwecke" bestimmt worden, aber in ihrem Mittelpunkt stand der geplante „Blumentag". In drei Referaten wurden die Wege der Mittelaufbringung erwogen: von dem Geh. Admiralitätsrat Felisch, dem Ehrenvorsitzenden des Freiwilligen Erziehungsbeirats für schulentlassene Waisen, von Dr. Levy, dem Bürgerdeputierten der Berliner Armendirektion und Vorsitzenden der Zentrale für private Fürsorge, von dem Prediger Freiherrn v. Soden, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge. Herr Felisch schilderte die zahlreichen kleinen Mittel, mit denen die Vereinsbettelei betrieben wird. Zu den tollsten Auswüchsen, die er zum besten gab, gehört die in Amerika ausgeführte Idee, daß an einem Tage alle Straßenbahnlinien einer Stadt von einem Wohltätigkeitsverein für einen der Gesellschaft zu zahlenden Pauschbetrag gemietet und dann die Wagen mit jungen Damen in Schaffneruniform besetzt wurden, die grundsätzlich — nicht herausgaben. Am „Blumentag" sollen ja in ähnlicher Weise die Taschen der Wohlhabenden und auch der Minderbemittelten erleichtert werden durch junge Damen, die allüberall in Straßen und Häusern Blumen zum Kauf aufdrängen wollen. Felisch verwirft die Auswüchse der Vereinsbettelei, er ist aber nicht unbedingter Gegner des „Blumentages", den er nur nicht auf die Landeszentrale für Jugendschutz und die ihr angeschlossenen Vereine beschränkt sehen will. Im Gegensatz zu ihm wies Dr. Levy alle derartigen Wohltätigkeitsveranstaltungen ab. Eine Möglichkeit, auch ohne sie eine Hergabe von mehr Geld zu erreichen, sieht er darin, daß immer wieder der Versuch gemacht werde, in den Wohlhabenden das Gefühl der sozialen Pflicht zu stärken. Prediger v. Soden möchte nicht alle Wohltätigkeitsveranstaltungen missen, im besonderen nicht den „Blumentag", an dem ihm das „Anmutige" gefällt. In der Diskussion, die sich bis gegen Mitternacht hinzog, wurde das Für und Wider weiter erörtert. Auch Stadtrat Samter-Charlottenburg sieht in einem „Blumentag" ein annehmbares Mittel, der Bevölkerung sozusagen eine Wohltätigkeitssteuer aufzulegen, die alle Kreise erfaßt und auch dem Unbemittelten Gelegenheit zur Beitragleistung gibt. Herr Abraham, der gleichfalls da war und mitredete, jammerte darüber, daß man die Ausführung seiner Idee auch jetzt wieder so wenig unterstütze.

Aus den abschließenden Ausführungen der Referenten sei hier nur ein Wort des Herrn Felisch wiedergegeben. Er weist den Besitzenden die Pflicht zu, Hilfe zu leisten, den Besitzlosen aber die Pflicht, sie mit Dank anzunehmen. Deutlich klang aus seinem Gerede die Klage heraus, daß alle „soziale Hilfsarbeit" nicht um einen Schritt näher bringt zu dem Ziel, das ihm vorschwebt, zur sogenannten Versöhnung des Klassengegensatzes. Auch in diesem Punkte müssen die „Helfer" sich als hilflos bekennen.

Das Obdach der Stadt Berlin war in der Abteilung für nächtliche Obdachlose im Februar 1911 von 125633 Männern besucht. Eine gleich hohe Frequenzziffer ist bisher noch in keinem Februar beobachtet worden. Auch der Januar 1911 übertraf mit einer Frequenz von 133544 Männern die Januarfrequenz aller früheren Jahre. Im Januar wurde diesmal nur noch an einem einzigen Tage eine Frequenz von weniger als 4000 ermittelt, 3318 am Neujahrstage. An allen übrigen Tagen des Januar ging die Frequenz über 4000 hinaus, und das Maximum war 4580 Männer. Im Februar brachte kein einziger Tag weniger als 4000. Hier war das Minimum 4033, das Maximum 4711. Der Durchschnitt pro Tag war im Januar 4308, im Februar sogar 4487. In den drei Wintermonaten Dezember, Januar, Februar wurden diesmal zusammen 373736 Männer beherbergt, gegenüber 355183 im vorigen und 340799 im vorvorigen Winter. In den Verwaltungsjahren 1908/09 und 1909/10 (immer von April bis März folgenden Jahres laufend) stellte die Gesamtzahl der im Nachtobdach aufgenommenen Männer sich auf 858085 und 961986. In dem noch laufenden Verwaltungsjahr 1910/11, das mit 31. März endet, wird wohl zum ersten Male eine volle Million erreicht werden.

Die Hochbaudeputation bewilligte in ihrer Sitzung vom Mittwoch die Kosten einer Entleerungsanlage für die Volksbadeanstalt an der Schillingebrücke und stimmte einer Vorlage auf Erneuerung der zylindrischen Gasöfen durch gußeiserne Gasradiatoröfen in der 21. Gemeindeschule Waldemarstr. 77 zu. Ein Kostenvoranschlag über 288000 M. für die Ausführung des Rundstranglanals auf dem Gelände der vierten Irrenanstalt Buch wurde zurückgestellt, da noch nicht feststeht, daß die neue Irrenanstalt an die Zentrale angeschlossen wird. Ferner wurden die Kosten für die Errichtung von Schulklichen in fünf Gemeindeschulen sowie für Renovierung des Falk-Realgymnasiums, Lützowstraße, bewilligt. — Bei Beratung der seit 1911 zu vergebenden Portlandzementlieferungen wurde auf eine Anfrage über die Ursache der in diesem Jahre auffallend niedrig abgegebenen Preise mitgeteilt, daß der für die Zementindustrie bestehende Ring für Berlin auseinandergegangen sei und von seiten der Ringbetriebe durch Abgabe sehr niedriger Preise versucht werde, die dem Ring nicht genügenden Betriebe niederzuringen. Auf Anregung unserer Genossen wurde eine Beschwerde des Dachdeckerverbandes besprochen, in der festgestellt war, daß der Dachdeckermeister Althaus, dem Dachdeckerarbeiten in Buch übertragen waren, nicht die durch den im Dachdeckergewerbe bestehenden Tarifvertrag festgelegten Löhne bezahle. Gleichzeitig wurde von unseren Genossen darauf hingewiesen, daß es doch Pflicht der Bauräte, die den Hochbauämtern vorstehen, sei, bei Vergebung von Arbeiten noch besonders auf die von den Gemeindebehörden dahingehenden Beschlüsse hinzuweisen. Im Fall Althaus wurde festgelegt, daß bei Aufnahme der Bauarbeiten in diesem Jahre nach Prüfung der einschlägigen Verhältnisse Herr Althaus angehalten werden sollte, die tariflichen Löhne zu zahlen.

Um die 3. Turnstunde.

Auf Anordnung des Kultusministers ist in der Ober- und Mittelstufe der Gemeindeschulen an Stelle der früheren 2 Turnstunden noch eine 3. Turnstunde eingeführt worden. Für diese Stunde war der Fortfall einer Unterrichtsstunde im Deutschen angeregt worden. Die städtische Schuldeputation hält es indessen für richtiger, daß dafür in der Oberstufe der Gemeindeschule in den Knabenschulen eine Geometrie- und in den Mädchenschulen eine Handarbeitsstunde, und in der Mittelstufe eine Religionsstunde in Fortfall käme. Diesem Vorschlage ist betr. der Oberstufen vom Provinzial-Schulkollegium stattgegeben worden, betr. der Mittelstufe sollten andere geeignete Vorschläge gemacht werden. Die städt. Schuldeputation hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, dem Provinzial-Schulkollegium vorzuschlagen, daß in der Mittelstufe der Gemeindeschulen für die dritte Turnstunde eine Schreibstunde abgesetzt und infolgedessen in der I. Klasse keine Rundschrift mehr gelehrt wird. Wenn die Religionsstunden in Fortfall kämen, würde nichts verloren gehen, im Gegenteil viel gewonnen werden.

Der Handtaschendieb, über den wir früher schon einmal berichteten, macht immer noch die katholischen Kirchen unsicher. Er tritt in der Maske eines gläubigen Katholiken auf und stiehlt die Handtaschen dann, wenn die Frauen, die sie auf den Sitzplätzen liegen lassen, zum Beichtstuhl oder Kommunion gehen oder auch in gewissen Augenblicken ihre ganze Aufmerksamkeit auf den Gottesdienst richten. Der Dieb wechselt in der Kirche häufig seinen Platz. Er ist etwa 35 Jahre alt, 1,75 Meter groß und kräftig gebaut, hat hellbraunes Haar und Schnurrbart, helle Augen und ein bleiches, schmales Gesicht mit stark hervorstehenden Backenknochen und einer Hakennase. Sein schwarzer Ueberzieher ist schon abgetragen.

Als Leiche wiedergefunden wurde gestern morgen die 23 Jahre alte Arbeiterfrau Anna Böttcher vom Weiganduker 37, die seit dem 4. d. Mts. verschwunden war. Die Frau litt seit längerer Zeit an einer unheilbaren Krankheit und äußerte wiederholt Selbstmordgedanken. Am 4. Februar ging sie unter einem Vorwande von Hause weg und kam nicht wieder zurück. Gestern morgen landete man sie am Kölnischen Ufer aus dem Rixdorfer Schiffahrtskanal als Leiche.

Ein Sechzigjähriger.

Von befreundeter Seite werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß am heutigen Tage der alten Berliner Genosse bekannte Genosse Franz Gleinert seinen sechzigsten Geburtstag begeht. Wenn auch wir uns zu den Gratulanten gesellen, so geschieht es aus dem Grunde, weil Genosse Gleinert zu den aufrechten Männern gehört, die während der langen Zeit des Schandgesetzes ihr Bestes der Partei und insbesondere der Berliner Bewegung gegeben. Wer da weiß, mit welchen vielen Mühen und Opfern von Geld und Gesundheit die Parteitätigkeit unter der schweren Zeit des Ausnahmegesetzes verbunden war, wer weiß, was die damals tätigen Genossen aufs Spiel setzten — alles für die Partei — der wird verstehen, wenn auch wir an dieser Stelle die Gelegenheit benutzen, am heutigen Tage des opferfreudigen Genossen Erwähnung zu tun. Vom Tage des Sozialistengesetzes an arbeitete der frühere Modell-

tischler Franz Gleinert für unsere Ziele. Im Jahre 1882 trat er innere Bewegung Berlins ein und hielt tapfer Stange, allen polizeilichen Schnüffeleien und Verfolgungen Trotz bietend. Aus dieser Zeit ist ein Vorfall besonders tragischer Natur. Vor der Reichstagswahl 1887 waren die Genossen des sechsten Kreises in einer Gastwirtschaft „Zum Schweinekopf" in der Nähe der jetzigen Putlitzbrücke versammelt. Um sich den Nachhauseweg zu verkürzen, versuchte der Genosse Otto Lachmann über den kaum zugefrorenen Kanal zu gehen; er brach aber ein. Zwei Genossen, Robert Nauen und Paul Hensel, eilten zur Rettung herbei, aber auch diese versanken in den Fluten. Die anderen Genossen, die vorausgegangen waren und zur Hilfeleistung herbeieilten, kamen zu spät. Drei Genossen wurden als Leichen aus dem Wasser gezogen. Genossen Gleinert im Verein mit einigen anderen Parteigenossen war der schwere Auftrag geworden, den jammernden Witwen der auf so tragische Weise in Ausübung ihrer Parteitätigkeit ums Leben Gekommenen von dem Unglück Mitteilung zu machen. Franz Gleinert hat in ruhiger, stiller Weise für die Partei gewirkt und ist bis heute seinen Idealen treu geblieben. Hoffen wir, daß der Jubilar noch recht lange der Partei dienen kann.

Die Deputation für das städtische Turn- und Badewesen hat eine Vermehrung der städtischen Badeanstalten in folgender Weise in Aussicht genommen: Im Nordosten der Stadt soll zwischen den Volksbadeanstalten Schillingsbrücke und Oderberger Straße eine größere Anstalt mit Schwimmbassins und außerdem zwischen den großen Anstalten noch mehrere kleine Anstalten ohne Schwimmbad, also nur für Wannen- und Brausebäder, errichtet werden. In Erwägung gezogen ist ferner die Errichtung einer am Ufer der Spree belegenen Sommerbadeanstalt, die mit filtriertem Spreewasser gespeist wird.

Ein Opfer des Alkohols ist der 56 Jahre alte Zettelverteiler Karl Hausdorf geworden, der früher Schmiedegeselle war. Hausdorf lebte von seiner Frau und drei Kindern getrennt für sich allein in der Arndtstraße 21. Er kam oft nachts so schwer betrunken heim, daß sich das ganze Haus über ihn ärgerte. In der vergangenen Nacht um 11½ Uhr fand ihn ein junges Mädchen hilflos auf dem Treppenabsatz liegen. Hausgenossen brachten ihn nach seiner Wohnung und überließen ihn dort seinem Schicksal, weil sie glaubten, daß er sich, wie immer, bald wieder ausnüchtern werde. Als man sich jedoch gestern morgen nach ihm umsah, lag er tot auf dem Fußboden. Nach dem Gutachten eines Arztes hat ein Herzschlag infolge des übermäßigen Alkoholgenusses seinem Leben ein Ende gemacht.

Das Opfer einer Gasvergiftung ist in der Nacht zum Mittwoch das ungefähr 16 Jahre alte Wirtschaftslehrmädchen Therese Grajek aus der Prinzessinnenstraße Nr. 16 geworden. Die Verunglückte, die Tochter eines Hofverwalters aus der Provinz Posen, lernte seit einem halben Jahre in der Familie des Fabrikanten P. die Wirtschaft. Sie hatte ein kleines Schlafzimmer für sich, das mit einem Gasofen geheizt wurde. Weil sie mit diesem nicht Bescheid wußte, so mußte auf Anordnung der Dienstherrschaft das Dienstmädchen, das ebenfalls einen besonderen Schlafraum für sich hat, jedesmal die Heizung besorgen. Bei der milden Witterung wurde jetzt nicht mehr geheizt. Vorgestern abend scheint es dem Mädchen, nachdem es gute Nacht gewünscht hatte, doch zu kühl gewesen zu sein. Nach dem Befund hat es wohl versucht, den Ofen anzuzünden, ist aber damit nicht fertig geworden, weil ein Streichholz versagte. Die Unglückliche setzte sich dann zum Häkeln an den Tisch, ohne den Hahn wieder zu schließen, und legte sich endlich ins Bett. Gestern morgen war sie tot. Wiederbelebungsversuche, die ein Arzt anstellte, blieben erfolglos. Dem nur halbgeöffneten Hahn war so viel Gas entströmt, daß das Mädchen ersticken mußte.

Gegen den Alkohol.

Freitagabend 9 Uhr im Gewerkschaftshause, Saal 5, spricht als sechster Redner im Vortragszyklus über „Die Alkoholfrage" Genosse August Neumann über: „Alkohol im Arbeiterhaushalt". — Kein Getränkeausschank! Eintritt 10 Pf.

Vorort-Nachrichten.

Wilmersdorf-Halensee.

Die Stichwahl zur Stadtverordnetenversammlung im Bezirk Halensee I findet heute, Donnerstag, vormittags von 9—2 Uhr und nachmittags von 4—8 Uhr, im Restaurant Kurfürstenpark, Kurfürstendamm 119, statt. Da wir über einen Hausbesitzerkandidaten nicht verfügen, werden unsere Parteigenossen unterschiedslos für den Kandidaten der Demokratischen Vereinigung, den Hausbesitzer Kaufmann Ludwig Engelmann, Fasanenstr. 65, stimmen. Nur bei größter Kraftanstrengung kann der Reaktionär geschlagen werden.

Tempelhof.

Der Krach in der Genossenschaftsbank. Zwischen den abgesetzten Aufsichtsratsmitgliedern der Genossenschaftsbank Tempelhof und Umgebung und den jetzigen Vorstandsmitgliedern der Bank werden zurzeit Verhandlungen darüber geführt, ob sich die Aufsichtsratsmitglieder bereit erklären, den nach Ansicht der Genossen durch ihre Unachtsamkeit entstandenen Schaden von fast 150 000 M. zu decken. Wie berichtet wird, haben sich bereits einige bereit erklärt, erhebliche Summen zu zahlen. Für den Fall, daß die Verhandlungen mit den Aufsichtsräten zu keinem Resultat führen, soll sofort die Schadenersatzklage angestrengt werden. Obgleich die Anzeige gegen Kranz bereits vor vierzehn Tagen erstattet worden ist, ist eine Verhaftung bisher noch nicht erfolgt. Kranz bestreitet übrigens jede Schuld. Er stellt jede strafbare Handlung in Abrede und behauptet, daß die Bank vielleicht gegen ihn zivilrechtliche Ansprüche geltend machen könne.

Friedenau.

Die feindlichen Brüder. Innerhalb der Gemeindevertretung und des Gemeindevorstandes kriselt es schon seit längerer Zeit ganz bedenklich. Daß Schöffen gegen Vorlagen des Gemeindevorstandes in öffentlicher Sitzung ganz entschieden Stellung nehmen, konnte man bei jeder Tagung in der letzten Zeit beobachten und in den internen Beratungen soll es schon zu stürmischen Zwischenfällen gekommen sein. Unsere Genossen verhalten sich diesem Treiben gegenüber ziemlich passiv. Sie sehen in dem Bürgermeister den Mann, der noch manchmal gegen den Willen des Haus- und Grundbesitzervereins zu regieren versucht, der dann aber, wenn dies aussichtslos ist, sich durch irgendeine reaktionäre Maßnahme wieder bei denselben in empfehlende Erinnerung zu bringen sucht. In Zuschriften im hiesigen Lokalblättchen wurde gegen das Ortsoberhaupt sowohl wie auch gegen einige Hausbesitzervereinsgrößen etwas scharf vorgegangen. Einer dieser Gekränkten, der bekannte Herr v. Wrochem, glaubte unter dem Voranschlag: Allgemeine Verwaltung bei der Position: Amtliche Bekanntmachungen dem Verleger des Blättchens, welcher auch der Gemeindevertretung angehört, Vorschriften darüber machen zu sollen, welche Zuschriften er aufzunehmen habe und welche nicht. Dies veranlaßte den letzteren zu einem geharnischten Protest, indem er unter anderem auch die Worte gebrauchte: „Was meine Zeitung bringt, geht Herrn v. Wrochem absolut nichts an." Wegen dieser Worte hat nun der Freisinnsheld v. Wrochem laut klagend um den Schutz des Vorsitzenden, der denn auch Herrn Schulz eine Rüge erteilte. In der nächsten Sitzung verlangte Herr Schulz eine Abstimmung darüber, ob ihm die Rüge zu Recht erteilt worden sei. Der Bürgermeister erklärte, daß er auf Grund der Geschäftsordnung eine Abstimmung darüber nicht zulasse. Genosse Richter bedauerte bei dieser Gelegenheit lebhaft, daß die Geschäftsordnung keine Handhabe biete, um die einseitige Stellungnahme des Herrn Walger gebührend zu brandmarken. Für Herrn Wrochem hatte er nur ein paar Worte des Bedauerns.

Der Abschluß des ordentlichen Etats bringt diesmal eine Steigerung von 251 000 M., er beträgt 2 449 800 M. Der außerordentliche Etat beträgt 1 500 000 M., das ist gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von 485 000 M., so daß der Gesamtetat sich auf 3 949 800 M. beläuft. Um den Etat zur Balancierung zu bringen, sind 78 200 M. aus den Ueberschüssen des Jahres 1909 eingestellt worden, das sind 81 900 M. weniger als im Vorjahr. Bei Beratung des Voranschlages für die Volksschulen beantragte Genosse Richter, der am Orte bestehenden „Freien Turnerschaft" eine Gemeindeturnhalle zur Verfügung zu stellen. Nach eingehender Begründung durch den Antragsteller wurde der Antrag gegen vier Stimmen angenommen.

Adlershof.

In der Schöffenwahlangelegenheit hat nunmehr auch der Bezirksausschuß als Beschwerdeinstanz — wie nicht anders zu erwarten — der Versagung der Bestätigung unserer Genossen Hildebrandt und Petrich durch den Landrat seine Zustimmung erteilt. Wieder ein Lorbeerblatt mehr im Kranze preußischer Regierungskunst.

Waltersdorf-Schulzendorf.

Bekanntlich steht der Arbeiterschaft in diesen Orten kein Versammlungslokal zur Verfügung. Am Sonntag fand deshalb auf dem Grundstück des Genossen Weber in Waltersdorf zum ersten Male eine Volksversammlung unter freiem Himmel statt. Vor einer stattlichen und andächtig lauschenden Versammlung behandelte Genosse Kubig das Thema „Die politische Lage und die bevorstehenden Reichstagswahlen." Der Redner erntete für seine Ausführungen lebhaften Beifall. In der darauf folgenden Diskussion meldeten sich Gegner trotz Aufforderung nicht zum Wort. Nach einem kernigen Schlußwort des Genossen Kimmritz und einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie fand die Versammlung ihr Ende. Nach und nach fanden sich sämtliche Versammlungsbesucher vor dem Lokal des Herrn Huck ein, das der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht. Nunmehr unternahmen die Genossen Kimmritz und Mohr nochmals mit dem Wirt über die Freigabe seines Lokals zu verhandeln. Das Ergebnis war leider ein negatives. Herr Huck meinte, daß ihm der größere Vorteil durch die Bewirtung der eingesessenen Bauern und Besitzer erwächst. Nach Bekanntwerden des Resultats zogen alle Versammlungsbesucher ohne einzukehren weiter. — Auch in diesem Teil unseres Kreises ist das Samenkorn des Sozialismus gesät. Jetzt heißt es weiter arbeiten bis zum Erntetag — der Reichstagswahl.

Zeesen-Körbiskrug.

In einer gut besuchten Gemeindewählerversammlung referierte Gen. Kaiser (Königs-Wusterhausen) über die Tätigkeit der Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen. Redner beleuchtete in seinem Vortrage das Jahrzehnte lange, jedem Fortschritt fremde Wirken der alteingesessenen Bauern in den Gemeindevertretungen. An verschiedenen Beispielen wies alsdann der Redner nach, wie die Sozialdemokratie, nachdem sie in den Gemeindevertretungen festen Fuß gefaßt, wesentliche Verbesserungen auf allen Gebieten des kommunalen Lebens zu erringen verstanden habe; daß auch in der Gemeinde Zeesen für die Sozialdemokratie viel zu tun ist, zeigte Redner an den traurigen Verhältnissen jämmerlicher Wege, keine Straßenbeleuchtung, so daß des Abends bei Regenwetter nur unter Lebensgefahr die Straßen zu passieren sind; desgleichen liegen die Schulverhältnisse sehr im argen, zirka 90 Kinder werden von einem Lehrer unterrichtet, ein Zustand, den man vor den Toren Berlins bei 150 Proz. Gemeindeeinkommensteuerzuschlag nicht mehr für möglich halten sollte. Der Redner erntete am Schlusse seines Vortrages lebhaften Beifall. In der Diskussion ergänzten noch einige Genossen die Ausführungen des Referenten. Trotzdem einige Vertreter der Bauern anwesend waren, meldete sich niemand zum Wort. Hierauf wurden die Genossen Büdner Otto Dommisch-Körbiskrug in der dritten und Gastwirt Paul Behrendt-Zeesen in der zweiten Klasse von der Versammlung als Kandidaten aufgestellt. Genosse Kaiser ersuchte zum Schluß, nun auch dafür zu sorgen, daß die Kandidaten mit großer Mehrheit gewählt werden. Die Gemeindewahlen müßten bereits als Vorpostengefecht für die nächsten Reichstagswahlen gelten.

Reinickendorf.

Auswandererelend. In völlig erschöpftem Zustande wurden in der Residenzstraße drei galizische Frauen aufgefunden. Sie gaben an, daß sie auf Veranlassung eines Agenten vor etwa drei Wochen aus ihrer Heimat nach Deutschland ausgewandert und seit dieser Zeit ständig unterwegs gewesen seien. Da der Agent mit den Papieren und dem wenigen Gelde der drei heimlich verschwand, gerieten die Bedauernswerten in bitterste Not. Hungernd und frierend wanderten sie tagsüber und suchten während der Nächte in Scheunen und Wäldern notdürftige Unterkunft. In Reinickendorf versagten den Bemitleidenswerten, deren Füße vollständig wund und angeschwollen waren, die Kräfte. Die drei Personen — eine etwa vierzigjährige Frau und zwei achtzehn- und zwanzigjährige Mädchen — fanden zunächst in dem Gemeindeheim Aufnahme, wo ihnen ärztliche Hilfe und Unterstützung zuteil wurde. Die Unglücklichen sollen nach ihrer galizischen Heimat zurückgebracht werden.

Nieder-Schönhausen.

Die Einverleibung Nieder-Schönhausens in die Gemeinde Pankow lautete die Tagesordnung der am Montag stattgefundenen stark besuchten Versammlung der hiesigen Haus- und Grundbesitzervereine. Wer da glaubte ein großzügiges instruktives Referat über dieses Thema zu hören, wurde arg enttäuscht; wohl sprachen ein halbes Dutzend Redner über die Einverleibung, jedoch auf den eigentlichen Kern dieser Frage wurde nicht eingegangen. Für die Hausbesitzer spielt die Frage die größte Rolle: welche Vorteile erreichen wir durch die Verschmelzung für unsere Grundstücke. Der Vorsitzende Herr Frantzen wies darauf hin, daß schon vor mehreren Jahren die Verschmelzung angeregt worden sei, damals sei man jedoch mit einem Lächeln darüber hinweggegangen. Er persönlich stehe heute noch auf dem Standpunkt, daß die Vereinigung beider Orte nur Vorteile für Schönhausen bringen könne. Beide Orte seien fast gleich groß. Was Schönhausen bei der Verschmelzung mitbringe, sei der viele unbebaute Boden, den es noch aufzuweisen hat, der nach der Wertzuwachssteuer großen Gewinn abwerfen werde. Von Pankow bekomme man ein Krankenhaus, vorzügliche Schulen, Kaufmanns- und Gewerbegericht, gewerbliche Fortbildungsschulen, ein Rieselgut und eine bessere Bauordnung. Ferner könnten die Verkehrsverhältnisse nur mit Hilfe Pankows gebessert werden. Es sei zwar ein langer Weg, den die Eingemeindungsfrage zu laufen habe, um die in Frage kommenden Behörden dafür zu gewinnen, aber er hoffe, daß er zum Wohle beider Gemeinden führen möge. In der hierauf folgenden Diskussion waren sämtliche Redner für die Eingemeindung. Von den anwesenden hiesigen bürgerlichen Gemeindevertretern ergriff nur Dr. Pratsch das Wort, der sich als Opponent vorstellte und der mehrmals bei seinen Ausführungen von der Versammlung stürmisch unterbrochen wurde. Redner meinte, daß die Verschmelzung für die Gemeinde Schönhausen sehr verhängnisvoll werden könne. Bürgermeister Kuhr aus Pankow solle erklärt haben, wenn Schönhausen die Eingemeindung nicht mitmachen wolle, dann müsse es überrumpelt werden. Ferner habe er gehört, daß das Gehalt des Pankower Bürgermeisters mit der Einwohnerzahl des Ortes steige. Außerordentlich schwierig werde es mit der Abfindungssumme für den Bürgermeister Abraham-Nieder-Schönhausen, der jedenfalls nicht unter einem Vorgesetzten weiterarbeiten werde; was also an Verwaltungskosten gespart werde, müsse auf der anderen Seite zugegeben werden. Er sei wohl für eine Eingemeindung aber nur mit Berlin. Redner beantragte die Bildung einer Kommission zur Anbahnung von Verhandlungen mit Berlin. Schöffe Pradel-Pankow trat den Ausführungen Dr. Pratschs scharf entgegen; er habe die Auffassung, daß Dr. Pratsch sich zum Sprachrohr des Bürgermeisters Abraham gemacht habe. Nachdem noch einige Redner für die Verschmelzung gesprochen hatten, wurde zunächst über den Antrag von Dr. Pratsch abgestimmt, der abgelehnt wurde. Hierauf gelangte folgende Resolution fast einstimmig zur Annahme: Die heute im Restaurant Karl Liedemit tagende Versammlung erklärt ihre volle Sympathie für eine Verschmelzung mit Pankow, sie bittet die Gemeindevertreter beider Orte zum Zwecke der Einverleibung in gegenseitige Verhandlungen einzutreten. Am Freitag, den 10. März, wird die gesamte Einwohnerschaft ihre Meinung in der Eingemeindungsfrage zum Ausdruck bringen.

Oranienburg.

Reiche Beute machten Geldschrankeinbrecher, in der gestrigen Nacht bei der Firma Dittmann in der Lehnigstr. 15. Dort fiel ihnen eine eiserne Kassette in die Hände, die eine große Menge Geld und Geldeswert enthielt: 15 Einhundertmarkscheine, für 845 M. Zwanzig-, Zehn- und Fünfmarkstücke, einen größeren Posten Briefmarken zu 15, 20 und 50 Pf., Invalidenmarken zu 60 Pf., Wechselstempelmarken, zehn Kronen, die sich mit einem Brief in einer kleinen Blechbüchse befanden, und einen Hypothekenbrief über 24 000 M. Die gestohlene Kassette ist 42 Zentimeter lang, 27,5 Zentimeter breit und 10 Zentimeter hoch.

Nowawes.

Die Ergänzungswahlen für die Gemeindevertretung, die während der drei letzten Tage vorgenommen wurden, endeten mit einem vollen Erfolge unserer Partei. Es wurden gewählt die Genossen Max Singer, Hermann Hänchen und Ernst Zöllner mit 1437 Stimmen. Trotzdem die Gegner allen möglichen Terrorismus anwandten, um die städtischen Beamten zur Wahl zu zwingen, brachten sie es doch nur auf 264 Stimmen, worunter sich noch 65 Forensen befinden.

Potsdam.

Ueberbrückungsprojekt der Havel im Zuge der Packhofstraße. Eine Entlastung der Kaiser-Wilhelm-Brücke, die zurzeit die einzige Verbindung des alten Stadtteiles von Potsdam und dessen nördlichen Hinterlandes mit dem Bahnhof und dem südlichen Stadtteile nebst Hinterland bildet, ist seit Jahren eine Forderung der Verkehrspolizei. Der hohen Kosten wegen ist dieses Projekt bisher immer zurückgestellt worden. Mit dem Erwerb der Freundschaftsinsel durch die Stadt ist das Projekt wieder in Fluß gekommen. Da der Wasserbaufiskus als Besitzer der Kaiser-Wilhelm-Brücke ein lebhaftes Interesse an der Entlastung derselben hat, will der Regierungspräsident als Chef der Verwaltung der märkischen Wasserstraßen eine Staatsbeihilfe von 400 000 M. beim Minister der öffentlichen Arbeiten beantragen. Für die Ueberbrückung kommen drei Linien in Betracht. 1. Von der Heiligen Geistkirche über die Ostspitze der Freundschaftsinsel nach der dem Eisenbahnfiskus gehörenden Melchior-Wiese, 2. eine Verlängerung der Packhofstraße über die Freundschaftsinsel hinweg nach der Melchior-Wiese, und 3. eine Verbindung vom Fischerplatz über die Freundschaftsinsel nach der nördlichen Ecke des Güterbahnhofes bezw. der diesen umgebenden Babelsberger Straße. Der Magistrat wird den Stadtverordneten das unter 2. genannte Projekt vorlegen, da es die zweckmäßigste Lösung darstellt. Als Breite des neuen Straßenzuges sind 18 Meter vorgesehen; da die Packhofstraße nur 11—12 Meter Gesamtbreite hat, müßte sie um 6—7 Meter verbreitert werden. Diese Verbreiterung wird erst vorgenommen, wenn der Verkehr dies dringend erfordert. Zu der Burgstraße müßten die Grundstücke 22—23 erworben werden. Von den Grundstücken Burgstraße 21 und 24 werden außerdem bei der Fundierung des nördlichen Brückenwiderlagers einige Quadratmeter benötigt. Außerdem müssen erworben werden Grundstücke der Fischerinnung auf der Freundschaftsinsel von zusammen 0,1866 Hektar, ein Grundstück des Wasserbaufiskus auf der Freundschaftsinsel und ein Teil eines Grundstücks des Eisenbahnfiskus. Ferner macht sich der Ankauf des kleinen Vorgartens vor dem Hause Am Kanal 7 notwendig, da hierdurch die Einfahrt in die Packhofstraße vom Berliner Tor aus besser gestaltet würde. Der Bau einer neuen Brücke über den Stadtkanal im Zuge der Packhofstraße macht sich hierbei ebenfalls notwendig. Die Bauzeit dürfte 1½ Jahre betragen. Sämtliche Arbeiten sollen durch Unternehmer ausgeführt werden.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde". Wanderfahrten am Sonntag, den 12. März: 1. Thorow-Glauer Berge-Beelitz. Abfahrt: Anhalter Bahnhof 6.15 Uhr vormittags. 2. Strausberg-Blumenthal-Leuenberg. Abfahrt: Schlesischer Bahnhof 6.20 Uhr vormittags. 3. Grunewald-Pichelswerder-Bestend. Treffpunkt: Bahnhof Grunewald (am Waldhaus) 1½ Uhr nachmittags. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Peter Michel. Roman von J. Buch. 2 M., geb. 3 M. M. Möricke, München.

Der Monismus. Nr. 57. Herausgeber Dr. Körber und Dr. Joh. Unold. Verlag Berlin W. 57. Einzelheft 40 Pf.

Reclams Universal-Bibliothek. Nr. 5265. **Kabarett.** Eine Sammlung kleiner Stücke, Szenen und Vorträge. Von G. R. Kruse. — Nr. 5267. **Der Kassenschlüssel.** Lustspiel von R. Benedix. Jede Nummer 20 Pf. Ph. Reclam, Leipzig.

Briefkasten der Redaktion.

O. K. 26. Ja. — **Bellach 38.** Nein, wenn die Zahlung vor Zustellung des Zahlungsverbots erfolgt ist. — **W. Friedrichstraße.** Nein. — **M. R.** Anspruch auf Erstattung der Hälfte besteht nur dann, wenn zur Zeit der Verheiratung mindestens 200 Beitragswochen geleistet waren. — **E. H. 6.** 1 und 2. Allein nicht. 3. Nur für die Kinder. 4. Soweit zum Unterhalt erforderlich: ja. 5. Durch Erklärung zu notariellem oder gerichtlichem Protokoll, das alsdann dem Amtsgericht zur Publikation einzureichen ist. 6. und 7. Der gegnerische Anwalt kann Vorschußzahlung verlangen, auch eine dahingehende einstweilige Verfügung erwirken. — **G. 26.** Im allgemeinen kein Unterschied. — **H. W. 25.** Wenn im Vertrage nichts vermerkt, sind Sie nicht zahlungspflichtig. — **M. R. 100.** Eine Meldepflicht besteht nicht. Etwa bestehende Statuten sind stempelpflichtig. — **H. B. 30.** Sie können zur Sicherheit für das Darleben Gegenstände übereignen. — **T. M. 71.** Ein solches Abkommen ist in Deutschland unseres Erachtens rechtsunwirksam. — **B. L. 24.** 1. Gesetzlicher Anspruch besteht nicht. 2. Mit Zustimmung des Vormundes an das Vormundschaftsgerichts nach der Verheiratung. 3. Etwa 25. M. wöchentlich sind zu belassen. 4. In vier Jahren. 5. Ja, solange nicht ein Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes eingebüßt ist. Alsdann muß ein Antrag an den Vorsitzenden der Veranlagungskommission gerichtet werden. — **G. 5.** 1. Nicht bekannt. 2. Nein. 3. Ja. — **T. B. 49.** Etwa 1000 M. — **M. 21.** Führen Sie Beschwerde beim Reichsversicherungsamt. — **W. C. 100.** 1. Das ist zweckmäßig. 2. und 3. Wir empfehlen keine bestimmten Gesellschaften. — **Sch. 68.** 1. „Reichsanzeiger", Berlin, Wilhelmstr. 32. 2. Pro Gericht 30 Pf. 3. Unseres Erachtens nicht.

Witterungsübersicht vom 8. März 1911.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	762	Still		bedeckt	1
Hamburg	762	WSW	2	bedeckt	2
Berlin	762	SW	1	bedeckt	0
Frankf. a. M.	762	NO	1	wolkig	2
München	763	SW	2	halb bd.	−2
Wien	764	Still		heiter	−1
Haparanda	762	N	2	wolkig	−6
Petersburg	761	Still		Schnee	−6
Scilly	762	W	2	bedeckt	6
Aberdeen	759	SSW	1	bedeckt	5
Paris	762	N	3	bedeckt	1

Wettervorhersage für Donnerstag, den 9. März 1911.

Ziemlich trübe mit geringen Niederschlägen, mäßigen westlichen Winden, etwas wärmerer Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur.

Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.